

Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der 14. und 15. Sitzung des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2017/2018 vom 4. Dezember 2017

von 16.15 bis 18.30 Uhr und von 20.00 bis 22.00 Uhr

Vorsitz: F. Landolt (SP)
Protokoll: A. Fatzer
Entschuldigt: 14./15. Sitzung: D. Hofstetter (Grüne)
15. Sitzung: G. Milisevic (Grüne)

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1.*		Protokoll der 12./13. Sitzung	
2.*	17.75	Wahl der Leitung der Finanzkontrolle Winterthur für die Amtsdauer 2018/2021 (1.1.2018 – 31.12.2021)	M. Gross
3.*	17.136 (DTB)	Finanzielle Vergütung Stadtwerk Winterthur: Festlegung der finanziellen Vergütung für das Jahr 2018 zulasten der verschiedenen Geschäftsfelder	P. Rütsche
4.	17.132 (DSS)	Jährlich wiederkehrende Beiträge von Fr. 60'000 ans Familienzentrum Winterthur ab 2018 (vorbehältlich der Beschlussfassung in der Sachkommission)	G. Stritt
5.*	17.133 (DFI)	Budget 2018 und Festsetzung des Steuerfusses, Nachtrag zum Budget 2018 «Novemberbrief»	Verschiedene
6.	15.10 (DSS)	Antrag und Bericht zum Postulat S. Gygax-Matter (GLP/PP), K. Cometta-Müller (GLP/PP), D. Hofstetter (Grüne/AL) und S. Madianos-Hämmerle (SP) betr. Betreuung der jüngsten Schulpflichtigen	
7.	16.112 (DFI)	Beantwortung der Interpellation R. Kappeler (SP) betr. Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform III für die Stadt Winterthur	
8.	16.87 (DKD)	Beantwortung der Interpellation M. Zeugin (GLP) und M. Wäckerlin (PP) betr. Standortbestimmung bei der Beteiligung an der Winterthurer Tech-nopark AG	

9. 17.11 (DKD) Begründung des Postulats Ch. Magnusson (FDP) betr. Platz der Künste in Winterthur
10. 17.12 (DKD) Begründung des Postulats S. Büchi (SVP) betr. Kürzungen bei Kunst am Bau
11. 17.13 (DKD) Begründung der Motion Ch. Magnusson (FDP) betr. Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Kulturfinanzierung
12. 17.14 (DKD) Begründung der Motion K. Cometta-Müller (GLP/PP), D. Hofstetter (Grüne/AL), M. Sorgo (SP) und B. Huizinga (EVP) betr. Zielvorgaben für ausgewogene Vertretung der Geschlechter im Kader
13. 17.7 (DKD) Beantwortung der Interpellation Ch. Magnusson (FDP) betr. Winterthur als Kulturhauptstadt Europas
14. 17.28 (DKD) Begründung des Postulats U. Meier (SP) betr. freier Eintritt in die Museen der Stadt Winterthur an einem Tag pro Monat
15. 17.45 (DKD) Begründung des Postulats Ch. Magnusson (FDP) und M. Trieb (SVP) betr. Kernstadt als Campus
16. 17.9 (DKD) Beantwortung der Interpellation St. Feer (FDP) betr. Entwicklung einer langfristigen Kulturmarke für Winterthur
17. 16.120 (DSO) Beantwortung der Interpellation D. Oswald (SVP), A. Geering (CVP) und D. Schneider (FDP) betr. islamistische Einrichtungen und Extremismus in Winterthur
18. 17.69 (DSO) Begründung des Postulats D. Schneider (FDP), R. Comfort (GLP), I. Kuster (CVP), S. Büchi (SVP) und Y. Gruber (BDP) betr. Umsetzungskonzept «Arbeit statt Fürsorge»
19. 17.10 (DSO) Beantwortung der Interpellation L. Banholzer (EVP), B. Helbling (SP) und J. Altwegg (Grüne/AL) betr. Reorganisation der Alterszentren

(* An dieser Sitzung behandelte Geschäfte)

Bürgerrechtsgeschäfte (die Behandlung findet am 4. Dez. 2017 um 20 Uhr statt). Es liegen nachfolgende Einbürgerungsgesuche vor:

1. B16/060 KUBASIK geb. YAGICIBULUT Fatma, geb. 1975, mit Kindern Arda, geb. 2005, und Araz, geb. 2007, türkische Staatsangehörige
2. B16/075 VU Hoàng Anh, geb. 1985, vietnamesischer Staatsangehöriger
3. B16/097 SENCHEREY Peter Nana Kofi, geb. 1962, mit Kindern Petra Nana, geb. 2004, Kenneth Nana Yaw, geb. 2006, und Melissa Nana, geb. 2010, ghanaische Staatsangehörige
4. B16/124 DEMIR Zeynep, geb. 1972, türkische Staatsangehörige
5. B16/125 DURMISHI Besar, geb. 1984, mazedonischer Staatsangehöriger
6. B16/133 TEKESTE Tesfom, geb. 1981, mit Kind TEFOM Diana, geb. 2002, eritreische Staatsangehörige
7. B16/146 PINHEIRO REGO Basílio António, geb. 1978, mit Kind GOMES REGO Gonçalo Basílio, geb. 2006, portugiesische Staatsangehörige

8. B17/004 HASSANZADEH Abolfazl, geb. 1964, deutscher und iranischer Staatsangehöriger, und Ehefrau MEHDIYEVA Ramila, geb. 1988, aserbaid-schanische Staatsangehörige, mit Kind HASSANZADEH Timur, geb. 2013, deutscher und iranischer Staatsangehöriger
9. B17/026 PRAETORIUS Gunnar Matthias, geb. 1967, und Ehefrau PRAETORIUS geb. CANZIO Giulia Adriana, geb. 1969, mit Kindern Julius Octavio Antonio, geb. 2000, und Fabio Aurelio, geb. 2002, deutsche Staatsangehörige
10. B17/059 MUSHKOLAJ geb. SHAKIRI Rejhan, geb. 1984, mazedonische Staatsangehörige, und Ehemann MUSHKOLAJ Agron, geb. 1978, mit Kindern Arber, geb. 2007, und Ardi, geb. 2009, kosovarische Staatsangehörige
11. B17/060 NOCILLA Sebastiano, geb. 1954, italienischer Staatsangehöriger
12. B17/061 REBENTROST Ines Beate, geb. 1970, deutsche Staatsangehörige
13. B17/066 DIMIC geb. STAJIC Veselinka, geb. 1965, serbische Staatsangehörige
14. B17/067 FERIZAJ geb. HAJRULLAHU Valbona, geb. 1981, mit Kindern Dafina, geb. 2001, Diana, geb. 2002, Alma, geb. 2009, und Dea, geb. 2012, kosovarische Staatsangehörige
15. B17/068 GUJJAR Muhammad Zahid, geb. 1978, pakistanischer Staatsangehöriger
16. B17/069 HASSIOUI Abdelhak, geb. 1979, mit Kind Rayan, geb. 2017, marokkanische Staatsangehörige
17. B17/070 HAWRAMI Ranj, geb. 1987, irakischer Staatsangehöriger
18. B17/082 KWON Cheong Hyeon, geb. 1972, amerikanische Staatsangehörige
19. B17/098 ERNY Virginie, geb. 1973, französische Staatsangehörige

Ratspräsident F. Landolt: Begrüssst zur 14./15. Sitzung des Amtsjahres 2017/2018.

Mitteilungen

Ratspräsident F. Landolt: Ich bekam zwei Anfragen zum Fotografieren, die ich beide bewilligt habe.

Abwesend ist niemand, Davide Pezzotta kommt ein bisschen verspätet.

Sie haben ja gemerkt, dass der 18.12. nicht auf der Traktandenliste ist, weil dann keine eingeplante Sitzung stattfindet. Sollte es wider Erwarten nicht möglich sein, die Abstimmungen zum Budget in den nächsten zwei Sitzungen, also heute und am 11.12., abzuschliessen, müssten wir den 18.12. noch in Anspruch nehmen. Ich bitte Sie also, den Termin noch nicht anderweitig zu verplanen.

Noch eine Bitte von der Protokollführerin Andrea Fatzer: Vorhandene schriftliche Voten bitte elektronisch zustellen (andrea.fatzer@bluewin.ch). Vielen Dank.

Fraktionserklärungen

Ratspräsident F. Landolt: Angekündigt ist eine Fraktionserklärung von der SP zum Thema Sirma.

G. Stritt (SP): Im Landboten vom 28.11. konnte man lesen, dass die Sonderschulkosten ungebremst weitersteigen. 31 Mio. sind für 2018 budgetiert, weit mehr als die 22 Mio., die Stefan Fritschi im Jahr 2013 versprochen hatte. Sirma wurde als Sparprojekt verkauft, jetzt explodieren die Kosten. Auf 4% hätte die Sonderschulquote sinken sollen – sie stieg auf aktuell ca. 5.5%. Jürg Altwegg, der als Nachfolger von Stefan Fritschi das eher unglückliche Projekt Sirma geerbt hat, meinte dazu im Landboten: «Es ist offensichtlich, dass Sirma kostentreibend wirkt.» Was das genau heisst, untersucht jetzt die ZHAW im Rahmen einer Studie. Wenn etwas kostentreibend wirkt, muss es irgendwo einen Fehler haben. Und weshalb man diesen nicht früher festgestellt hat, das ist da eine solche Frage. Ist es möglich, dass für ein Projekt mit so hohen Kosten kein Controlling installiert wurde? Die Kosten sind ja nicht erst jetzt explodiert, sondern schon immer. Auf Seiten der Schulpräsidien begründete man die Fallzunahmen durch Kostenzunahmen in Bereichen, die von aussen bestimmt wurden, zum Teil einfach mit Sonderschulplatzierungen, die nicht beeinflusst werden können. Im Novemberbrief sah man aber, dass der Bereich ISR (Integrierte Schulung im Rahmen der Regelklasse) auch ein Grund ist, dass es eine so massive Zunahme gibt. Und diese Kosten sind in der Verantwortung der Kreisschulpflege.

Hellhörig machte auch die Anmerkung des Schulpräsidenten von Oberwinterthur, der sagte, er sei der Meinung, dass Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten in Sirma keinen Platz hätten. Doch diese Kinder gab es bereits bei der Entwicklung dieses Projektes. Warum sind diese kein Thema? Bereits im März 2015 hat die SP-Fraktion im Rahmen zu einer Interpellation zu Sirma unter anderem die Frage gestellt, wie die Ressourcen verteilt seien. Die Antwort darauf war, dass die Kreise und Schulen im Rahmen der gesetzlichen Grundlage das Ermessen haben über den Einsatz dieser Mittel. Dabei müsse einfach gewährleistet sein, dass Kinder, die einen Sonderschulstatus haben und bei denen Empfehlungen für Sonderschulmassnahmen bestehen, eine angemessene Unterstützung erhalten. Diese Aussagen waren damals schon eher vage und lassen einen grossen Spielraum. Es stellt sich da durchaus auch die Frage, wie das Kind zu einem solchen Sonderschulstatus kommt. Und andererseits wäre es auch interessant zu wissen, welche Möglichkeiten vorher ausgeschöpft werden. Müssten nicht vielmehr Ressourcen auch dann eingesetzt werden, z.B. bei der Prävention, wenn sich erst Anzeichen anbahnen, und nicht erst dann, wenn das Etikett quasi aufgesetzt wurde? Es bleiben viele Fragen offen in Zusammenhang mit Sirma. Man kann gespannt sein auf die Ergebnisse dieser ZHAW-Studie. Die Entwicklung der Sonderschulkosten lassen aufhorchen. Aber mindestens so bedenklich ist die Tatsache, dass es offensichtlich nicht gelungen ist, für die Integration von sozial auffälligen Kindern Lösungen zu finden.

Stadtrat J. Altwegg: Es ist tatsächlich so, die Kosten in der Sonderschulung explodieren, das darf man durchaus sagen, in dieser Heftigkeit. Sirma wurde damals tatsächlich auch eingeführt als Sparmassnahme oder als Sparprojekt, aber wie das halt so ist mit solchen Projekten, wenn diese einmal am Start sind, muss man ihnen erst einmal Zeit geben, damit sie sich entwickeln können.

Ich möchte das Wort «unglücklich» in diesem Zusammenhang eher nicht so gelesen haben, sondern es ist ein Projekt, das noch Entwicklungspotential hat. Es hat sicher Sachen drin, die bis anhin nicht optimal gelöst sind, und deshalb ist die Zentralschulpflege auch daran, diese Fehler auszumerzen. Wir sind in der Zentralschulpflege derzeit an Diskussionen, was man da machen kann. Ein wichtiger Punkt ist u.a. das sogenannte Controlling. Das wurde auch angesprochen.

Ich benutze da gerne die Aviatik-Metapher: Wir machten bisher Blindflug ohne Instrumente und das kommt bekanntlicherweise nicht gut, wenn man nicht weiss, ob man steigt oder sinkt, nach links oder rechts fliegt - dass wir wenigstens einmal Instrumente haben, dass wir sehen, in welche Richtung der Weg gehen muss. Das ist sicher ein Teil der Massnahmen, die wir

machen, es kommen noch mehrere dazu, u.a. auch die angesprochenen Massnahmen rund um z.B. verhaltensauffällige Kinder, was wir da machen können, indem man die Ressourcen anders verteilt, als es im Moment läuft.

Wie gesagt, die Zentralschulpflege ist da dran. Es ist auch so, dass die ZHAW ihre Untersuchung noch nicht abgeschlossen hat, sie sind immer noch am Interviews führen. Wir erwarten den abschliessenden Bericht eigentlich auf Ende Februar/Anfang März, wo sie uns das alles ganz konkret auflisten. Und auch aufgrund dieser Auflistungen wird die Zentralschulpflege diese Massnahmen auch einpflegen. Was wir teilweise heute schon machen können in der Verwaltung, sind wir bereits am Umsetzen. Von daher danke ich für den Input und Ihr könnt sicher sein, wir werden Euch über die BSKK oder im Rat entsprechend informieren, sobald wir wissen, was die Zentralschulpflege dann beschlossen hat.

Ratspräsident F Landolt: Besten Dank. Es gibt eine zweite Fraktionserklärung, Thomas Leemann bitte.

Th. Leemann (FDP): Die FDP-Fraktion äussert sich zur schleichenden Demontage vom Tech-Umzuges und der Frackwoche durch die Schulleitung der ZHAW. Wer im Landboten die beiden Beiträge der letzten Wochen über die ZAHW zum Thema Frackwoche gelesen hat, über einen Anlass, der seit 1925 ein fester Bestandteil der Winterthurer Bildungsstadt ist, zweifelt zu Recht an der Schulleitung. Mit immer weiteren Einschränkungen wird dieser einzigartige Anlass Schritt für Schritt bewusst unattraktiv gemacht, für die Absolventen des Technikums, die Angehörigen und die zahlreichen Besucher der Frackwoche und des Tech-Umzuges und des Anlasses am Abend.

Die FDP-Fraktion hat vor gut einem Jahr das Gespräch mit der Schulleitung gesucht. Dies mit dem Ziel, dass der Frackwoche und dem Tech-Umzug als Alleinstellungsmerkmal der Bildungsstadt Winterthur mehr Gewicht gegeben wird. Leider war das Gesprächsergebnis für die Fraktion nicht befriedigend. Deshalb hat die FDP im Gemeinderat von Winterthur eine Interpellation über die Zukunft des Tech-Umzug eingereicht. Es stellt sich die Frage, weshalb wird dieser einzigartige Anlass nicht mehr publik gemacht mit Reportagen, Fernsehberichten oder mit einer Dokumentation und so der Bevölkerung im In- und Ausland nähergebracht? Verstehen kann ich auch nicht, wieso die Umzugsroute aus der Altstadt umgelegt und vom Samstag auf Freitag verlegt wurde. Aus der Antwort des Stadtrates kann man entnehmen, dass die Schulleitung der ZHAW keinen Anlass sieht, etwas zu ändern. Es sei gut so und habe sich bewährt. Unser Stadtrat ist sich bewusst, dass die Frackwoche mit dem Umzug und der Anlass am Abend einzigartig in Europa ist. Wenn die Schulleitung etwas ändern wollte, könnte sie die Unterstützung unseres neuen „House of Winterthur“ holen. Das setzt aber voraus, dass man etwas unternimmt, so wie unsere Gründer des Technikums von Winterthur, und nicht nur Verwalter ist. Stillstand bedeutet Rückschritt und am Schluss der Niedergang von unserem Bildungsort Winterthur. Der erste Rückschritt wurde schon mit dem Verlegen des Umzuges vom Samstag auf Freitag durch die Schulleitung vorgenommen, der zweite Rückschritt mit dem Zeitplan für die Musik und dem Ausschank von Getränken auf dem Campus erweitert. Wir wissen noch nicht, welche die nächsten Einschnitte der Schulleitung sein werden.

Aber dieser Schnitt wird den Niedergang dieses Anlasses einläuten. Die Absolventen des Technikums sind alle volljährig und handeln in Eigenverantwortung. Nach einem bestandenen Abschluss gehört das Beisammensein und auf das Erreichte bei Musik anzustossen dazu. Die Leitung der ZHAW hat es geschafft, dass auch der Kanton auf ihre schleichende Demontage der Frackwoche aufmerksam wurde. Am letzten Montag sind im Kantonsrat eine Anfrage und ein Postulat eingereicht worden. Auf die Beantwortung des Regierungsrates ist die FDP-Fraktion gespannt. Nun muss die Schulleitung klar Stellung zu ihren Massnahmen beziehen.

Stadtpräsident M. Künzle: Die Frackwoche ist selbstverständlich auch für den Stadtrat ein ganz wichtiges Element in unserer Stadt. Du hast ja eigentlich schon gesagt, was unsere Meinung ist. Es ist wirklich einzigartig und wir haben am letzten Mittwoch auch kurz im Stadtrat über diesen Sachverhalt diskutiert. Gemäss unseren Informationen ist das letzte Wort

offenbar noch nicht gesprochen und wir werden als Stadtrat mit der Führung der ZHAW wegen dieser Frackwoche Kontakt aufnehmen. Ich bin zuversichtlich, dass man es nicht einfach wegstreichen wird, und wir werden unseren Anteil leisten, damit das nicht passiert. Aber die Beschlüsse fällt die ZHAW.

Traktandenliste

Ratspräsident F. Landolt: Wir kommen zur Bereinigung der Traktandenliste.

Die Traktandenliste wurde rechtzeitig verschickt.

Wie angekündigt ist bei den Traktanden 2 (Wahl der Leitung Finanzkontrolle; GGR-Nr. 17.75) sowie 3 (Finanzielle Vergütung Stadtwerk; GGR-Nr. 17.136) eine Behandlung ohne Diskussion vorgesehen.

Traktandum 4 (Wiederkehrende Beiträge ans Familienzentrum; GGR-Nr. 17.132) wird von der Traktandenliste abgesetzt, da noch nicht behandlungsreif.

Gibt es dazu Einwendungen? – Dann werden wir gemäss der Traktandenliste fortfahren.

1. Traktandum

Protokolle der 12./13. Sitzung

Ratspräsident F. Landolt: Die Protokolle lagen auf, Einwendungen gab es keine. Gibt es jetzt noch Bemerkungen? – Nein.

Damit sind die Protokolle mit bestem Dank an die Protokollführerin Andrea Fatzer abgenommen.

2. Traktandum

GGR-Nr. 2017.75: Wahl der Leitung der Finanzkontrolle Winterthur für die Amtsdauer 2018/2021 (1.1.2018 – 31.12.2021)

M. Gross (SVP): Die Aufsichtskommission stellt einstimmig den Antrag, Sandra Berberat Kecerski als Leiterin der Finanzkontrolle für die Amtsdauer 2018 - 2021 wiederzuwählen. Die Stelleneinreihung erfolgt in Lohnklasse 17, Erfahrungsanteil 10. Das Arbeitspensum beträgt 100 Prozent.

Ich möchte mich an dieser Stelle persönlich bei Sandra für die Geduld im Zusammenhang mit ihrer Wiederwahl bedanken. Dieses Geschäft hätte eigentlich bereits vor ca. einem halben Jahr traktandiert sein müssen.

Ratspräsident F. Landolt: Somit haben Sie als Leiterin der Finanzkontrolle Winterthur für die Amtsdauer 2018-2021 Sandra Berberat Kecerski gewählt. Besten Dank.

3. Traktandum

GGR-Nr. 2017.136: Finanzielle Vergütung Stadtwerk Winterthur: Festlegung der finanziellen Vergütung für das Jahr 2018 zulasten der verschiedenen Geschäftsfelder

M. Nater (GLP/PP): Die finanzielle Vergütung der Stadtwerke an die Stadt Winterthur ist jedes Jahr in etwa das Gleiche. Der Betrag ist eigentlich so festgesetzt. Man sieht hier die Methode: Einerseits die Vergütung aus 2013.104, da sieht man, dass das 4.5% des Gesamtum-

satzes sind von Stadtwerk Winterthur. Wenn man diese Zahlen von 2014 – 2018 anschaut, sieht man auch in etwa, wie sich der Umsatz von Stadtwerk Winterthur in etwa entwickelt hat. Was noch dazu kommt, ist die befristete Erhöhung aus effort14+, da haben wir nun im Jahr 2018 noch einen Betrag von 0.6 Mio. Es ist das letzte Mal, dass dieser Betrag ausbezahlt wird, 2019 gibt es diesen Betrag nicht mehr.

Wenn man das zusammenzählt, gibt das einen Betrag von 11.3 Mio., die für das Budget 2018 an die Stadt Winterthur ausbezahlt werden. Das ist eigentlich klar.

Was manchmal nicht so klar ist, ist wie die verschiedenen Beträge aus den verschiedenen Profitcentern nachher die 11.3 Mio. als Gesamtbetrag ergeben. Als Antrag vorgeschlagen ist die Abgabe vom Gas, dass die Gasverteilung 10% liefert, dass der Gashandel 10% liefert. Bei der Fernwärmeversorgung sind 3.5% vorgeschlagen, da wird es dann noch eine entsprechende Änderung geben. Beim Strom sind beim Stromhandel 5% vorgeschlagen und beim Stromnetz Fr. 5.8 Mio. Beim Energie-Contracting ist die Vergütung mit 0% vorgeschlagen, der Grund dahinter ist, dass man sagt, sobald man ein negatives Betriebsergebnis hat, will man keine Vergütung abliefern.

Wie ist das zusammengesetzt? Bei der Verteilung aus dem Stromnetz gibt es einen fixen Betrag (in Fr. festgelegt), für die Geschäftsbereiche Stromhandel, Gashandel, Gasnetz, Fernwärme und Energie-Contracting (das sind alles Profitcenter, die einen Gewinn erwirtschaften sollten) gibt es einen Betriebsertrag im jeweiligen Prozentsatz. Dieser Prozentsatz darf höchstens 10% ausmachen. Was auch noch ganz wichtig ist: Es soll möglichst kein negatives Betriebsergebnis durch diese finanzielle Vergütung entstehen.

Jetzt zur Fernwärme: Die Fernwärme rechnete ursprünglich im Budget 2018 mit einem positiven Nettoergebnis und von daher sah man dort auch eine finanzielle Vergütung vor. Das Budget beinhaltete auch die erhöhten Anschaffungskosten der Wärme. Im Jahr 2016 wurde bei der Wärme der KVA der Preis erhöht. Mit diesem Hintergrund war eigentlich auch die Preiserhöhung an den Endkunden für das Jahr 2018 vorgesehen. Das wurde aber so nicht umgesetzt, die Preiserhöhung wurde nicht entsprechend an den Endkunden weitergegeben. Das wurde erst sehr spät bemerkt. Im Novemberbrief merkte man, dass man Fr. 1 Mio. mehr bezahlt, aber dass man den entsprechenden Erlös von Fr. 1 Mio. nicht hat. Das führt zu einem negativen Betriebsergebnis im Bereich Fernwärme.

Von daher nun der Antrag der BBK: Anpassung der Vergütung der finanziellen Abgabe an die Stadt 2018. Der prozentuale Anteil der Fernwärmeversorgung wird auf 0% reduziert, da man da sonst ein negatives Betriebsergebnis hätte. Die Fr. 0.35 Mio., die dort für die 11.3 Mio. fehlen, werden neu dem Stromnetz zugewiesen. Deshalb haben wir dort neu Fr. 6.15 Mio. Zusammengezählt hat man das Totalergebnis: Aus dem Stromhandel 1.8 Mio., aus dem Stromnetz 6.15 Mio., aus dem Gashandel die 10% (2.6 Mio.), aus der Verteilung Gas 10% (0.75 Mio.). Fernwärme und Energie-Contracting haben beide negative Betriebsergebnisse, deshalb gibt es von dort keinen Betrag an die Stadtkasse. Die restlichen Geschäftsbereiche (Kehrichtverwertung, Abwasserreinigung und Wasserversorgung) sind Profitcenter, die keinen Gewinn erwirtschaften dürfen und deshalb gibt es dort auch keine Abgaben an die Stadt. Der Antrag und die Änderungen zum Antrag zur finanziellen Vergütung wurden von der BBK mit 9:0 angenommen. Die Veränderungen, die wir da haben, haben auch Auswirkungen auf das Budget. Dazu sagt Stefan Fritschi noch etwas.

Stadtrat St. Fritschi: Wir werden heute Abend ja noch über das Budget diskutieren und die Veränderung, die wir da von Markus Nater gehört haben, dass man aus der Fernwärme kein Geld entnimmt, hat zur Folge, dass wir vier Zahlen geändert haben im Budget, die aber im Total nichts ausmachen, sondern einfach eine Verschiebung vom einen ins andere geben. Wir haben das hier zusammengefasst: Es ist v.a. die Vergütung der Fernwärme, die wäre dann nicht mehr Fr. 350'000, sondern Fr. 0. Dann die Vergütung im Bereich Verteilung Elektrizität ist nicht Fr. 5.8 Mio., sondern Fr. 6.15 Mio. Bei den WOV-Kriterien gibt es zwei Anpassungen von Zahlen: Der WOV-Indikator 1.14 Betriebsreservenentnahme Bereich Fernwärme wäre nicht Fr. -477'000, sondern Fr. – 127'000 und die andere Seite, nämlich die Einlage in die Betriebsreserve Bereich Verteilung Elektrizität wäre dann nicht Fr. 3.814 Mio., sondern Fr. 3.464 Mio. Im Total gibt es keine Änderung.

Es tut mir leid, dass das so nicht im Voraus bekannt war und erst mit dem Novemberbrief geändert wurde. Ich habe mich bereits in der BBK entschuldigt und entschuldige mich auch hier noch in aller Form.

Ratspräsident F. Landolt: Das Traktandum war ohne Beratung vorgesehen, somit haben Sie die finanzielle Vergütung von Stadtwerk Winterthur zu Lasten der verschiedenen Geschäftsfelder wie dargelegt genehmigt.

4. Traktandum

GGR-Nr. 2017.132: Jährlich wiederkehrende Beiträge von Fr. 60'000 ans Familienzentrum Winterthur ab 2018

Ratspräsident F. Landolt: Das Traktandum ist noch nicht behandlungsreif.

5. Traktandum

GGR-Nr. 2017.133: Budget 2018 und Festsetzung des Steuerfusses, Nachtrag zum Budget 2018 «Novemberbrief»

Ratspräsident F. Landolt: Wir werden gemäss Drehbuch in 4 Schritten vorgehen: Es gibt eine Eintretensdebatte, dann werden wir den Teil B bereinigen, den Teil A bereinigen und dann kommen wir zu den Schlussabstimmungen des Stadtratsantrages und erst dort werden wir den Antrag 3 bereinigen, bei dem es um den Steuerfuss geht. Zur Eintretensdebatte die Präsidentin der AK, Annetta Steiner.

A. Steiner (GLP/PP): Ich darf im Folgenden das letzte Budget dieser Legislatur vorstellen. Das ist immer ein bisschen eine trockene Sache, aber irgendwie müssen wir da noch durch. Zum Start einen Überblick: Wir haben einen bereinigten Aufwand von Fr. 1.34 Mrd. und wir haben einen bereinigten Ertrag von Fr. 1.35 Mrd. und das gibt einen Gewinn von Fr. 14 Mio. Das ist bereits nach der Einarbeitung des Novemberbriefes. Im Ursprungsbudget waren 3 Mio. Gewinn vorgesehen, beim Novemberbrief wurde das korrigiert, mittlerweile gibt das für die Stadt einen schönen Gewinn. Ich denke, da sind wir alle froh und darum ist dieses Budget auch schon «Budget des Aufschnauens» genannt worden.

Der integrierte Aufgaben- und Finanzplan bis 2021 zeigt aber keine Trendwende auf in Bezug auf unsere grossen Kostentreiber, die sind nach wie vor besorgniserregend: Einerseits in der Bildung (+ 13 Mio.), beim öffentlichen Verkehr (+ 6 Mio.), bei der Langzeitpflege (+ 4 Mio.), bei den Soziallasten (+17 Mio.) und man rechnet auch noch mit Mindereinnahmen in Bezug auf die Steuervorlage, die von Bundesseite kommt. Das kann bis zu 20 Mio. sein. Im Moment relativiert sich diese Zahl ein bisschen dadurch, dass der Kanton Zürich doch einige Eckwerte durchgab, dass man eine gestaffelte Senkung der Steuern machen möchte. Im Moment rechnet man nach Auskunft der Stadträtin Yvonne Beutler mit ca. 10 Mio. Mindereinnahmen ab 2021.

Im Folgenden gab der Stadtrat in der Weisung einen Überblick, wo welche Mehr- und Mindereinnahmen sind. Ich gehe da relativ schnell durch, spannender sind dann die einzelnen Produkte bzw. die einzelnen Departemente. Der Personalaufwand steigt um 7.5 Mio. und im Novemberbrief nochmals zusätzlich um 1 Mio. Beim Sach- und Betriebsaufwand haben wir auf der einen Seite Mehrkosten (v.a. im Schulbereich), wir haben aber auch Minderkosten (im Sozialbereich, beim Bau, bei Kultur) und am Schluss gibt es einen Saldo von 0.3 Mio., die wir zusätzlich ausgeben. Bei den Abschreibungen im Verwaltungsvermögen rechnet man mit 8.7 Mio. höheren Abschreibungen als 2017, davon sind 6.2 Mio. im allgemeinen Haushalt und 2.5 Mio. in den Eigenwirtschaftsbetrieben. Der Finanzaufwand sinkt um 2.4 Mio., ein schöner Teil ist die 1 Mio. weniger Zinsen, die wir bezahlen, weil die Zinsen so tief sind. Da können alte

Verträge, die wir haben, aufgehoben werden durch neue Verträge, mit denen wir bessere Zinsen herausholen können. 1.4 Mio. weniger Aufwand sind bei den Immobilien. Beim technischen Transferaufwand haben wir ein Plus von 25.9 Mio. Das ist v.a. auf individuelle Unterstützung und das Schülerwachstum bei den Schulen zurückzuführen. Transferertrag 7.5 Mio., das sind v.a. höhere Rückerstattungen für Prämienverbilligungen von der Krankenversicherung bei der Sozialhilfe. Der Fiskalertrag (also Steuereinnahmen) ist 25.2 Mio. höher als Budget 2017. Das ist noch aufgeteilt in 5 Mio. bei den natürlichen Personen, ein grosser Teil bei den juristischen Personen (9.7 Mio.) und bei der Grundstückgewinnsteuer ein sehr grosser Betrag, den wir zusätzlich einnehmen, dort ist man am Abarbeiten von Restanzen, das gibt uns zum Glück gute Einnahmen (+ 13 Mio.). Bei der Quellensteuer werden es voraussichtlich 2.5 Mio. weniger sein.

Zum Stellenplan einen kurzen Überblick (nach dem Einarbeiten des Novemberbriefs): Es gab verschiedene Verschiebungen, auch innerhalb der Departemente. Wir kommen heute Abend sicher noch auf die Stellenerhöhungen im Bereich Soziales zurück. Im Budget war dort eigentlich ein grösserer Stellenrückgang geplant, im Novemberbrief werden nun 11 zusätzliche Stellen beantragt, netto sind das noch + 3 Stellen. Ansonsten sind es nicht extreme Veränderungen und wir kommen dann bei den Departementen dann noch darauf zurück.

Damit kommen wir zu den einzelnen Departementen.

Departement Kulturelles und Dienste: Bei der Kultur sind es insgesamt 0.19 Mio. mehr, die wir gegenüber Budget 2017 ausgeben. Diese Mehrkosten sind insbesondere beim Theater Winterthur. Man hat noch einen Minderaufwand, weil gewisse Arbeiten abgeschlossen sind (Aufarbeitung städtische Kunstsammlung ist abgeschlossen) und die «Unjurierte» findet nur alle 4 Jahre statt. Bei den Diensten hat man Minderaufwand, weil die Rechtspflege mehr Einnahmen hat.

Departement Finanzen: Im operativen Bereich wird man 0.73 Mio. unter dem Budget 2017 sein, aber 0.4 Mio. über dem geplanten, also über dem, was man beim Budget 2017 als Ausblick auf 2018 machte. Damals dachte man noch, dass man 2018 ein bisschen tiefer sein wird, da ist man jetzt ein bisschen höher. Die Steuereinnahmen steigen, das wurde bereits erwähnt, um 25.2 Mio. und gemäss Novemberbrief zusätzlich nochmals um 18 Mio. und das, obwohl der Stadtrat bereits eine Steuersenkung von 2% eingearbeitet hat. Dort ist ja der Vorschlag, dass man auf 122% heruntergeht. Man rechnet mit einem kleinen Rückgang beim Ressourcenausgleich um 0.8 Mio., weil man in der Steuerkraft ein bisschen höher eingeschätzt als auch schon, also höher eingestuft sind kantonsweit. Die Zinsen reduzieren sich nochmals um 1 Mio., das habe ich vorhin bereits angetönt. Wir haben aber höhere Abschreibungen (6.2 Mio. zusätzlich). Ein grosser Teil darin ist die Ruine Alt-Wülflingen, die man auf ein Mal abschreiben muss, das sind die 2.4 Mio., die uns dieser schöne Turm dort kostet im nächsten Jahr.

Departement Bau: Im allgemeinen Haushalt im Departement Bau rechnet man gegenüber dem Budget 2017 mit Minderkosten. Gegenüber dem IAFP sind Minderkosten von Fr. 1.84 Mio. für 2018 geplant, also eine grössere Reduktion. Bei den Eigenwirtschaftsbetrieben rechnet man mit einem um 0.4 Mio. besseren Betriebsergebnis. Das kommt aber nicht in die Stadtkasse, sondern das geht in die Einlage Spezialfinanzierung.

Departement Sicherheit und Umwelt: Im allgemeinen Haushalt rechnet man mit 1 Mio. mehr als gegenüber Budget 2017 und 0.7 Mio. mehr gegenüber dem IAFP.

Das hat man in diesem Jahr viel besser eingearbeitet, die Thematik, wie viel man ursprünglich geplant hatte und um wie viel es sich dieses Jahr verschiebt. Damit möchte der Stadtrat auch messen, ob er eine gute Planung macht auf die nächsten 4 Jahre hinaus, und deshalb auch immer wieder die Zahl, die eingearbeitet wurde, um wie viel es sich gegenüber dem ursprünglich vor einem Jahr Geplanten verschiebt.

Bei den Eigenwirtschaftsbetrieben Parkhäuser und Parkplätze rechnet man mit einer Einlage von 1.34 Mio.

Departement Schule und Sport: Insgesamt sind es 11.4 Mio. gegenüber Budget 2017 und 6.7 Mio. gegenüber dem, was man gerechnet hatte. Man hatte doch massiv unterschätzt, was da an zusätzlichen Kosten auf uns zukommt. Bei der Produktgruppe Volksschule sind es 4.4 Mio. höhere Personalkosten, 1.1 Mio. höhere Transport- und Reinigungskosten, 0.8 Mio. höhere Anzahl Übertritte an das Untergymnasium und 3 Mio. bei Abschreibungen und Zinsen.

Bei der Sonderschulung sind es 2.8 Mio., die man zusätzlich budgetieren muss, bei der Berufsbildung + 0.8 Mio., bei Einkauf und Logistik sowie bei Familie und Betreuung bewegen wir uns im Bereich des Vorjahres und beim Sport konnten wir nur die Hälfte der geplanten Senkung umsetzen.

Departement Soziales: Nettowachstum von 5.5 Mio., das ist 1.3 Mio. tiefer, als man für 2018 befürchten musste. Bei der KESB hat man einen leicht sinkenden Nettoaufwand, weil man einen angepassten Kostenverteiler hat mit den Gemeinden rundum, die der KESB Winterthur angeschlossen sind. Bei der Produktegruppe Sozial- und Erwachsenenhilfe haben wir 3.5 Stellen mehr im Budget und 11 Stellen mehr gemäss Novemberbrief. Insgesamt rechnen wir dort mit Mehrausgaben von 0.72 Mio. Darauf komme ich nochmals zurück, es sollte dann aber auch zu Minderausgaben führen bei der individuellen Unterstützung.

Der Nettoanstieg bei der individuellen Unterstützung ist 3.8 Mio. Bei der Sozialhilfe rechnet man mit + 4.3 Mio., bei den Zusatzleistungen rechnet man mit 0.5 Mio. weniger Ausgaben, bei der Asylfürsorge mit + 0.1 Mio., bei der Alimentenbevorschussung mit minus Fr. 100'000 und beim Krankenkassenwesen + Fr. 100'000.

Gemäss dem Novemberbrief sind nun da die Einsparungen drin, die man erreichen will, wenn man mehr Leute einstellt. Die Idee ist, dass man durch diese Fallreduktion auch Einsparungen machen kann, nämlich minus Fr. 900'000 gegenüber den 720'000, die man mehr ausgibt für zusätzliches Personal. Ebenfalls im Novemberbrief sind noch 1.3 Mio., die man mehr ausgeben muss in der Asylfürsorge. Das hängt mit der Abstimmung zusammen, die man diesen Herbst hatte.

Die Grafik aus der Weisung in Bezug auf Veränderungen der Soziallasten: Zwischen 2014 – 2016 war der Anstieg nicht so riesig, weil dort Kosten wegfielen (z.B. Kinderzulagen), was sich positiv auf das Ergebnis auswirkte. Jetzt steigen die Soziallasten aber wieder kontinuierlich und man sieht, bis 2021 sollten das gemäss Berechnungen nochmals einige Mio. mehr sein. Das zeigt auf, wie wichtig es ist, dass man mit dem Kanton da faire Verhandlungen führen kann in Bezug auf faire Verteilung dieser Soziallasten, die sehr ungleich verteilt sind.

Bei der Arbeitsintegration geht man von Minderkosten von 0.25 Mio. aus, bei den Beiträgen an Organisationen geht man von 1.4 Mio. (bzw. mit dem Novemberbrief nochmals 400'000 zusätzlich) aus. Bei den Eigenwirtschaftsbetrieben Spitex und Alterszentren gibt es keine riesigen Verschiebungen beim Aufwand, und das sind Eigenwirtschaftsbetriebe, also müssen sie sich selber finanzieren.

Departement Technische Betriebe: Auch das sind alles Eigenwirtschaftsbetriebe. Zum Teil gibt es Abgaben, das haben wir vorher gehört, zum Teil gehen die Gewinne in die Reserven der einzelnen Produktegruppen. Bei der Produktegruppe Stadtwerk sind es Fr. 900'000 höhere Personalkosten. Das sind einerseits Personalmassnahmen, die nicht mit Rotationsgewinnen kompensiert werden konnten. Es gab einen Personalausbau bei den Bereichen Stromnetz, Finanzen und Dienste sowie beim Vertrieb innerhalb von Stadtwerk. Weniger Sachkosten, das ist v.a. durch sinkende Energieeinkaufspreise beim Strom. Bei der ARA und beim Vertrieb gibt es eher höhere Sachkosten. Sie haben höhere Abschreibungen, weil verschiedene neue Sachen in Betrieb gehen. 5.2 Mio. weniger Verkäufe (im Bereich Strom, Gas und Fernwärme). 2.4 Mio. höhere Erträge im Dienstleistungsbereich. Die Netto-Einlagen in die Spezialfinanzierung («Eigenkapital von Stadtwerk») sind 12.1 Mio. Das ist 5.7 Mio. tiefer als 2017.

Bei Stadtbuss haben wir Mehraufwand gegenüber 2017 von 2.6 Mio. Das ist v.a. auf eine geänderte Verbuchungspraxis zurückzuführen. Der Beitrag an den öffentlichen Verkehr (FinÖV): Dort hat man im IAFP schon mit zusätzlichen Kostengerechnet, das wird aber nicht eintreten, das hat sich um ein Jahr verschoben. Bei Stadtgrün haben wir Zusatzkosten von 2.86 Mio., davon sind alleine die Abschreibungen der Ruine Alt-Wülflingen 2.4 Mio. Dazu kommen Abschreibungen im Bereich Eulachpark.

Departement Behörden und Stadtkanzlei: Bei der Stadtkanzlei haben wir 0.68 Mio. zusätzliche Kosten. Das hängt v.a. damit zusammen, dass wenn Wahljahr ist, hat man zusätzliche Auslagen, zusätzlichen Aufwand. Es hat kalkulatorische Abschreibungen für Informatikprojekte darin und die Stadtkanzlei übernimmt einen Teil von Aufgaben, die bisher beim Personalamt getätigt wurden. Bei den Behörden gibt es nur bei der Finanzkontrolle eine leichte Verschiebung von Fr. 60'000.

Ich habe mehrmals auf den Novemberbrief hingewiesen, also die Kosten im Budget, die noch angepasst werden mussten, weil man zusätzliches Wissen hatte. Auf der Einnahmenseite ist der Novemberbrief sicher geprägt durch die 18 Mio. Mehrerträge bei Steuern und Finanzausgleich, die uns einen wesentlich höheren Gewinn bescherten werden, als man das ursprünglich vorhergesehen hat. Auf der Ausgabenseite sind es sicher das Soziale und die Schule, wo nochmals Mehrausgaben nachgereicht wurden. Ich habe es angetönt, das ist keine erfreuliche Entwicklung. Bei der Sozial- und Erwachsenenhilfe haben wir Mehrkosten bei den vorläufig aufgenommenen Ausländern, das habe ich bereits angetönt. Auch noch speziell im Novemberbrief: Es ist mehrmals eine Verschiebung drin. Das hat damit zu tun, dass man jetzt diese Albanifest-Vereinbarung gemacht hat. Dort hat man klar beziffert, was es kostet, und das wird jetzt auf die verschiedenen Produkte verteilt. Das sind aber reine Verschiebungen und nicht Mehr- oder Minderkosten. Es hat auch mehrere Korrekturen darin, die man im Budget in den Investitionen drin hatte, aber über die Laufende Rechnung nehmen muss, das wurde ebenfalls im Novemberbrief noch korrigiert. Und es gab noch Verschiebungen bei den Investitionen.

Zum integrierten Aufgaben- und Finanzplan (Aussicht bis 2021): Es ist wichtig, dass man das gut machen kann, dass man in die Zukunft schaut über die nächsten 4 Jahre, wie es sich in jedem einzelnen Produkt in der Stadt entwickelt. Daran hat man in den letzten Jahren intensiv gearbeitet und das spiegelt sich nun auch im Budget wieder, dass man da bessere Vergleiche hat.

Zu den Aussichten kann man sicher allgemein sagen: Eine positive Entwicklung bei den Steuern und beim Finanzausgleich allgemein. Zurzeit sind eher positive Konjunkturaussichten, das entnimmt das Finanzamt jeweils den Prognosen von renommierten Konjunkturprognostikern. Es gibt noch Sachen, bei denen man beobachtet, was beim Bund und was beim Kanton passiert auf Gesetzesebene, das eine Auswirkung haben könnte auf die Stadt Winterthur. Diese muss man gut im Auge behalten. Angetönt wurde z.B. die Steuerreform, die Auswirkungen haben wird, aber auch was im Bereich Soziallastenausgleich passiert, das wird sehr entscheidend sein für die Stadt Winterthur, wie dass wir 2020/2021 durchkommen werden.

Es wurde bereits gesagt: Wir haben einige wenige Produktgruppen, die 80% dieser Kostensteigerungen drin haben, die wir in den letzten Jahren verzeichnen mussten. Im IAFP geht das genau gleich weiter. Es ist die Volksschule, Beiträge an Organisationen, die Sonderschule, der öffentliche Verkehr und die individuelle Unterstützung, die 2021 doch ein sehr dicker, grosser Balken ist.

Ab 2019 werden wir wieder Mindererträge bei der Grundstücksgewinnsteuer haben (das ist das, was wir jetzt am Aufarbeiten sind und das, was uns momentan ziemlich viele zusätzliche Mio. generiert, aber das wird wieder zurückgehen, sobald man da mit der Arbeit nach ist), es wird Wegfall von Buchgewinnen geben, weniger Finanzausgleich und weniger Steuern ab 2021 (wie angetönt wegen der Steuerreform).

Es wird aber auch Mehrerträge geben: Die ordentlichen Steuern, die Bewertung Finanzvermögen, die Zinsentwicklung ist nach wie vor gut, so dass wir nach wie vor dort mindere Ausgaben haben werden, es wird höhere Erträge von Parkplätzen und Parkhäusern geben, und man hat den kantonalen Ausgleich ab 2020 mit 35 Mio. im IAFP geplant (man rechnet damit, dass da wirklich etwas geht, es sind sehr viele Gespräche im Gange diesbezüglich). Man sieht aber auch, dass ziemlich viele Unsicherheiten vorhanden sind. Deshalb hat der Stadtrat die sogenannte RPC-Studie in Auftrag gegeben, die eine Leistungsanalyse macht, wo man in der Stadt überhaupt noch Spielraum hat in Bezug auf Kosten (wo hat man überhaupt noch Möglichkeiten hat, um noch Steuern zu können). Das ist im Moment am Laufen.

Zur Investitionsplanung: Auch da haben wir die grössten Verschiebungen beim Departement Schule und Sport. Es sind einige Schulhäuser, die entweder vergrössert werden müssen oder sogar ganz neu gebaut werden müssen oder die Anbauten erhalten. Da sind ziemlich hohe zusätzliche Investitionen nötig. Das Polizeigebäude, das sich in den nächsten Jahren ziemlich stark niederschlägt, das ist ein sehr grosser Brocken. Dann aber auch Hardwarebeschaffung für die einzelnen Arbeitsplätze und auch die Migration Windows 7/Office2010/Server 2008 wird Zusatzkosten verursachen.

Das Investitionsvolumen bei den Eigenwirtschaftsbetrieben wird ab 2019 eher rückläufig sein. Die ganz grossen Investitionen wurden dort getätigt und das wird zurückgehen. Investitionen beim Finanzvermögen sind jeweils 6-10 Mio. jährlich. Alleine 3.5 Mio. wird das Frohsinnareal sein, das im Moment 2018 drin ist.

Zum Thema Verschuldung: Die Verschuldung wird uns in den nächsten Jahren ziemlich beschäftigen. Die Verschuldung steigt massiv. Die Abschreibungen können mit dem prognostizierten Gewinn in der Erfolgsrechnung nicht finanziert werden, deshalb steigt die Neuverschuldung auch sehr stark und in einem Ausmass, das nicht mehr gesund ist.

Fazit: Die Finanzplanung konnte aus meiner Sicht in den letzten Jahren stark verbessert werden. Wir haben immer genauere Zahlen. Wir haben jetzt zum Glück sehr positive Rechnungsabschlüsse mit Mehreinnahmen. Bei den Ausgaben achtet man stark darauf, dass sie nicht zu sehr steigen. Unter dieser Voraussetzung, dass jetzt auch positive Ergebnisse resultieren, hat der Stadtrat eine 2%ige Steuersenkung vorgeschlagen. Ein fairer Soziallastenausgleich bleibt für Winterthur essentiell. Wir sahen es vorher, die Kostensteigerungen können wir in Zukunft nicht alleine stemmen. Eine grosse Herausforderung, und das schreibt der Stadtrat in der Weisung ebenfalls, ist die Pensionskasse. Die Pensionskasse macht uns grossen Kummer, da wird man in den nächsten paar Wochen noch mehr dazu hören. Die kontinuierliche Verschuldung, die z.T. auch zusammenhängt mit den Problemen bei der Pensionskasse, ist besorgniserregend.

Das wäre es von meiner Seite bezüglich Vorstellung. Ich würde auch gleich den Kommentar der GLP anhängen.

Die GLP/PP-Fraktion tritt auf das Budget 2018 ein. Selbstverständlich sind wir sehr erfreut, dass jetzt so viel Mehreinnahmen prognostiziert werden, das gibt uns ein bisschen Luft. Nicht im Sinne von «jetzt können wir wieder mehr ausgeben», sondern im Sinn von «jetzt können wir wieder konstruktiv diese Herausforderungen, die auf uns warten, angehen.»

Ich habe es bereits angetönt: Die GLP/PP-Fraktion erachtet es als sehr wertvoll, dass man nun wesentlich verlässlichere Zahlen hat in Bezug auf die Planung, in Bezug auf die Zukunft, und dass man mit diesen auch arbeitet. Wir haben den Eindruck, dass in den Departementen diesbezüglich viel mehr und genauer gearbeitet wird und auch die Leute viel mehr in die Zukunft denken als auch schon.

Besorgniserregend sind ganz klar die Kostentreiber Soziales und Schule. Bei der Schule hat man leider immer noch den Eindruck, dass man immer noch von Sachen überrascht wird. Unseres Erachtens ist es keine gute Entwicklung, wenn man von Sachen überrascht wird. Wir müssen schauen, dass wir das besser in Griff bekommen, damit wir voraussehen, was auf uns zukommt. Man konnte es gerade im Landboten lesen bezüglich Schulraumplanung. Auch das muss wesentlich besser prognostiziert werden können, wir müssen wissen, was auf uns zukommt und müssen vielleicht ein bisschen realistischer planen. Wenn man so viele neue Wohnungen baut, dass dann dort vielleicht auch ein paar Kinder mehr kommen, als man es von einzelnen Büros geschätzt bekommt.

Beim Bereich Soziales möchte ich nicht mehr detailliert darauf eingehen, denn das wird ganz sicher noch in der Debatte später sehr ausführlich besprochen, wenn es darum geht, diese Stellen zu erhöhen beim Departement Soziales.

Beim integrierten Aufgaben- und Finanzplan hat es einige Dinge drin, die doch ziemlich grosse Risiken bergen. Entsprechend müssen wir vorbereitet sein. Die GLP/PP-Fraktion begrüsst deshalb ausdrücklich, dass man diese Leistungs- und Potentialanalyse angegangen ist von Seiten des Stadtrates. Das schafft wesentlich mehr Klarheit und die Studie ermöglicht ein wesentlich besseres, vorausschauendes Handeln, wenn wir merken, dass es nicht gut kommt.

Besorgniserregend ist für die GLP/PP-Fraktion auch die Schieflage der Pensionskasse. Wir haben seit drei Jahren immer wieder darauf hingewiesen, dass eigentlich da sofortiges Handeln angesagt ist. Wir warten nach wie vor auf die Weisung des Stadtrates, die im Frühling einmal auf nach den Sommerferien angekündigt wurde. Sie liegt leider noch nicht vor, sie ist angekündigt im Dezember noch, wie man mit dem Problem umgehen möchte. Das Problem hängt sehr stark zusammen mit dem anderen Problem, das ich aufzeigen möchte: Das ist die Verschuldung. Ein bisschen anders dargestellt als vorher mit der Grafik des Stadtrates. Die Verschuldung, die Zunahme der Verschuldung, ist schon fast dramatisch. Und es ist keine

Änderung in Sicht. Um das vielleicht noch anders aufzuzeigen, kann man es mit anderen Gemeinden vergleichen. Ich habe die Nettoverschuldung pro Einwohnerin und Einwohner 2015 (und seit damals war noch sehr viel Schuldenzuwachs) genommen, und habe nur die Gemeinden genommen, die über Fr. 1'000 pro Einwohner haben. Und wir sehen ganz zuhinterst... Mittlerweile sind es über Fr. 12'000, die wir pro Person verschuldet sind.

Die GLP/PP-Fraktion erwartet vom Stadtrat ein proaktives Angehen dieser Problematik. Wir erwarten eine Strategie, wie man damit umgehen möchte in Zukunft. Die Verschuldung muss genauer angeschaut werden, wo mussten wir eigentlich Fremdgelder aufnehmen? Es ist ein Unterschied, ob man das für eine Kehrrichtverbrennungsanlage macht, bei der auch wieder regelmässig Geld hereinkommt, um diese Schulden abzutragen, oder bei einem Glasfaserkabel, bei dem man weiss, dass schon ein bisschen Geld hereinkommt, aber nicht genug, um diese Verschuldung innert nützlicher Frist abbauen zu können. Oder, noch viel schlimmer, bei der Pensionskasse, wo man klar weiss, dass das Geld überhaupt nicht mehr hereinkommt. Dieses Geld müssen wir aus eigener Kraft, aus Steuergeldern, wieder einschiessen, damit wir diese Schulden wieder abbauen können. Wir verlangen vom Stadtrat eine saubere Zusammenstellung der verschiedensten Bereiche von Verschuldung und wie wir damit umgehen sollten in den nächsten paar Jahren. Da wird eine Schuldenbremse alleine nicht nützen. Die GLP/PP-Fraktion hat aufgrund der wachsenden Schulden länger darüber diskutiert, ob wir uns diese Steuersenkung leisten können oder nicht. Wir kamen dann aber nach dem Novemberbrief definitiv zum Schluss, dass es drinliegt, wieder auf die 122% zurückzugehen, wie es der Stadtrat vorgeschlagen hat, und werden dementsprechend zustimmen. Ebenfalls zustimmen werden wir allen 4 Punkten in der Weisung, so wie sie der Stadtrat gebracht hat.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Die Fraktion Grüne/AL tritt auf das Budget ein. Allerdings haben wir bezüglich dem Steuerfuss doch eine andere Ansicht als der Stadtrat. Bis vor kurzem hiess es, Winterthur ist pleite. Es wurde der Eindruck erweckt, Winterthur hätte nicht einmal mehr genügend Geld, um das Kopierpapier zu zahlen. Ich habe nur noch darauf gewartet, das es heisst, wer von der Stadt ein Formular will, muss das Papier selber mitbringen.

Jetzt plötzlich, kurz vor den Wahlen, ist einfach alles anders. Natürlich können wir auch mit der beantragten Steuersenkung einen anständigen Gewinn budgetieren. Aber dieser Gewinn hat v.a. von der budgetierten Grundstückgewinnsteuer von 49 Mio. zu tun. Dazu ein paar Bemerkungen: In den vergangenen Jahren haben wir in der Regel 15-20 Mio. Grundstückgewinnsteuer eingenommen. Man sieht, wenn wir auf einem normalen Betrag wären, hätten wir nicht einen Gewinn, sondern einen Verlust. Der Grundstückgewinnsteuerertrag hat nichts zu tun mit dem Budgetjahr. Es ist ein aufgelaufener Gewinn aus den letzten 10-20 Jahren. Die budgetierte Grundstückgewinnsteuer hat auch nur begrenzt etwas zu tun mit den Verkäufen 2018. Nein, die Grundstückgewinnsteuer wird dann verbucht, wenn die Fälle veranlagt werden - und weil die Stadt dank mehr Personal mehr Pendenzen abarbeiten kann, ist die Grundstückgewinnsteuer höher budgetiert als in der Vergangenheit. Es handelt sich meiner Ansicht nach vermutlich v.a. um die Verkäufe aus den Jahren 2015 – 2017. Somit ist klar, die 49 Mio. sind ein ausserordentlicher Gewinn und zum grossen Teil auch aperiodisch. Wir sind deshalb der Ansicht, dass das nicht einfach in die Laufende Rechnung fliessen sollte. Ausserordentliche Erträge sollten für ausserordentliche Aufwendungen wie z.B. die Pensionskassensanierung oder zur Schuldentilgung verwendet werden. Deshalb sind wir zurzeit gegen diese Steuerfussenkung.

Weiter möchte ich auf unseren Antrag betreffend Tiefbau verweisen, dazu später bei der Produktgruppe. Ansonsten sind wir zufrieden mit dem Budget, wir bedanken uns beim Stadtrat, bei der Verwaltung und insbesondere auch beim abtretenden Finanzchef Beat Holzer.

U. Hofer (FDP): Die FDP-Fraktion tritt selbstverständlich auf das Budget 2018 ein, soweit unspektakulär. Aus unserer Sicht gibt es eigentlich nur eine Schlagzeile, die es morgen in die Medien schaffen sollte (die Medienvertreter dürfen gerne mitschreiben): "Aufgrund der erfolgreichen Anstrengungen der Verwaltung, des Stadtrates und des Gemeinderates in den vergangenen Jahren hat die Stadt ihre operativen Ausgaben nun wieder im Griff und der Ge-

meinderat hat einstimmig (ich habe schon gehört, das wird nicht ganz stimmen) zu Recht eine Steuersenkung um 2% beschlossen." Das wäre quasi mein Wunschresultat für morgen. Genau dies ist die Botschaft, die wir in die Schweiz und in die Welt hinaustragen müssen. Alles andere ist ein bisschen nebensächlich. Dass wir in den kommenden Stunden mit Sicherheit auch über Anderes diskutieren werden, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es eigentlich positive Nachrichten sind, die wir zu verkünden haben.

Wir dürfen daher auch ein bisschen stolz sein auf das Erreichte und müssen uns und der Welt klarmachen, dass wir alles andere als das "Griechenland der Schweiz" sind. Wir haben uns den finanziellen Herausforderungen gestellt und teilweise Antworten darauf gefunden. Das war nicht immer einfach, aber umso notwendiger. Es ist kaum vorstellbar, wo der Steuerfuss in Winterthur heute wäre, wenn man einfach nichts gemacht hätte.

Wir müssen und dürfen der Welt zeigen, dass wir nicht nur eine sehr attraktive Wohn-, Kultur- und Ausflugsstadt sind, sondern die beste Stadt der Welt, um sich auch geschäftlich niederzulassen und dass alle Unternehmer auch Vertrauen in den Stadtrat und in die hiesige Politik haben dürfen, dass sie den Rahmenbedingungen für Unternehmen und insbesondere dem Steuerfuss weiterhin Sorge tragen.

Es geht nicht nur darum, dass diese Feststellungen inhaltlich richtig sind, sondern dass man diese in die Welt hinausträgt. Ich würde vor diesem Hintergrund erwarten und erhoffen, dass man uns in der Aussenwahrnehmung auch ein bisschen positiver verkaufen dürfen. Ich habe leider auch schon viele negative Voten gehört.

Diese Worte vorausgeschickt gehört natürlich allen Mitarbeitenden der Verwaltung ein grosses und aufrichtiges Dankeschön. Vor diesem Hintergrund ist auch klar, dass wir den beantragten automatischen Stufenanstieg in diesem Jahr vollumfänglich gewähren werden, denn Leistungen müssen belohnt werden.

Es ist aber auch ein bisschen zu früh, um es sich nun in der Wohlfühlzone allzu bequem zu machen. Wir alle im Saal wissen, dass wir nach wie vor noch riesige, offene Baustellen haben und dass niemand und nichts garantieren kann, dass wir in den nächsten 4 Jahren nicht wieder ganz so emotionale Budgetdebatten führen werden. Vor diesem Hintergrund begrüssen wir insbesondere auch die vom Stadtrat in Auftrag gegebene Leistungs- und Potentialanalyse.

Eine riesige Baustelle, das wurde angesprochen, ist die Pensionskasse. Wir haben unsere Erwartungshaltung dem Stadtrat und dem Stiftungsrat bereits mehrfach kommuniziert, wir warten jetzt auf die Weisung, die in Aussicht gestellt ist. Unseres Erachtens ist es an der Zeit zu handeln, und zwar auch unter der Berücksichtigung der Interessen aller Steuerzahler. Eine andere riesige Baustelle, nämlich die explodierenden Sozialhilfekosten, werden garantiert heute und an der nächsten Budgetsitzung intensiv diskutiert werden. Es ist nämlich kaum vorstellbar, dass man still und leise jetzt 17.5 Stellen aufbauen kann – umso weniger als man sie zumindest auf den ersten Blick etwas paradox damit begründet, dass man damit Kosten sparen kann. Wir können gut verstehen, dass sich genau an dieser Begründung voraussichtlich auch die Geister scheiden werden und wir verstehen insbesondere auch die SVP, die die Befürchtung hegt, dass der Auftraggeber der Studie sein Wunschresultat dem Auftragnehmer gleich mit auf den Weg gegeben hat.

Wir von der FDP haben uns jedoch einer konstruktiven Politik verschrieben: Wir forderten schon seit Längerem eine Analyse, wir forderten schon seit Langem Taten. Wir haben es satt, immer wieder zu hören, dass die Kostenexplosion so einfach nicht steuer- und kontrollierbar sei. Nun wurde eine Analyse gemacht und ein Antrag für eine Tat gestellt. Diesem Antrag vorab jegliche Legitimation abzusprechen, wäre unseres Erachtens inkonsequent und wenig konstruktiv. Weiterhin nicht machen ist bei der Grösse des Problems ohnehin keine Option. Die erhöhten Personalkosten sind auch nicht unser Hauptproblem, sondern der Umstand, dass im anderen Fall die Rechnung einfach noch um ein paar Millionenbeträge über das Budget schießt, das bereits um Millionenbeträge erhöht wurde, was jegliche Efforts von anderen Produktgruppen zunichte macht.

Wir haben natürlich daneben auch noch andere Baustellen. Aber zu diesem Antrag und zu diesem Punkt sind wir der Meinung, dass sich das Sozialdepartement auch an den Taten messen lassen muss. Es muss ein Monitoring geben und das Projekt oder das Experiment muss befristet sein. Und wenn es keine Resultate liefert, dann erwarten wir zwingend sofort

auch noch mehr und andere Schritte. Es lohnt sich diesbezüglich auch, die Augen auf den Kanton Bern zu richten, wo der Regierungsrat und eine Mehrheit des Grossen Rates gerade drauf und dran sind, sich von der SKOS-Richtlinie nach unten zu verabschieden, die Erwerbsarbeit im Vergleich zum Bezug von Sozialhilfe attraktiver zu machen und die Eingliederung der Bezügerinnen und Bezüger von Sozialhilfe in den Arbeitsmarkt aktiv zu fördern. Ein wenig mehr Denken in diese Richtung würden wir auch vom Sozialdepartement erhoffen - auch wenn klar ist, dass auch unser Kantons- und Regierungsrat, gerade was die Verbindlichkeit der SKOS-Richtlinie betrifft, zum Handeln aufgefordert wäre. Wir laden den Vorsteher des Sozialdepartementes jederzeit ein, in diese Richtung auf Stufe Kanton zu Lobbyieren. Wir haben jetzt ein Lob ausgesprochen und doppelte Unterstützung in zwei grossen Themenbereichen angekündigt. Wir möchten noch ganz kurz sagen: Wir haben auch gesehen, das Budgetbuch wurde verbessert, aber es hat aus unserer Sicht immer noch Verbesserungspotential bezüglich Verständlichkeit und Transparenz in einigen Punkten. Wir werden darauf bei Detailanträgen zurückkommen und vielleicht auch im Rahmen von Budgetmotionen.

Aber ich freue mich jetzt auf die einstimmige Steuerfussenkung und die entsprechend positive Berichterstattung in den Medien.

R. Keller (SP): Die SP-Fraktion geht selbstverständlich auch auf das Budget ein und wir danken dem Stadtrat ganz herzlich für diese seriöse Arbeit, die er da vorlegt. Unter der umsichtigen Leitung von Yvonne Beutler und dem Finanzdepartement ist es gelungen, ein Budget mit einem Gewinn von 14 Mio. vorzulegen. Mit den Anpassungen des Novemberbriefes kann man damit rechnen, dass Ende 2018 auch tatsächlich ein Gewinn oder ein Plus herauschaut.

Uns stimmt v.a. positiv, dass es ganz offensichtlich gelungen ist, die Sparpakete auch nachhaltig zu sichern, dass es Wirkung zeigt. In den meisten Departementen ist es gelungen, die Kosten tatsächlich zu stabilisieren. Positiv ist für uns auch, dass das Personal wiederum nach 2017 auch in den Genuss kommt von Personalmassnahmen, wie es das Personalstatut auch vorsieht. Ein bisschen weniger positiv ist, dass es nicht ganz gelingt, diese Personalmassnahmen mit dem Rotationsgewinn zu decken. Das ist etwas, das man sicher im Zusammenhang mit der Diskussion über das überarbeitete Personalstatut nochmals aufgreifen muss. Erfreulich sind die Fr. 14 Mio. Gewinn natürlich auch, weil wir so ein bisschen Spielraum haben, um wichtige Projekte oder Massnahmen heute Abend oder nächsten Montag zu diskutieren und ein bisschen Spielraum haben, um noch etwas zu planen oder auf zusätzliche Projekte einzugehen, ohne dass wir gleich in einen Verlust hineinlaufen.

Es ist dann aber schon ziemlich bald fertig mit meinen schönen positiven Worten. Es wurde schon oft gesagt, alle sagen ein bisschen das Gleiche: Die 14 Mio. finden wir von der SP nicht gleich einen Grund, um in Partylaune zu verfallen. 14 Mio. bei einem Budget von 1.3 Mrd. ist schon fast ein bisschen im vernachlässigbaren Bereich. Christian Griesser und Annetta Steiner haben es gesagt: Ein grosser Teil stammt aus dieser Grundstücksgewinnsteuer. Das sind keine nachhaltigen Einnahmen, das fällt da an und vielleicht noch nächstes Jahr, dann ist dann Ende des Segens und dann sind wir wieder mit anderen Fragen konfrontiert, wenn man Steuern oder Einnahmen anschaut.

Sorgen machen uns natürlich auch die bekannten Themen: Volksschule (Kinder sind ja etwas Gutes, aber die müssen in die Schule. Die Zunahme der Kinderzahlen, Schulhäuser, die man bauen muss, Sonderschulen, bei denen die Kosten ungebremst weitersteigen), Sozialkosten, die weitersteigen (da v.a. die ambulante Langzeitpflege, was etwas ist, was man eigentlich befürwortet, wo man aber auch sieht, dass das mit der Alterung der Bevölkerung sicher nicht etwas ist, das in den nächsten Jahren weniger werden wird). Sorgen macht uns auch die langfristige Planung, v.a. ab 2021 sieht es ja immer noch ziemlich düster aus und die Herausforderungen, die wir dann dort haben, sind dann noch ganz anders. Mit unseren 14 Mio. können wir nicht alle die Kosten, die auf uns zukommen, decken. Zusätzlich gibt es eine ganze Reihe von Unbekannten, bei denen wir gar nicht recht wissen, was auf uns zukommen wird: Auf der einen Seite natürlich die Leistungsüberprüfung des Kantons, wo man noch nicht richtig weiss, wie sich das alles auswirkt. Die Senkung des Steuerfusses, wenn wir sie denn beschliessen, bringt auch mit sich, dass wir ein bisschen weniger Finanzausgleich erhalten.

Steuervorlage 17 ist ein Thema, bei dem wir sicher auch noch nicht genau wissen, was das genau für die Stadt Winterthur bedeutet. Und die Verschuldung macht uns grösste Sorgen. Wir haben es gesehen bei den gezeigten Grafiken. Die Verschuldung steigt praktisch aus der Grafik und die Gewinne decken auch 2018 die Investitionen nicht.

Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass eine gesunde und nachhaltige Finanzpolitik ein bisschen anders aussieht als das. Und wir sind v.a. der Meinung, dass es neben einer natürlich disziplinierten Ausgabenkontrolle v.a. auch Planung braucht bei den Einnahmen. Wir können es nicht nachvollziehen, dass man Steuergeschenke macht, weitherum verteilt, ein bisschen Grundstückgewinnsteuern reduziert, die Handänderungssteuer hat man abgeschafft, die Kapitalsteuer ist wieder in Diskussion – und das sind Sachen, gegen die wir uns von der SP-Fraktion einsetzen werden bzw. versuchen werden, Sachen auch wieder rückgängig zu machen. Man kann nicht immer nur auf der Ausgabenseite herumschrauben, es ist zwingend, dass wir auch die Einnahmenseite betrachten.

Verschuldung ist nicht einfach ein Schicksal. Es tönte für mich ein bisschen so, als wäre das einfach ein schlimmes Schicksal, das über die Stadt hereinkommt, bei dem man einen Bericht über unser schlimmes Schicksal macht. Es gibt auch Massnahmen auf der politischen Ebene, die man unternehmen kann und mit denen man sich auf der Einnahmenseite dafür einsetzen kann, dass eben auch diese Seite in Betracht gezogen wird, wenn man die Verschuldung bekämpfen will.

Trotz auch dieser Bedenken, die wir haben, danken wir nochmals ganz herzlich für dieses Budget und freuen uns natürlich trotzdem ein bisschen über diesen Gewinn.

I. Kuster (CVP/EDU): In ein paar Tagen ist Samichlaus und bald ist Weihnachten. Ich habe mir überlegt, ob ich mein Votum als Samichlaus halten soll, der lobt aber auch tadelt oder sehe ich mich eher als Christkind, das Geschenke, Wärme, Liebe und wohlwollende Worte bringt. Ich werde wohl mit dem Samichlaus beginnen, und die Anwesenden rühmen, aber auch tadeln und sagen, was noch besser werden muss. Auf das Mitbringen der Fitze und des Sacks habe ich natürlich verzichtet.

Wir von der CVP/EDU-Fraktion danken dem Stadtrat und seinen Mitarbeitenden für die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr und für das Budget 2018. Auch wir hatten Freude am Resultat. Der Stadtrat hat endlich die schon längst fällig gewordenen notwendigen finanziellen Korrekturen vorgenommen. Zu unserer Freude ist uns wiederum ein Budget mit schwarzen Zahlen vorgelegt worden. Auch wenn meine Kollegen rechts von mir (politisch links von mir) immer wieder behaupten, die Stadt stehe still, seit der Stadtrat bürgerlich sei. Und indem sie das gebetsmühlenartig wiederholen, wird das nicht richtiger. Es ist und bleibt falsch. Winterthur bewegt sich sehr wohl, vielleicht nicht in die gleiche Richtung, wie sich das einige wünschen. Urs hat es gesagt: Wir können stolz sein auf Winterthur. Dank dem engagierten Stadtrat werden wir mit dem neuen Museumskonzept noch besser in der Kunstwelt wahrgenommen, Synergien können endlich genutzt werden. In Winterthur ist die Finanzkraft leicht gestiegen, dank guten Rahmenbedingungen haben sich viele positive Engagements entwickelt, dank denen wir noch attraktiver geworden sind als Wohn- und Arbeitsort. Wir denken an Skills Park, Tempodrom, Win4, Kletterhalle. Das alles sind private Initiativen, die der heutige Stadtrat konstruktiv begleitet hat.

Wir werden heute Abend noch Anträge zum Steuerfuss hören. Wir von der CVP/EDU-Fraktion unterstützen den Antrag des Stadtrates, den Steuerfuss zu senken und zurück auf 122% zu gehen. Zum einen wird damit ein vor zwei Jahren abgegebenes Versprechen erfüllt, zweitens ist für uns als CVP/EDU-Fraktion der Erhalt der Kaufkraft der Winterthurer Familien und Bevölkerung ein wichtiges Anliegen. Nachdem nämlich immer mehr Familien unter den laufend steigenden Krankenkassenprämien leiden, wollen wir, dass sie durch die Steuersenkung über mehr Einkommen frei verfügen können.

Obwohl wir auf dem richtigen Weg sind, sind wir noch lange nicht am Ziel. Die Verschuldung wächst. Ende 2016 betrug die Verschuldung bereits rund 1.3 Mrd. und auch 2017 und 2018 wird sie gemäss Budget um weitere je 60 Mio. ansteigen, weil wir zu viel investieren. Die Verschuldung steigt, weil wir in der Sprache des Betriebswirtschaftlers einen negativen Free Cash Flow oder anders gesagt einen ungenügenden Eigenfinanzierungsgrad haben. Sowohl beim Verwaltungsvermögen als auch bei den Eigenwirtschaftsbetrieben soll gegen ein Drittel

der für 2018 geplanten Investitionen mit neuen Schulden finanziert werden. Die CVP/EDU-Fraktion ist daher auch nach dem Studium des Budgets 2018 noch mehr davon überzeugt, dass Winterthur die Schuldenbremse braucht, auch wenn Annetta der Ansicht ist, das reicht nicht. Aber es ein erster Schritt.

Bei den Investitionen im Verwaltungsvermögen wissen wir sehr wohl, dass mit dem Polizeigebäude ein grosser Brocken auf uns zukommt. Die Bevölkerung hat dem Projekt mit grosser Mehrheit zugestimmt und will gute Arbeitsbedingungen für unsere Polizisten und v.a. will sie eine sichere Stadt. Wenn wir aber bei allen Investitionen gut und langfristig planen – sorgfältig abwägen, was wir brauchen und welchen Standard wir uns leisten können – und überflüssigen Luxus weglassen, dann sind wir überzeugt, dass das möglich ist.

Wenig Verständnis haben wir für den negativen Selbstfinanzierungsgrad bei den Eigenwirtschaftsbetrieben. Wir müssen die Bereiche, die sowohl Verluste schreiben als auch einen negativen Free Cash Flow ausweisen, im Auge behalten. Ich denke hier vor allem an die Telekom und das Engergie-Contracting bei Stadtwerk Winterthur. Der neue Departementsvorsteher Stefan Fritschi ist hier gefordert, wir trauen es ihm aber zu, die Situation rasch und genau zu analysieren. Beide Bereiche bewegen sich zudem in einem Marktumfeld, das sich rasch verändert. Wir erwarten, dass er uns bis Mitte 2018 Strategien präsentiert, wie die Situation bereinigt werden kann, damit wir bei diesen Aktivitäten kein Geld mehr verbrennen. Bereits letztes Jahr haben wir ein Controlling und besseren Nachweis gefordert, ob mit den damals neu bewilligten Stellen die versprochenen finanziellen Verbesserungen und Qualitätssteigerungen der Dienstleistungen auch effektiv erreicht wurden. Bis jetzt haben wir im Bereich Grundstückgewinnsteuer entsprechende Erfolge gesehen. Im Sozialdepartement fehlt uns aber ein Nachweis über die versprochene Wirkungen - im Gegenteil Stadtrat Nicolas Galladé fordert bereits die nächste massive Stellenaufstockung. Hier muss jetzt endlich ein griffiges betriebswirtschaftliches Controlling her – das Finanzamt und die Finanzkontrolle helfen sonst sicher gerne. Ich hoffe, unsere Forderung wird endlich gehört und auch erfüllt – sonst muss ich dann nächstes Jahr wirklich die Rute mitbringen.

Wir von der CVP/EDU-Fraktion werden auf das Budget 18 eintreten.

B. Huizinga (EVP/BDP): Für das Jahr 2018 liegt uns als Stadtparlament ein solides, positives und stimmiges Budget vor. Die diversen Sparrunden scheinen im Grossen und Ganzen nachhaltig ihre Wirkung zu zeigen, was uns als EVP/BDP-Fraktion freut. Es wird in der kommenden Debatte also mehr um ein Feintuning als um grobes Handwerk gehen. An dieser Stelle soll nochmals betont werden, dass wir unsere Verantwortung für einen ausgeglichenen Finanzhaushalt auch über den Zeithorizont von einem Budget zum nächsten hinaus wahrnehmen müssen und daher die zukünftigen Aufgaben mit Bedacht zu planen sind. Es ist offensichtlich, dass gewisse Kürzungen in den letzten Jahren negative Auswirkungen hatten und jetzt korrigiert werden müssen. Ausreichend Personal bringt in Bereichen wie dem Sozialamt auch Einsparungen, welche die zusätzlichen Kosten dann kompensieren. Stellen, wie z.B. diejenige im Tiefbauamt, können uns Gelder vom Bund einbringen, und die Stellen im Schulbereich DAZ die Folgekosten von aufgeschobenen Integrationsmassnahmen eindämmen. Es bleibt wichtig, die Einnahmeseite zu beachten, und es soll unser Ziel sein, jährlich während dem Budgetprozess eine Balance zwischen diesen beiden Posten anzustreben. Daher sind wir sehr vorsichtig, wenn es darum geht, Steuern zu senken. Wir haben lange abgewogen, welche Strategie bei diesem Budgetpunkt die beste ist.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass wir Anträge für Mehrausgaben, die gesellschaftsrelevant sind, d.h. einem Grossteil der Winterthurer Bevölkerung dienen, unterstützen werden. Andere, die einzig nach dem Motto «Darf es ein bisschen mehr sein?» gehen, erhalten die Unterstützung unserer Fraktion nicht. Bei den Kürzungsanträgen sind wir zurückhaltend. Angesichts der diesbezüglich dürftigen Begründungen und der derzeitigen Finanzlage ist der Stadtverwaltung genügend Freiraum zur Gestaltung zu gewähren.

Die EVP/BDP-Fraktion bedankt sich bei allen Verwaltungseinheiten der Stadt, die für das Budget 2018 aktiv waren, für die geleistete Arbeit. Wir freuen uns auf eine konstruktive Ratsdebatte und treten selbstverständlich auf das Budget ein.

M. Gross (SVP): Ich muss zuerst schnell auf Urs Hofer Bezug nehmen, der uns destruktiv genannt hat. Wir haben die Studie gelesen und die Zahl, das man etwas einsparen kann, steht nicht in dieser Studie. Die wichtigste Zahl, die dort steht, ist noch nicht einmal begründet. Da müssen wir einfach sagen, Unsinn bleibt Unsinn, das ist weder konstruktiv noch destruktiv. Aber jetzt werden wir ein bisschen konstruktiv.

Die SVP tritt auf das Budget 2018 ein und nimmt es positiv zur Kenntnis. Wir danken dem Stadtrat und wir danken auch der Stadtverwaltung für die geleistete Arbeit. Die Finanzplanung sieht bei vorsichtiger Betrachtung einen Gewinn von 14.4 Mio. vor. Und das bei einer Rücknahme der temporären Steuererhöhung – es ist keine Steuerfussenkung, es ist nur eine Rücknahme der temporären Steuererhöhung – auf 122%. Mit der von uns geforderten Steuersenkung auf 120%, also um weitere 2%, würden wir gemäss Plan immer noch ca. 10 Mio. Gewinn machen. Und das ist, wie Regula es vorhin sagte, eigentlich vernachlässigbar. Die paar Millionchen nach unten sind vernachlässigbar. Nur wenn wir wettbewerbsfähig sind, können wir langfristig gute Steuerzahler anziehen und interessante Firmen nach Winterthur holen. Der Steuerfuss ist für viele ein wichtiger Bestandteil bei Umzugsüberlegungen. Die Stadt Winterthur muss steuerlich attraktiv sein, um im nationalen und internationalen Wettbewerb bestehen zu können.

Wie wichtig gute Steuerzahler sind, zeigt die Erhebung des Kanton Zürich. Da sehen wir nämlich, dass die 3% oder 3.5% der besten Steuerzahler 40% aller Steuern zahlen und 50% auf der anderen Seite nur für 10% der Steuern aufkommen. Die von Links gewollte Umverteilung findet also in grossem Ausmass statt.

Wenn wir immer mehr Leistungen vom Staat bestellen, wie das der Stadtrat bzw. das Parlament macht, dann braucht es langfristig gute Steuerzahler und Firmen, die das bezahlen können, was die Stadtregierung am Schluss bestellen muss oder bestellt. Die Steuereinnahmen haben sich seit 2006 fast verdoppelt, nämlich von 224 Mio. auf 430 Mio. Jetzt und zu diesem Zeitpunkt, wo wir so gute Abschlüsse haben (und wir wissen, auch 2017 wird ein guter Abschluss sein), haben wir die Möglichkeit, diesem positiven Steuertrend weiteren Anstoss zu verleihen. Die Finanzministerin und mit ihr die Mitte-Links-Allianz in diesem Parlament wollen sogar die versprochene Rücknahme der temporären Steuererhöhung mit dem Hinweis auf die hohe Verschuldung nicht gewähren. Wieso produzierten wir denn in den letzten Jahren immer mehr Verschuldung? Mit den zusätzlichen Einnahmen wurde der Staatsapparat ständig ausgebaut. Unsere Ausgaben steigen permanent. Seit 2010 haben wir fast 300 Mio. mehr im Budget - und das trotz zwei Sparprogrammen. Und jetzt möchte sich ein Teil des Parlamentes, v.a. die linke Seite, plötzlich um einen Abbau der Schulden bemühen. Mir ist aber kein einziger Antrag von linker Seite bekannt, der auf die Investitionen einen tieferen Einfluss hätte, noch auf das sonstige Budget. Überall sind Ausbauwünsche, überall will man ausbauen. Das Geld wird mit beiden Händen voll ausgegeben.

Im Gegensatz dazu ist ein gutes Beispiel unser Stadtrat im Departement Bau. Er hat in den letzten 4 Jahren sein Budget um ca. ein Viertel senken können. Das wäre doch einmal ein guter Neujahrsvorsatz für andere Stadträte hier: Ein Viertel senken in 4 Jahren. Taten sagen am Schluss eben mehr als Worte.

Tatsächlich sehen das Budget 2018 und die Rechnung 2017 sehr gut aus. Es ist neben den wirtschaftlichen Aufhellungen aber v.a. auch eine Folge der bürgerlichen Politik hier drinnen, dass wir ein so gutes Budget haben. Und zwar im Gemeinderat und im Stadtrat. Durch die Sparprogramme wird die Verwaltung zu mehr Effizienz gezwungen. Es ist wichtig, dass diese Disziplin jetzt anhält und man nicht einfach jedem Ausbauwunsch nachgibt. Das wirtschaftliche Umfeld kann sich schnell wieder ändern.

Mit dem tieferen Steuerfuss von 120% gelingt es uns, zwei Ziele zu erreichen: Erstens sichern wir die Budgetdisziplin und zweitens machen wir uns attraktiver für Firmen und für gute Steuerzahler. Zur Budgetdisziplin: Es ist das gleiche Prinzip, wie wenn man in Las Vegas ins Casino geht. Wenn Ihr zu viel Geld im Portemonnaie habt, dann ist das relativ schnell weg. Wenn Ihr Euch ein tiefes Budget vorgebt und weniger Geld dabei habt, dann braucht Ihr auch nicht alles. Und das gilt überall. Ein tieferes Budget, eine kleinere Gewinnerwartung, führt zu mehr Ausgabendisziplin. Überall, nicht nur beim Staat.

Dass jetzt bereits wieder weniger Disziplin bei den Ausgaben herrscht, zeigen unsere nachfolgenden Kürzungsanträge und andere Erhöhungsanträge. Wir führen diese dann in den Produktgruppen detailliert aus.

Die SVP möchte Firmen und gute Steuerzahler nach Winterthur locken. Es sind diese, die den finanziellen Spielraum ermöglichen und die ganze finanzielle Last stemmen. Nur mit ihnen ist es möglich, Winterthur als Kulturhauptstadt zu behaupten und den gigantischen Sozialstaat zu finanzieren. Liebe Kollegen und Kolleginnen, jedes Prozent Steuerfuss senkung hat grosse Signalwirkung nach aussen. Helfen Sie uns, gute Rahmenbedingungen zu schaffen, und stimmen Sie dem 4%-Antrag zu.

M Wäckerlin (GLP/PP): Ich kann es relativ kurz machen, Annetta hat das Wichtigste eigentlich schon gesagt. Im Grossen und Ganzen schliesse ich mich der Fraktion an, in der grossen Stossrichtung sind wir uns auch sehr einig. Bei den Details gibt es dann vielleicht noch ein paar Abweichungen.

Statt dass ich zu jedem Geschäft noch etwas sage, mache ich das Meiste gleich am Anfang. Wie gesagt, wir haben grosse Probleme bei den Schulen und im Sozialwesen. Ich bin eigentlich recht zufrieden mit dem, was Stadtrat Galladé da gemacht hat mit dieser Studie. Es ist doch immerhin einmal ein Ansatz, dass man jetzt einmal eine Studie macht, einmal versucht, die Massnahmen, die man macht, auch zu untersuchen. Ich denke aber, es ist sinnvoll, dass man nach 4 Jahren dann einen Marschhalt macht und nochmals überprüft, wie diese Massnahmen greifen. Immerhin sehe ich da schon einmal ein bisschen so etwas wie ein Konzept, was mir bei den Schulen nach wie vor völlig fehlt. Da wäre ich froh, es käme dann vielleicht auch einmal noch etwas in diese Richtung. Der IAFP ist nach wie vor alles andere als rosig. Grundsätzlich werde ich mich heute auch wieder nach dem Prinzip richten, dass wir weiterhin sparen müssen. Es gibt gewisse Dinge, bei denen ich von diesem Sparkurs abweichen werde, z.T. als Reminiszenz an die Fraktion, z.T. auch aus eigener Überzeugung. Beim Steuerfuss hingegen bin ich voll auf der Seite der SVP, ich denke, es ist sinnvoll, dass wir auf 120% gingen aus verschiedenen Gründen. Der eine Grund ist: Wir stehen mit Winterthur in einem Wettbewerb. Wenn ich z.B. auf die Stadt Zürich schaue, sind sie immer noch tiefer als wir, obwohl sie eigentlich leistungsmässig viel mehr zu bieten haben. Klar, sie haben viele gute Steuerzahler, die wir nicht haben. Aber wir bekommen diese auch nie, wenn wir mit den Steuern hoch sind.

Abbau des Eigenkapitals: Leider habe ich nicht herausgefunden, wie man quasi die Stadt dazu verpflichten könnte über das Budget, dass sie das Kapital tatsächlich auch zum Schuldenabbau verwendet. Nur einfach ein Aufbau des Eigenkapitals bringt nämlich noch nichts, sondern man muss dann wirklich mit dem Eigenkapital auch die Schulden abbauen, sonst hat man dann plötzlich wieder Geld zum mehr ausgeben, und das will ich auf gar keinen Fall.

D.h. Eigenkapital ist eben auch gefährlich. Und ausserdem werden wir das Eigenkapital ohnehin nochmals äufnen, nämlich dann, wenn die völlig überrissenen Rückstellungen aus der Pensionskasse wieder aufgelöst werden. Der Gemeinderat hier wird sicher niemals dieser Einmalzahlung in die Pensionskasse zustimmen, d.h. dort wird dann auch wieder etwas ins Eigenkapital zurückfliessen. Die Pensionskasse, wie gesagt, ist ein grosses Problem. Ich sage es nochmals (ich habe es schon x mal gesagt, in Leserbriefen und in der AK): Die Pensionskasse muss JETZT den Umwandlungssatz senken, und zwar massiv. Sie muss JETZT den Sanierungsbeitrag erhöhen resp. sie hätte das eigentlich schon 2015 machen müssen. Und sie hätte den Umwandlungssatz schon senken müssen, als sie den technischen Zinssatz senkte. Dass sie das nicht gemacht hat, ist ein schweres Verschulden der Pensionskassenleitung. Und wenn nachher die Sanierung der Pensionskasse wirklich hart und einschneidend wird, ist das die Schuld der Pensionskassenleitung.

Wir haben uns auch Dinge aufgebürdet, die nicht nötig gewesen wären, wie z.B. das 90 Mio.-Polizeigebäude, das leider viele Leute mitunterstützt haben, die jetzt sagen, wir haben ein Problem mit den Schulden. Da hätte man unbedingt mit dem Preis nochmals hinunterkommen müssen. Jetzt haben wir es am Hals und wir werden es ausbaden müssen.

Ganz so optimistisch wie Urs es sagte, habe ich noch nicht das Gefühl, dass wir alles im Griff haben, wir müssen da wirklich noch ein paar Baustellen beackern. Regula gebe ich natürlich Recht, dass wir auf die langfristige Planung unbedingt ein Auge haben müssen. Deshalb ist

es heute nicht ganz so optimistisch, wie es auf den ersten Blick scheint. Wir haben immer noch sehr viele Arbeiten vor uns.

Steuern senken finde ich aber grundsätzlich immer gut, denn Steuern, das ist eigentlich eine Zwangsabgabe. Niemand zahlt seine Steuern freiwillig und entsprechend muss man da zurückhaltend sein.

Den Rest sieht man während der Sitzung, aber eintreten werden wir auf jeden Fall.

Ratspräsident F. Landolt: Ich stelle fest, dass keine Fraktion einen Nicht-Eintretens-Antrag gestellt hat. Damit darf ich das Wort Stadträtin Yvonne Beutler geben.

Stadträtin Y. Beutler: Vielen herzlichen Dank, dass Sie so grosszügig und vielzählig auf das Budget eintreten werden. Annetta Steiner sagte, das Budget sei eine «trockene Sache». Annetta, ich muss Dir vehement widersprechen. Auf diesen Seiten ist die DNA unserer Stadt drin. Da drin ist alles abgebildet, was wir in dieser Stadt leisten. Es ist abgebildet, wo wir Schwerpunkte setzen und da drin ist die Grundlage für unsere hohe Lebensqualität, die wir haben. Alls andere als eine trockene Sache.

Ich möchte gerne auf einzelne Punkte eingehen, die genannt wurden. Als erstes möchte ich zum IAFP etwas sagen. Ich möchte die Folie nochmals auflegen, die Annetta bereits gezeigt hat. Da sehen wir auch, was uns wirklich Sorgen bereitet: Es ist die Zahl 80%, die durch mehr oder weniger 5 Produktegruppen verursacht ist. Das zeigt auch, dass es Produktegruppen sind, die wir nur schwer beeinflussen können, und das zeigt auch, wie gross die Herausforderung ist, damit wir im Rahmen des IAFP nachher auch eine Verbesserung erreichen können. Wenn wir einfach die Planungsjahre anschauen, dann sind es Volks-/Sonderschule Fr. 14.5 Mio., Soziale Wohlfahrt und Pflege Fr. 21.8 Mio. und ÖV Fr. 6.2 Mio. Das ist einfach eine extrem hohe Summe, bei der wir schauen müssen, wie wir die nachher wieder hineinholen können.

Damit geht natürlich auch die Frage der Verschuldung einher. Was heisst denn das für uns? Wir haben das ausgewertet, woher unsere Verschuldung kommt. Es ist vielleicht ein bisschen eine abstrakte Geschichte, aber hier sehen Sie, wo wir eigentlich stehen und woher das eigentlich kommt, dass wir in dieser Situation sind, in der wir jetzt sind. Wir haben die letzten 10 Jahre ausgewertet. Ich zeige einfach ein paar einzelne Zahlen. Das ist der Stand 2006. Der grüne Balken sind die Investitionen in das allgemeine Verwaltungsvermögen, die wir hatten (Schulen, Strassen etc.), also 200 Mio. der Verschuldung kommen von dort. Ein grosser Teil der Verschuldung ist bei den Eigenwirtschaftsbetrieben. Dort ist natürlich eine gewisse Schwierigkeit, wenn man Gemeinwesen miteinander vergleicht: Wir sind eine Vollverwaltung, d.h. wir haben die Betriebe konsolidiert in unserer Rechnung. Andere Gemeinwesen haben Betriebe ausgelagert und dann sind sie nachher nicht dabei. Also da muss man vorsichtig sein, wenn man einfach 1:1 vergleicht.

Wichtig sind auch die Fr. 17.6 Mio. Das ist die Verschuldung, die entstanden ist unter dem alten Finanzausgleich. Wir waren gezwungen, jeweils 10% unseres Eigenkapitals abzubauen. Und das zeigt auch, weshalb wir bis Ende 2011 gar kein Eigenkapital aufbauen durften. Das muss man einfach im Hinterkopf behalten: Die Stadt Winterthur bekam nur Eigenkapital, wenn sie ein Verwaltungsvermögen aufwerten konnte – und von dem musste sie jeweils wieder 10% abschreiben. Wir durften kein Eigenkapital äufnen unter dem alten Finanzausgleich und deshalb wurden wir dann mit leeren Taschen in die sogenannte «Freiheit» entlassen. Fr. 62.2 Mio. ist eine Verschuldung, die aus den Rechnungsergebnissen 2012 – 2016. Da wirkt sich natürlich das letzte Jahr sehr stark aus mit der hohen Rückstellung für die Pensionskasse, die wir gemacht haben. Man sieht die Rückstellungen, die man im Zusammenhang mit den Bilanzanpassungen, aber auch mit den Bewertungen des Finanzvermögens, die mit hineinspielen.

Im oberen Teil ist die zusätzliche Verschuldung, die in den Planjahren dann resultieren wird. Da sehen wir: 129 Mio. ist der Anteil der Betriebe (wir sind eine Vollverwaltung, die Verschuldung der Betriebe ist voll in unseren Büchern drin). 23 Mio. von den negativen Rechnungsergebnissen. Danach kommt es darauf an, wie das Gesamtergebnis ist, das hängt stark davon ab, wie heute Abend die Steuerfussdebatte herauskommen wird. Man wird bei 124% Steuerfuss 25 Mio. weniger Verschuldung haben, bei 120% 25 Mio. mehr Verschuldung. Sie können

das in dem Sinne indirekt auch noch miteinberechnen. Was man einfach sagen muss: Pro Steuerprozent, um das man senkt, nehmen nicht nur die eingenommenen Steuererträge ab, sondern auch die Zahlungen vom Ressourcenausgleich. Bei 2% Steuerfussenkung sind das 2 Jahre später 1.2 Mio., die dann wegfallen. Bei 4% sind das entsprechend schon Fr. 2.4 Mio. (also 1 Steuerprozent), das wir zwei Jahre später dann zusätzlich verlieren.

Wir wissen, woher unsere Verschuldung kommt. Wir haben das folgende Problem: Die Verschuldung, die aus den Investitionen kommt, dort haben wir den Nachholbedarf bei der Infrastruktur in unserer Investitionsplanung. Es hat sehr wenig drin, bei dem man sagen kann, das geht über Infrastrukturkosten hinaus. Wir haben Schulhausbauten, wir haben das Polizeigebäude, das sind die grossen Sachen, die wir in der Investitionsplanung drin haben. Und dann sind es eben die Produktgruppen, wo man zum einen im Sozialen die Studie gemacht hat und jetzt versucht, da lenkend darauf einwirken zu können. Bei den Schulen ist man auch daran, zu prüfen, wo man Einflussmöglichkeiten hat. Bei gewissen anderen Sachen sind wir auf den Kanton angewiesen, dort kommt es darauf an, was im Rahmen des kantonalen Sparprogrammes passiert. Dann sind wir bei den Grundlagen: Was passiert im Rahmen der Steuervorlage 17, was für eine Vorlage wird der Nationalrat, der Ständerat, verabschiedet? Ist die in etwa so, wie es jetzt angedacht ist? Wenn es so kommt, kann man auch davon ausgehen, dass die kantonale Umsetzung in etwa so sein wird, wie sie angedacht ist... Aber wir haben noch sehr viele Unbekannte drin, die die Planung wirklich erschweren.

Ich habe mir Gedanken darüber gemacht, wie es so ist mit der «Ausgabendisziplin» im Gemeinderat. Wir haben einige Ergebnisse der vergangenen zwei Jahre ausgewertet, wie es war bei den Kredit- und Investitionsvorlagen. Grün ist jeweils die Zustimmung zu Vorlagen, rot die Ablehnung. Ganz recht sieht man die SVP. Abgelehnt wurden Projekte wie SUBITA, Mojawi, Jugendinfo, Kosten für das Scan-Center, das nun nicht umgesetzt wird, aber danach Mehrerträge generiert hätte, einen Beitrag ausserhalb des steuerfinanzierten Bereiches, Kultursubventionen und beim Rest hat auch die SVP-Fraktion zugestimmt.

Übrigens: Den grössten Sparbeitrag hätte die SP gemacht, indem sie das POM abgelehnt hat.

Ich will niemandem den Schwarzen Peter zuschieben, aber ich möchte daran erinnern, dass wir hier drinnen alle miteinander wirklich Verantwortung für unsere Finanzen tragen. Es kann nicht sagen, dass man über das Jahr Leistungen bestellt und sich am Ende des Jahres nicht mehr daran erinnern mag und dann auch nicht dafür zahlen möchte. Mir geht es um das. Ich glaube, wir machen eine gute Leistung in dieser Stadtverwaltung, Urs Hofer hat es gesagt, wir konnten unsere Kernverwaltung wirklich sanieren, wir bringen mit wenig Personal, vielleicht z.T. auch mit zu wenig Personal, sehr gute Leistungen. Und es ist aber letztlich auch die Verantwortung des Gemeinderates, letztlich auch dafür zu sorgen, dass die Leistungen finanziert sind und dass die Leistungen nicht dazu führen, dass wir uns einfach weiter verschulden.

Mit dem Steuerfuss werden wir uns allenfalls später noch tiefer auseinandersetzen. Ich möchte an dieser Stelle einfach Danke sagen, und zwar, wenn ich das jetzt als erste sagen darf: Dem Finanzamt, meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die einfach wieder einen riesigen Effort geleistet haben. Ein solcher Budgetprozess, auch wenn er jetzt so gut aussieht, ist nicht einfach ein Sonntagsspaziergang, sondern auch das braucht viel Energie. Deshalb bitte ich um Verständnis, dass ich mich als erstes bei ihnen bedanke. Ich möchte mich aber auch bei Annetta Steiner bedanken für die Vorberatung des Budgets und auch für die Anerkennung der Verbesserungen, die wir erreichen konnten im Rahmen des IAFP. Ich danke Iris Kuster, dass Du den Samichlaus zuhause gelassen hast: Ich bin nachhaltig traumatisiert, nachdem dieser mich einmal in den Sack genommen hatte... Ich möchte v.a. auch Urs Hofer danken, einfach grundsätzlich für die Anerkennung, aber auch dafür, wie Du völlig richtig sagst: Wir müssen aus diesen Negativschlagzeilen wieder herauskommen. Wir sind nicht das «Griechenland der Schweiz», das waren wir auch nie. Wenn ich jetzt sagen würde, wir entwickeln uns zum «Monaco der Schweiz», wäre das vielleicht ähnlich übertrieben, wie es das andere war. Aber ich glaube, wir müssen wirklich dafür sorgen, dass wir uns nicht mehr unter Wert verkaufen in dieser Stadt.

Vielleicht noch eines zum Steuerfuss: Wenn wir eine durchschnittliche Belastung hätten mit den Soziallasten, dann wäre unser Steuerfuss 10% tiefer. Deshalb einmal mehr mein

Schlussappell: Ein fairer Soziallastenausgleich ist für diese Stadt essenziell. Was Regierungsrat Stocker jetzt sagte und vorschlägt im Rahmen der Umsetzung der SV 17, bei der der Kanton seinen Anteil an den Ergänzungsleistungen erhöhen soll, ist ein erster Schritt, ein wichtiger Schritt auf diesem Weg. Aber Jörg Kündig (FDP), Präsident des Gemeindepräsidentenverbandes, hat ganz deutlich gesagt: Das alleine reicht noch nicht, das alleine ist noch kein Soziallastenausgleich. Wir konnten beim Kanton in dieser Beziehung wirklich viel erreichen, und wir sind wirklich darauf angewiesen, dass man im Parlament, aber v.a. auch unsere Vertreterinnen und Vertreter im Kantonsrat, in diese Richtung zieht, sich wirklich engagiert für ihre Stadt, damit wir in Zukunft noch ganz viele solche positiven Budgets miteinander beraten können. Danke vielmals.

Ratspräsident F. Landolt. Vielen Dank. Daniel Oswald hat eine persönliche Erklärung.

D. Oswald (SVP): Kann man bitte die Tabelle nochmal auflegen mit den Schulden? Die geht bis 2021. Soviel ich weiss, ist ein Steuerprozent 2.5 Mio., also 2 Steuerprozent 5 Mio. Ich weiss nicht, wie Du da auf die 25 Mio. kommst.

Stadträtin Y. Beutler: Es sind knapp Fr. 3 Mio. (2.6, 2.8), und danach ist es immer noch der Ressourcenausgleich, der entsprechend danach tiefer ausfällt. Das gibt dann diese Summe.

Ratspräsident F. Landolt: Das ist bereinigt? – Ja.

Damit kommen wir zum 2. Punkt des Drehbuchs: Teil B: Behandlung der einzelnen Produktgruppen inkl. Verpflichtungskredite.

Wir kommen zum Departement Kulturelles und Dienste und haben dort im Personalamt einen Antrag der SVP von Michael Gross.

Dept. Kulturelles und Dienste

M. Gross (SVP): Die SVP beantragt, die Kosten um Fr. 60'000 zu kürzen. Die Begründung ist: Die Kosten für die Organisation und Durchführung der Führungskomponenten für die Kaderinfo von Fr. 60'000 sind in die Produktgruppe Stadtkanzlei übertragen worden und dort auch als Budgeterhöhung vermerkt. Die Streichung dieser Kosten beim Personalamt ist somit budgetneutral.

Das Personalamt macht aus unserer Sicht, und das möchte ich da wirklich betonen, einen sehr guten Job. Wir haben das auch in Zusammenhang mit der Beratung des neuen Personalstatutes festgestellt. Die Kürzung der Kosten um Fr. 60'000 ist daher ordnungspolitisch zu verstehen. Wir Gemeinderäte (und da glaube ich, das geht allen hier drin gleich) stehen jedes Jahr vor dem gleichen Problem: Wir erhalten zwei Budgetbücher, die die «DNA» sind, und sollten dort genau herausfinden, was wo wie gemacht wurde. Wir kratzen also irgendwo an der Oberfläche dieses Budgets und stellen dann fest, dass gewisse Sachen wieder verschoben wurden. In diesem Zusammenhang ist uns bei der Produktgruppe Personalamt aufgefallen, dass sich die verschobenen Kosten nicht neutralisieren. Auf der einen Seite wird es verschoben und natürlich auch betragsmässig erwähnt, auf der anderen Seite wird es aber nicht betragsmässig erwähnt und auch nicht budgetneutral vermindert. Das finden wir nicht gut und uns verärgert dieses Vorgehen eigentlich. Es verhindert für uns einen korrekten, unkomplizierten Budgetvergleich. Deshalb dieser Antrag.

M. Sorgo (SP): So wie Urs Hofer das erklärt hat, wie das sei beim Personalamt mit dieser Verschiebung, dem können wir so nicht zustimmen. Es ist so, dass das Personalamt das dort nicht mehr ausweist. Es schreibt, dass sie eine gewisse Kostenminderung haben, weil eben die beiden Kadergefässe Führungskonferenz und Kaderinfo vom Personalamt zur Stadtkanzlei gehen. Sie haben aber gleichzeitig auch eine Kostensteigerung, weil zum einen mehr Kosten zur Führungsschulung im Zusammenhang mit der Revision Personalstatut eingerechnet werden, und ebenfalls zur Umsetzung des Personalentwicklungskonzeptes, das im Mai 2017 gestartet wurde. Es stimmt, was Michael Gross gesagt hat, dass es nicht mit Zahlen ausge-

wiesen ist. Das ist auch bei der Stadtkanzlei so. Auch dort steht es unten drin. Es war so: Man hat das an zwei verschiedenen Abenden diskutiert. Zuerst kam das Personalamt dran am 1. Abend, am 2. Abend war die Stadtkanzlei dran. Beim Personalamt hat man das nachgefragt, wie das nun sei mit diesen Kostenverschiebungen und weshalb die Kosten zunehmen. Man hat dann auch die Auskunft erhalten, dass das eben aufgrund dieser neuen Aufgaben sei, die dazukommen, dass deshalb die Kosten, die man einspart, weil man diese Kadergefässe verschiebt, dass diese dann sozusagen neutralisiert bzw. sogar ein bisschen höher werden, weil eben neue Aufgaben dazukommen. Man hat dort aber keine expliziten Zahlen verlangt, das hat man auch in der AK nicht verlangt, und man hat an der nächsten Sitzung eine Woche später bei der Stadtkanzlei diese Zahl wissen wollen. Man hörte dann, es sind Fr. 60'000. Nach dem Nachtessen fand man, dass man noch diesen Antrag stellt - aber es wurden keine weiteren Abklärungen getroffen, wie hoch die Kosten wirklich sind im Personalamt oder wie die Kostenverschiebung dort wirklich aussieht.

Aus Sicht der SP ist das kein seriöser Vorgang für ein Stadtparlament. Aus Sicht der SP hätte man das genauer abklären und diese Zahlen einholen müssen, bevor man einen Antrag stellt. Das ist zumindest in der AK nicht erfolgt und ich habe auch sonst nie von Seiten der Antragsteller solche Zahlen erhalten. Deshalb sind wir von der SP der Meinung, dass man diesen Antrag so ablehnen muss. Wenn man findet, es sei nicht richtig ausgewiesen in den Budgetbüchern, dann muss man darüber diskutieren, ob man in den Budgetbüchern in Zukunft die Zahlen anders ausweisen muss auch unten bei den Bemerkungen, damit man das weiss. Aber wir finden es nicht seriös vom Parlament, dass man da schnell bei der einen Seite die Zahlen abholt, bei der anderen Seite die Zahlen nicht abholt und dann einfach etwas streicht und auch noch sagt, das sei budgetneutral. Das stimmt aus unserer Sicht so nicht. Deshalb hoffen wir doch sehr, dass die Mehrheit diesen Antrag ablehnen wird.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Grundsätzlich ist im Budgetbuch B auf Seite 8 beschrieben, wie sich die Mehr- und Minderkosten zusammensetzen. Es steht dort nämlich, dass man für die Umsetzung Personalentwicklungskonzept und Schulung neues Personalstatut Mehrkosten hat. So richtig genau wurde aber in der Aufsichtskommission nicht nachgefragt, wie das im Detail aussieht, und insofern verstehe ich nicht, wieso man einfach 1.7% des Personalaufwandes herauspicks und streichen will. Für mich wirkt der Antrag ein bisschen erzieherisch, ich glaube aber, die SVP hätte wirklich mehr nachfragen müssen in der Aufsichtskommission. Die Fraktion Grüne/AL wird diesen Antrag ablehnen.

B. Huizinga (EVP/BDP): Wie bereits bei der Vorstellung vom Referenten erwähnt, hätten die Fr. 60'000 für Kaderanlässe in die Produktegruppe Stadtkanzlei verschoben werden sollen. Das ist passiert, jedoch wurden sie aus der Produktegruppe Personalamt nicht entfernt. Meiner Meinung nach wurde uns glaubhaft versichert, dass es sich dabei um ein Versäumnis handelte, und darum werden wir als EVP/BDP-Fraktion den Antrag der SVP unterstützen.

M. Wäckerlin (GLP/PP): Die Fraktion GLP/PP stimmt dem Antrag aus folgendem Grund zu: Wir bekamen eigentlich versprochen, dass da noch abgeklärt wird. Das wurde uns gesagt, aber ich habe bis zum heutigen Tag nichts mehr gehört. Von daher müssen wir davon ausgehen, dass es vielleicht tatsächlich ein Versäumnis war. Christian Griesser: Erzieherisch – ja, mag sein. Es soll sicher ein klares Signal an den Stadtrat sein, dass wir mehr Transparenz wollen, wir wollen gerade in solchen Fällen nicht nur ausgewiesen haben, dass am einen Ort Mehrausgaben begründet werden, sondern eben auch, dass diese Mehrausgaben dort, wo man sie wegnimmt, dann auch entsprechend angemerkt sind. Wir wünschen uns doch, dass man in Zukunft mehr Wert auf das legt.

U. Hofer (FDP): Nachdem ich mich anscheinend bereits geäussert habe, möchte ich doch auch noch etwas sagen. Ist in Ordnung, wir sehen zum Verwechseln aus. Um es noch verwirrlicher zu machen: Ich schliesse mich auch der Meinung des Referenten an, dass man da – vielleicht leicht erzieherisch – etwas macht. Es ist in der Tat das Problem, wenn man Budgeterhöhungen besonders gut begründen will, dass man sagt: Das sind Fr. 60'000, die ich von dort übernehme, aber das ist kostenneutral über das Ganze. Aber irgendwo muss man

etwas Kosten sparen. Das bringt man nicht unter und man sieht das dann auch nicht in den Zahlen. Und wenn man es nicht nachvollziehen kann, besteht halt die Gefahr, dass absichtlich Luft geschaffen wird. Aus diesem Grund ist es tatsächlich eine Transparenzfrage. Wir sind auch so informiert worden, dass man eigentlich diese Frage gestellt und bis heute keine Antwort erhalten hat. Deshalb unterstützen wir diesen Antrag.

I. Kuster (CVP/EDU): Ich ging auch davon aus, dass noch Antworten kommen vom Personalamt, dass die Frage platziert war gemäss Mailinformationen. Wir von der CVP/EDU-Fraktion stehen hinter dem Kürzungsantrag, auch, wie schon mehrmals gesagt wurde, weil wir nachvollziehen können wollen. Es ist für uns sonst schon ein grosser Aufwand. Wenn es unser Fehler war, nicht überall detailliert zu fragen: Dann haben wir einfach 3 x so lange Kommissionssitzungen, wenn wir bei allem, was uns nicht klar ist, nochmals nachfragen. Es ist sicher kein Misstrauensvotum, wie Michael das schon sagte, gegenüber dem Personalamt, das sehr gute Arbeit leistet, und auch gar nicht gegenüber dem Stadtrat. Aber wir müssen diese Verschiebungen nachvollziehen können, sie müssen nachvollziehbar und transparent dargestellt und auch ausgewiesen werden. Dies geschah leider im vorliegenden Fall nicht, und aufgrund der fehlenden Informationen (die vielleicht aus zeitlichen Gründen oder Kommunikationsproblemen leider nicht mehr eingeholt wurden) stehen wir als Fraktion hinter dem Kürzungsantrag.

Stadtpräsident M. Künzle: Ich empfehle, diesen Antrag abzulehnen. Wenn Sie diesen Antrag unterstützen, dann wischen Sie eigentlich allen Mitarbeitenden, die wir in der Stadtverwaltung haben, eines aus, denen Sie vorher in den Fraktionserklärungen gedankt haben für die sehr gute Arbeit. Ich möchte darauf hinweisen: Wir haben beim Globalbudget des Personalamtes Fr. 58'827 weniger budgetiert als letztes Mal. Wir haben unter den Personalkosten, wie Sie es vorne sehen, in der Tat textlich erwähnt, dass es diesen Transfer der Leistung gibt (Kaderinformation, Führungskonferenz). Wir haben das auf Seite 8 festgehalten. Wir sprechen dort von «aufwandmindernd». Und jetzt wollen Sie uns bestrafen, weil dort nicht Fr. 60'000 steht?

Wenn man sagt, man hätte von uns noch mehr Informationen gewollt: Es wurde gesagt: Wir nannten in der AK den Betrag von Fr. 60'000. Wir sagten, was aufwandmindernd bedeutet. Wir wären bei den Personalkosten um Fr. 150'000 schlechter, weil wir zwei elementare Sachen drin haben, die für 2018 dazugekommen sind. Das eine ist das Personalentwicklungskonzept, dort geht es darum, dass wir unseren Leuten von der Stadtentwicklung einen Weg aufzeigen können, damit sie sich weiterbilden können, dass sie eine Karriereplanung erhalten. Ich denke, das ist 1:1 etwas für unsere Leute. Das zweite ist die Führungsschulung, die es einfach braucht bei der Revision Personalstatut. Das macht Fr. 70'000 aus. Wir haben 650 Kader in der Stadt, diese müssen wir ausbilden am neuen Personalstatut. Wenn wir 15 Personen pro Gruppe haben, gibt das 43 Schulungsanlässe. Dank dem, dass wir Fr. 60'000 abziehen konnten, sind es nicht 150'000 mehr, sondern es sind 90'000 mehr. Das haben wir mit dem Betrag von Fr. 60'000 in der AK genannt. Ich verstehe den Vorwurf nicht ganz und ich finde es ist übertrieben, dass man diesen Antrag stellt, weil die Zahl 60'000 nicht im Text steht. Ich bitte Sie, im Interesse unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auf diese Kürzung zu verzichten. 60'000 sind für uns viel Geld, es ist viel Geld für ein Querschnittsamt, das letztendlich für alle unsere Mitarbeitenden schaut. Wir gehen sparsam mit den Mitteln um, wir leisten gute Dienstleistungen (das wurde auch genannt), und deshalb bitte ich Sie, diesen Antrag abzulehnen.

Ratspräsident F. Landolt: Wir kommen zur Abstimmung über die Reduktion des Globalbudgets in der Produktegruppe Personalamt um Fr. 60'000.

Wer diesem Kürzungsantrag zustimmen möchte, soll das mit Handerheben bezeugen.

Wer ihn ablehnt, ebenfalls.

Damit haben Sie diesem Kürzungsantrag mit grosser Mehrheit stattgegeben.

Im Departement Kulturelles und Dienste gibt es noch die Produktegruppe Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten. Dort gibt es einen Kommissionsantrag, Ursina Meier bitte.

U. Meier (SP): Ganz kurz im Namen der Kommission: Es ist nicht ganz ein einstimmiger Antrag, der da aus der Kommission kommt, aber fast. Es geht eigentlich um eine Bereinigung der Produktegruppe Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten, denn dort sind ja die Schlösser Mörsburg und Hegi auch darin enthalten. Und bei den parlamentarischen Zielvorgaben gibt es die Zugänglichkeit dieser Museen und Bauten. Dort geht es um die Öffnungszeiten dieser Institutionen, und da werden Vorgaben gemacht, für wie viele Stunden diese Institutionen geöffnet und für das Publikum zugänglich sein sollen.

Jetzt ist es so, dass die Stadt die Schlösser Hegi und Mörsburg ja eigentlich ausgelagert oder besser gesagt den Betrieb dieser beiden nicht mehr selber organisiert, sondern das an Vereine weitergegeben hat. Und somit hat die Stadt keinen Einfluss mehr auf diese Öffnungszeiten und hat das auch ganz bewusst abgegeben, dass man da eben nicht mehr mitredet. Die Schlösser sind eigentlich nur noch als Bauten bei uns bei der Stadt, und nicht mehr im Betrieb als zugängliche Museen. Deshalb ist das eigentlich eine Bereinigung dieser Zielvorgaben. Dort ist im Moment einfach ein Strichli drin, das ist also ohnehin schon leer im Budget, und deswegen meint die Mehrheit der Kommission, dass man das herausstreichen könnte.

Y. Gruber (EVP/BDP): Ich danke Ursina Meier für die Vorstellung. Es handelt sich da eigentlich um ein «Plastische Chirurgie»-Thema und es ist es gar nicht wert, darüber viel zu reden. Nichtsdestotrotz muss man etwas sagen. Ob jetzt eine Zeile herausgenommen oder später allenfalls wieder hineingefügt wird, ist eigentlich gehüpft wie gesprungen. Grundsätzlich halte ich nicht so viel von Schönheitsoperationen, denn beim Menschen machen ja gerade gewisse Andersartigkeiten seine Einzigartigkeit ausmachen. Aber heute reden wir über ein mehr oder weniger trockenes Budget, wie wir gehört haben, deshalb kann man eben doch ein paar Worte verlieren. Kurz und bündig: Die EVP/BDP-Fraktion unterstützt klar den Antrag der SP.

Stadtpräsident M. Künzle: Wir schliessen uns dem Antrag der Kommission an.

Ratspräsident F. Landolt: Damit haben Sie den Antrag der BSKK nach Streichung der leeren Zeile in den Vorgaben für die Öffnungszeiten der Schlösser Hegi und Mörsburg zugestimmt.

Damit haben sich die Anträge im Departement Kulturelles und Dienste erschöpft. Somit haben Sie das Budget von Personalamt, Stadtentwicklung, Theater Winterthur, Bibliotheken, Subventionsverträge und Beiträge an Dritte, Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten und Rechtspflege angenommen.

Wir kommen zum Departement Finanzen. Dort gibt es einen Antrag bei den Immobilien, wo Yvonne Beutler etwas im Voraus sagen möchte.

Dept. Finanzen

Stadträtin Y. Beutler: Der Stadtrat beantragt, den Globalkredit der Produktegruppe Immobilien um Fr. 1.8 Mio. zu kürzen, und zwar geht es dort darum, dass eine Sanierung des Restaurant Strauss geplant ist. Es hat sich in der Vorbereitung gezeigt, dass das Geschäft noch nicht beschlussreif ist. Der Stadtrat möchte das deshalb gerne so zurücknehmen, damit wir Zeit haben im nächsten Jahr, um das miteinander anzuschauen, was geplant ist, und dass die Kommission aufgrund dieser Ausführungen dann entscheiden kann, was dann allenfalls 2019 im Budget umgesetzt werden soll. Das wäre so ein Antrag des Stadtrates. Das Budget würde sich entsprechend um Fr. 1.8 Mio. verbessern.

M. Gross (SVP): Ich danke der Stadträtin Yvonne Beutler, dass sie diesen Antrag vorwegnimmt. Wir wollten den Antrag stellen für 1 Mio., jetzt sind es 1.8 Mio., das ist gut. Wir kamen in der AK zur Überzeugung, dass ein Restaurantküchenersatz nie 2 Mio. kosten darf, das ist nämlich das Budget für diese Restaurantküche. Man müsste dann ca. 150'000 – 200'000 Gewinn mehr machen im Restaurant Strauss, was einfach absurd ist, das würde sich kein Privater leisten. Mit dem Antrag um Kürzung wollten wir eigentlich erreichen, dass die Stadt als Besteller nicht nur die Wünsche und die Bedürfnisse von Pächtern betrachtet, sondern dass sie generell und auch auf die Wirtschaftlichkeit schaut. Gemäss Budget verursachen die

8 Restaurantbetriebe der Stadt jährlich ein Defizit von Fr. 1.5 Mio. Nächstes Jahr sind Fr. – 1.7 Mio. geplant, es werden wahrscheinlich weniger werden. Die Immobilienabteilung muss aus unserer Sicht lernen, dass sie einen wesentlichen Einfluss hat auf das Ergebnis der Verschuldung dieser Stadt. Sie muss sich dieser Verantwortung bewusst sein. Die SVP wird im nächsten Jahr ganz genau auf diese Abteilung schauen. Es muss nicht immer der Ferrari oder der Porsche bestellt werden, wir können auch mit einem kleineren Auto leben. Wir schliessen uns den Ausführungen von Yvonne an und werden dem zustimmen.

U. Hofer (FDP): Wir können uns auch dem Antrag des Stadtrates anschliessen. Wir begrüssen es sehr, dass wir jetzt die Gelegenheit haben, das vor Ort anzuschauen und Näheres zu diesem Renovationsprojekt zu erfahren. In dem Sinn besten Dank, Dir Yvonne, dass Du uns da sinnvollerweise entgegengekommen bist. Wir sehen die Gefahr genau gleich, dass da vielleicht auch vom Pächter ein Ferrari bestellt wurde und vielleicht auch die Offerten der Handwerker hoch sind, weil man weiss, dass die Stadt dahintersteht. Wir lassen uns aber gerne eines Besseren belehren mit näheren Informationen, deshalb begrüssen wir das sehr. Auch wir finden, 1.8 Mio., das sind knapp Fr. 600'000 weniger als die Sanierung der Ruine Alt-Wülflingen, die viel besungen ist, das ist ein extrem stolzer Betrag, den sich ein privater Restaurantbetrieb einfach nicht leisten könnte. Deshalb haben wir Fragen dazu.

M. Wäckerlin (GLP/PP): Liebe Yvonne, wir haben häufig Differenzen miteinander, ich möchte deshalb diese Gelegenheit besonders nutzen, um Dir auch einmal Danke zu sagen. Ich finde, da hast Du wirklich eine sehr gute Lösung gebracht. Es ist eine sehr pragmatische Vorgehensweise und entsprechend für unsere Fraktion auch in Ordnung so. Vielen Dank.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Wer die Pläne, die wir erhalten haben, angeschaut und in Farbe und genügend Grösse ausgedruckt hat, sah auch, was neu ist, was abgebrochen wird usw. Man konnte sofort sehen: Das ist ein bisschen mehr als nur eine Küche, die da umgebaut wird.

Ich habe auch das Gefühl, dass wir jetzt da Zeit verträdeln und besser zum Nachtessen gehen würden, als noch über etwas zu diskutieren, das vom Stadtrat bereits zurückgezogen worden ist.

I. Kuster (CVP/EDU): Zunächst danke, Yvonne, dass Du den Antrag zurückgezogen hast. Christian, Du kannst noch nicht zum Nachtessen gehen, denn das, was Du gesagt hast, dass mehr geplant ist, das zeigt, dass es eben noch ein anderes Thema tangiert, nämlich die gebundenen Kosten. Da haben wir aus unserer Sicht einen grossen Handlungsbedarf. Was ist wirklich notwendig, was läuft unter normalem Unterhalt, was ist mehr? So wie wir Bürger uns auch überlegen müssen, wenn wir etwas renovieren und dann mit den Steuern streiten müssen, was werterhaltend ist und was wertvermehrend ist. Das gilt für die Stadt genau gleich. Wir schliessen uns dem Antrag an.

Ratspräsident F. Landolt: Ich habe keine gegenteiligen Wortmeldungen vernommen. Somit haben Sie dem Antrag des Stadtrates stattgegeben und das Globalbudget in der Produktgruppe Immobilien um Fr. 1.8 Mio. verbessert. Damit schliessen wir für die Nachtessenspause.

Nachtessenspause.

Ratspräsident F. Landolt: Ich muss noch einen Nachtrag machen: Doris Hofstetter hat sich für beide Sitzungen entschuldigt und Gabriela Milicevic muss sich für die Abendsitzung entschuldigen.

Wir sind in der Detailberatung beim Departement Finanzen, Städtische Allgemeynkosten/Erlöse. Da gibt es zwei Anträge. Ein Antrag um Erhöhung des Globalkredites um Fr. 200'000, Roland Kappeler bitte.

R. Kappeler (SP): Es gibt keinen Kommissionsantrag, aber zwei Fraktions-Anträge der SP.

Ich werde den ersten vertreten, den zweiten vertritt nachher Christoph Baumann.

1. Antrag: Fr. 200'000 für „Smart City“. Zuerst die Frage, weshalb in diesem Konto. Das Konto ist ein Sammelbecken, aus dem Abschreibungen und Zinsen verteilt werden über die ganze Verwaltung, in das aber auch Dinge hineinkommen, die departementsübergreifend sind.

„Smart City“ ist so etwas. Eine „Smart City“-Strategie ist im Stadtrat, glaube ich, schon andiskutiert worden, aber noch nicht verabschiedet. Es geht darum, die Umsetzung jetzt schon zu sichern, zu finanzieren, wenn die Strategie Anfang Jahr dann vielleicht verabschiedet wird. Es ist noch in keinem Departement etwas ins Budget eingestellt worden, und deshalb möchten wir dem Stadtrat Fr. 200'000 zur Verfügung stellen, damit dann, wenn die Strategie beschlossen wird, auch gleich mit der Umsetzung begonnen werden kann.

Es geht auch um eine Anschubfinanzierung von einzelnen Projekten, die angedacht sind, in unterschiedlichen Stadien sind. Ich gebe einfach ein paar Beispiele: In der Verwaltung sind das v.a. Projekte aus dem Bereich Energie, Mobilität, Smart Government, Bildung, Innovation, Wohnen, Gesundheit, Alter. Z.B. das Projekt Smart Waste Management, es gibt ein Projekt vernetzte LED-Strassenleuchten mit Bewegungs- und Lichtsensoren, ein Projekt Managementnutzung von Energiedaten, ein Projekt Strassenlärmanalyse, Lärmkataster kombiniert mit Luftqualitätsmessungen, Grünflächenbewirtschaftung digitalisieren, ein Projekt Smart Parking (elektronische Parkplatzbewirtschaftung). Für die Schalterbetriebe Videochat-Lösungen, ein Bürgerportal, Connectivity, Internet of Things, Open government data und vieles mehr. Einzelne Projekte, z.B. Lärmkataster, brauchen eine Machbarkeitsstudie, andere sind im Moment wirklich noch im Stadium von Ideen, wo man dann vielleicht eine Machbarkeitsstudie extern geben muss oder wo die IDW Leistungen dafür erbringen können muss. Das braucht einfach Geld, das – böse gesagt – ein bisschen vergessen ging. Oder anders ausgedrückt: Weil es halt an verschiedenen Orten in der Verwaltung stattfindet, fühlte sich niemand verantwortlich. Wir finden, da sind Fr. 200'000 sinnvoll, damit man dann auch gleich durchstarten kann.

B. Huizinga (EVP/BDP): Winterthur hat den Ruf, wenn man der Standortförderung Glauben schenkt, innovativ und zukunftsorientiert zu sein. Wenn wir das auch tatsächlich sein wollen, darf nicht jeder Geldfluss für Projekte in der langsamen Bürokratie von der Kreditsprechung an Fahrt verlieren. Die Exekutive muss einen gewissen Spielraum haben, um rasch und doch zielgerichtet Gelder zu sprechen. „Smart City“ ist unterstützenswert, wird es doch der gesamten Bevölkerung zugutekommen, und der Betrag von 200'000 scheint auch nicht exorbitant hoch, sondern sinnvoll bemessen für die Strategie, die im Stadtrat verabschiedet wird. Daher unterstützt die EVP/BDP-Fraktion diesen Antrag der SP.

U. Hofer (FDP): Da muss ich leider widersprechen. Vielleicht vorab: Die FDP Fraktion steht hinter „Smart City“ Winterthur. In der Kurzfassung muss man jedoch zu diesem Antrag sagen: Thema gut, Vorgehen falsch. Denn um smart zu sein, sollte man auch eine Strategie haben. Es ist wenig smart, einfach mal nach dem Zufall, nach dem «first come first served»-Prinzip Geld auszugeben für etwas, das nach eigener Einschätzung nach „Smart City“ klingt, wofür man aber noch keinen Masterplan und kein Gesamtkonzept hat.

Wirkung im Ziel lässt sich nämlich nur mit fokussierten, strategischen und auch priorisierten Massnahmen erreichen und nicht nach dem Giesskannenprinzip erzielen.

Ich finde es auch gefährlich, wenn dieser Antrag quasi Schule machen würde. Gemäss unserer politischen Gesinnung könnten wir ja auch einfach den Antrag stellen, wir müssen in den städtischen Allgemeinkosten Fr. 500'000 für wirtschaftsfördernde Massnahmen im Sinn von Industrial City Winterthur einstellen, ohne aber zu wissen, für was das dann ausgegeben würde und mit welcher Strategie und mit welcher Wirkung.

Für uns ist daher klar: Wir sind bereit, Gelder für „Smart City“ zu sprechen. Die Initiative hierfür muss jedoch vom Stadtrat ausgehen und er muss diese Gelder auf dem normalen Weg mit einer klaren Weisung und Strategie beantragen. In diesem Sinne heute ein klares "Nein" zu diesem etwas voreiligen und vorschnellen Antrag zu einem guten Thema.

M. Zehnder (GLP/PP): Wir von der GLP/PP-Fraktion stimmen der Budgeterhöhung zu, weil wir eine gemeinsame Vision zu „Smart City“ wichtig finden. Es ist unbestritten, dass die Städ-

te einen Plan brauchen, wie sie mit der Digitalisierung umgehen und wie sie die Chancen nutzen möchten. Deshalb finden wir es richtig und wichtig, wenn der Stadtrat eine „Smart City“-Strategie erarbeitet. Wir Grünliberalen haben das ja schon vor Jahren thematisiert, z.B. verlangten wir schon im Jahr 2010 in einem Vorstoss, dass eine Strategie für Smart Grid und Smart Metering erarbeitet werden soll. Wir finden es schön, dass der Stadtrat das endlich auch möchte. Deshalb finden wir es richtig, dass jetzt vorwärts gemacht wird. Es braucht mehr als nur schöne Worte, nicht zuletzt um den Ressourcenverbrauch zu reduzieren und die Lebensqualität zu erhöhen.

Aber wir setzen Fragen in den Raum, wir sind etwas verwirrt: Fast alle Stadträte nutzen im Rahmen des Wahlkampfes „Smart City“ als prominentes Thema, ohne dass sie eine gemeinsame Strategie veröffentlichen. Die SP weiss anscheinend ein bisschen mehr, als was offiziell kommuniziert wird. Sie bestätigt, dass eine „Smart City“-Strategie erarbeitet wird und dass es Projekte gibt, die bald angegangen werden können. Warum schaffte es der Stadtrat dann nicht, als Team und als Gremium darüber zu informieren? Offensichtlich scheinen alle anderen Themen wichtiger zu sein. Uns würde es schon interessieren, wann der Stadtrat gedenkt, seine Strategie zu veröffentlichen.

Merkwürdig erscheint uns auch das Vorgehen der Bürgerlichen: Während die bürgerlichen Stadträte an den Veranstaltungen ihrer Allianz Werbung für ihre Taten in punkto „Smart City“ machen, wollen die bürgerlichen Gemeinderäte kein Geld für diese Projekte sprechen. Wie gesagt, wir sind da ein bisschen verwirrt und wir finden es schade, dass dieses wichtige Thema offensichtlich primär für politische Profilierungsaktionen von links und rechts genutzt wird. Wir sehen da ein kleines Risiko, dass am Schluss dann nichts Schlaues herauskommt. Wir finden, Winterthur braucht Visionen, und das Thema „Smart City“ ist wichtig. Umso wichtiger sind eine breite Abstützung und ein gemeinsames Vorgehen. Entsprechend erwarten wir vom Stadtrat, dass er seine Strategie einmal zu Boden bringt und Klarheit schafft, damit die Stadt die Umsetzungsmassnahmen starten kann. Denn am Schluss zählen die Taten mehr als die Worte.

Wir unterstützen den Antrag für die Erhöhung.

M. Gross (SVP): Die SVP lehnt den Antrag für Fr. 200'000 ab. Wir sind nicht gegen „Smart City“. Aber wir haben in der Aufsichtskommission nachgefragt: Es ist kein Konzept vorhanden, es ist keine Strategie vorhanden. Das wäre einfach Geld auf Vorrat gesprochen und das ist das, was ich vorher gemeint habe. Da pumpt man den Staatsapparat wieder mit Luft auf. Wenn eine „Smart City“-Strategie vorhanden ist, dann kann das auf dem ordentlichen Weg beantragt werden und dann werden wir uns diese Projekte, diese Strategie, genau anschauen und dann würden wir auch diese Gelder sprechen.

I. Kuster (CVP/EDU): „Smart City“: Wir freuen uns natürlich, dass die SP auch erkannt hat, welche Chancen Winterthur als „Smart City“ hat. Das erste Ziel des Stadtpräsidenten und der Allianz Starkes Winterthur scheint somit schon erreicht zu sein. Wir brauchen aber die Budgeterhöhung nicht, denn „Smart City“ ist nicht nur eine Frage des Geldes, sondern auch des Geistes und des innovativen Denkens. Und wenn es dann für spezielle Projekte doch Geld braucht, dann liegt der beantragte Betrag in der Kompetenz des Stadtrates oder es kommt eine Weisung. Warten wir doch das Konzept des Stadtrates ab. Deshalb lehnen wir den Antrag der SP ab.

Ch. Griesser (Grüne/AL): „Smart City“ ist ein interdisziplinäres Thema mit durchaus grünen Aspekten, z.B. Mobilität, Städteplan, Abfall. Wir haben deshalb sicherlich Sympathien, es ist aber auch so, dass man sehen muss, dass es schon den Anspruch der Bürger gibt, dass diese Stadt modern und bürgerfreundlich ist. Das bedeutet immer eine Angebotsausweitung, die nicht immer durch Effizienz abgedeckt werden kann. Deshalb muss das finanziert werden und wir stimmen zu. Allerdings ist klar: Ob das wirklich im Budget sein muss oder ob man auch einen Vorstoss hätte machen können, ist die Frage, das wurde auch von anderen aufgeworfen. Wir stimmen jetzt trotzdem zu.

St. Feer (FDP): Ehrlich gesagt, als ich den Antrag der SP las, musste ich schmunzeln. Es kommt wie eine alte Fasnacht daher: Nachdem der bürgerliche Stadtrat das Thema prominent besetzt hat, hat man das Gefühl, jetzt muss man doch auch noch husch-husch etwas machen in diesem Thema. Und wenn man es dann schon ernst meint, dann sollte man auch dazu stehen und nicht einfach nur ein Sammelsurium von Themen präsentieren, wo überall eine Stadt smart daherkommen könnte. Es läuft jetzt z.B. eine Interpellation von CVP und FDP zum Thema „Schwarmnutzung im Energiebereich“, das geht in Smart Grid und Smart Metering hinein. Die GLP macht interessanterweise nicht mit, obwohl sie immer wieder sagt, wie smart sie permanent unterwegs ist. Liebe GLP, Ihr könnt uns schon nach links und rechts belehren, aber selber sollte man sich auch an der Nase nehmen. Ich stimme mit Iris überein, es ist letztlich am Stadtrat, zu sagen, wie viel Geld er braucht, für was er das braucht, für welche Projekte er Geld braucht. Dass dann noch eine Mitte-Links-Mehrheit des Parlaments Geld spricht für etwas, zu dem „angeblich“ eine Strategie vorhanden ist, ist ohnehin verwerflich. Das ist nicht völlig neu, aber nein, eigentlich SP-typisch Giesskannenprinzip: Man schützt einfach einmal Geld, man hat es ja, es gehört ja nicht einem. Das Geld kommt vom Steuerzahler und deshalb schaut man mal, was da herauskommt. Wir lehnen das ab. Es ist am Stadtrat, zu sagen, was er macht, was die Strategie ist und wie viel Geld er benötigt.

F. Künzler (SP): Zum Thema „Wer hat’s erfunden“: Ich habe schnell gegoogelt (das scheint ja nicht so Eure Stärke zu sein): 2016.35, schriftliche Anfrage von mir, 21. März 2016.

K. Cometta (GLP/PP): Zum Thema „Wer hat’s erfunden“: 2010 hat Beat Meier auch mitunterzeichnet. Aber ich habe mich nicht deshalb gemeldet. Ich meldete mich, weil Ihr gesagt habt, dass wir nicht machen bei Eurer Interpellation. Dazu kann ich einfach sagen: Diese kam am Donnerstag relativ kurzfristig herein. Man hatte keine Zeit, das an den Fraktionssitzungen zu besprechen. Und es ging auch nicht als Interpellation herum. Jetzt wurde sie offensichtlich kurzfristig umgewandelt. Wenn sie nochmals zu mir kommt, schauen wir es nochmals an, aber das wirkt auch sehr nach einem Hüftschuss.

St. Feer (FDP): Katrin, wenn sich eine Fraktion, die sich so viel Kompetenz gibt auf diesem Gebiet, nicht von Donnerstag bis heute entscheiden kann, dann muss ich schon sagen: Dann tut es mir leid. Und übrigens war es immer eine Interpellation. Ich habe nicht gesagt, wer es erfunden hat, ich habe nur gesagt, wer das Thema prominent besetzt hat – und das war der bürgerliche Stadtrat.

Stadträtin Y. Beutler: Ich sage jetzt nicht, wessen Homepage zuerst draussen war... Das Schöne ist: Wenn sich alle darum streiten, wer es erfunden hat, dann heisst das ja, wir finden es alle eine gute Sache. Der Stadtrat findet es auch eine gute Sache. Wir sind wirklich kurz davor, die Strategie zu verabschieden, wir machen uns aber auch Gedanken, wie sie nachher umgesetzt werden soll. Das braucht einfach seine Zeit, wir wollen das wirklich gründlich machen, um nachher auch eine Lösung präsentieren zu können, hinter der wir alle stehen können. Ich glaube, es sind ganz viele Ideen vorhanden, bei der Verwaltung, wir sehen auch, was es sonst (in anderen Städten und anderen Ländern) bereits für Möglichkeiten gibt. Wir freuen uns alle darauf, wenn wir dann wirklich durchstarten können mit „Smart City“. Der Stadtrat hat tatsächlich zu dem Zeitpunkt, zu dem das Budget verabschiedet wurde, noch kein Geld ins Budget aufgenommen. Er stellt sich heute Abend auf den Standpunkt, dass er grundsätzlich auch bei seiner Budgetvorlage bleibt. Und deshalb wünsche ich Ihnen allen einen weisen Entscheid.

Ratspräsident F. Landolt: Wir kommen zur Abstimmung. Wer dieser Erhöhung des Globalkredites um Fr. 200'000 für Anschubfinanzierung „Smart City“ zustimmen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben. Auszählen bitte.

Wer das ablehnen möchte, soll das ebenfalls bezeugen.

Damit haben Sie der Erhöhung des Globalkredites mit 31:26 Stimmen zugestimmt. Es gibt noch einen zweiten Antrag, der durch Christoph Baumann gestellt wird.

Ch. Baumann (SP): Es tut mir leid, dass der Antrag so spät gekommen ist, aber die Entscheidung, die dahintersteht, kam erst Ende November und deshalb kam der Antrag jetzt noch nachträglich. Ich hoffe, dass trotzdem eine sachliche Entscheidung zu Afro-Pfingsten fallen kann.

Afro-Pfingsten ist seit 27 Jahren ein Markenzeichen von Winterthur, das wissen wir alle: 50'000 Besuchende aus dem In- und Ausland. Es trägt wirklich ein buntes, völkerverbindendes Gesicht von Winterthur nach aussen und passt wirklich ausgezeichnet zu unserer Ausstrahlung als Kulturstadt. Die Besucherzahlen und die Rückmeldungen zeigen: Man freut sich an diesem friedlichen Festival, es hat einen Markt, es gibt Konzerte und Workshops, neu auch Diskussionen- und Austauschforen. Die Afro-Pfingsten gaben aber auch immer wieder Anlass zu Sorgen. Es gab auch immer wieder ein Auf und Ab, das auch mit den sehr unklaren Rahmenbedingungen zu tun hatte, die für Afro-Pfingsten da waren. Bei den jetzigen Kosten und Zusagen, die von der Stadt für die Durchführung der 27. Afro-Pfingsten gesprochen wurden (mündlich), ist zumindest der finanzielle Ausgang in Frage gestellt.

So war das heute auch schon im Tagesanzeiger zu lesen. Die SP beantragt daher, dass es jetzt, zu den Mitteln, die der Stadtpräsident grosszügigerweise ja schon bereits für die Afro-Pfingsten gesprochen hat, nochmals zusätzlich Fr. 20'000 zu Lasten dieses Kontos gesprochen würden.

Wir betonen es nochmals: Dieser Betrag ist einmalig und dieser Betrag soll auch mit der Forderung, dass einerseits jetzt in Ruhe und mit Sicherheit auch der angekündigte Führungswechsel beim Verein Afro-Pfingsten erarbeitet und geklärt wird und zweitens erwarten wir wirklich, dass jetzt eine Leistungsvereinbarung erarbeitet werden kann, damit dann nächstes Jahr die Rahmenbedingungen klar sind. Man muss sich schon vergewissern: Afro-Pfingsten bekommt erst im Dezember Sicherheit, welche Mittel im Frühling zur Verfügung stehen. Ich glaube, für ein so langes Festival, das so viel beigetragen hat zur Ausstrahlung unserer Stadt, ist es wirklich gut, wenn man eine Leistungsvereinbarung machen kann, die die Bedingungen klärt. In dem Sinn bittet die SP, diesem Beitrag für ein farbiges und frohes Fest 2018 zuzustimmen. Eben auch mit der Folge, dass sie dann auch die 28., 29., 30. Afro-Pfingsten gut über die Bühne bringen können.

Noch ein Wort vielleicht an Urs Hofer: Du sagtest vorher, was die Zeitung schreiben soll. Die Zeitung hat heute schon geschrieben, wie Du stimmen sollst. Das kannst Du im Tagesanzeiger nachlesen.

I. Kuster (CVP/EDU): Die Weihnachtszeit ist die Zeit der Wunschzettel. So kommen mir die Anträge betreffend Afro-Pfingsten, Sport und „Smart City“, die wir schon gehört haben, vor, die in den letzten Tagen eingereicht worden sind. Auch wir hätten noch einen Wunsch: Unterstützung der Vereine, die die Dorfeten durchführen. Wir sind aber der Auffassung, dass erstens alle diese Anliegen betragsmässig sowieso in die Kompetenz des Stadtrates fallen und zweitens kein dringender Handlungsbedarf besteht. Ja, es wäre schön, wenn Afro-Pfingsten weiterhin in Winterthur stattfinden würde. Der Stadtrat ist ja mit den Organisatoren am Verhandeln einer Leistungsvereinbarung. Es besteht unserer Ansicht nach keine Notwendigkeit, zusätzliche Gelder zu sprechen, bevor nicht klar ist, wie die zukünftige Zusammenarbeit aussieht. Christoph hat es schon erwähnt: Es ist bereits ein grosszügiger Beitrag gesprochen worden. Das ist auch der Grund, weshalb wir keinen Antrag zur Unterstützung der Vereine, die die Dorfeten veranstalten, gestellt haben. Wir wollen nämlich vom Stadtrat einen Vorschlag für eine Leistungsvereinbarung mit den Organisatoren der Dorfeten, und gehen davon aus, dass dieser noch vor den Sommerferien vorliegt. So sehr wir das Prinzip „Wunschzettel für Weihnachten“ eine schöne Sache finden: Für die Politik taugt dieses Mittel nicht. Wir wollen durchdachte Konzepte, ein sauberes Controlling und Transparenz, wer aus welchen Gründen und mit welchen Verpflichtungen städtische Unterstützung erhält. Wir lehnen deshalb diesen Antrag ab.

B. Huizinga (EVP/BDP): Die Leistungsvereinbarung mit dem Stadtrat läuft. Afro-Pfingsten ist ein Aushängeschild für Winterthur, allerdings polarisiert sie auch. Die Ereignisse der nahen Vergangenheit rund um dieses Festival haben bei vielen Menschen ein schales Gefühl hinter-

lassen und daher setzen wir uns als Fraktion dafür ein, dass jetzt, beim 2. Versuch, alles korrekt abläuft und wollen den Sachen nicht vergreifen. Der SP-Antrag erscheint uns daher in die Kategorie der in meinem Eintretensvotum genannten „Darf es ein bisschen mehr sein?“ zu fallen. Zudem trauen wir dem Veranstalter zu, der sich in verschiedenstem Mass als kreativ erwiesen hat, dass er die Fr. 20'000 bis zum Festival auch noch durch einen externen Sponsoren decken wird. Wir werden den Antrag der SP dieses Mal also nicht unterstützen.

R. Diener (Grüne/AL): Liebe Iris Kuster, es wäre schön, wenn Afro-Pfingsten weiterexistieren könnte. Ja, eben, das finden wir auch, und wir beantragen, das zu unterstützen, weil wir der Meinung sind, es ist nicht ganz einfach, sondern eine schwierige Zeit in diesem Neuaufbau, in dem sich das ganze Projekt befindet, da braucht es im Moment noch ein bisschen Anschubfinanzierung. Die Grünen/AL unterstützen den Antrag, weil wir der Meinung sind, dass Daniel Bühler und sein Team einen guten und engagierten Einsatz leisten für das belebte und spannende Fest, das da stattfindet. Und ich bin der Meinung, es ist ein Projekt, das auch die sozial-gesellschaftliche Diskussion und die nachhaltige Entwicklung, auch in der Zusammenarbeit mit anderen Ländern und anderen Kulturen im Vordergrund hat und auch immer wieder versucht zu bewegen und anzustossen. Aus diesem Grund möchten wir dieses Fest nicht missen, wir möchten auch die vielfältigen Musikangebote und Künstlerinnen- und Künstlerangebote auf der Gasse nicht missen. Und wir wissen, dass genau diese Art von Arbeiten, von Tätigkeiten, von Anlässen nicht durch kommerzielle Gebühren gedeckt werden können, sondern da hat es auch viel Freiwilligkeit dahinter und viel freiwilliges Engagement. Wir könnten höchstens darauf zählen, dass solche Künstler einen kleinen Beitrag einspielen können mit Spenden, die dafür gegeben werden. Damit hat es sich. Zum Decken eines so grossen Anlasses mit all den vielen Nebenkosten braucht es relativ viel, das wissen wir auch beim Albanifest, wie das läuft, und deshalb sind wir der Meinung, dass es sinnvoll und richtig ist.

Wir möchten aber auch nochmals betonen und es als Anliegen fest eingeben an den Stadtrat: Wir brauchen eine Leistungsvereinbarung mit diesem Anlass, wir brauchen eine klare Definition, wofür wir das Geld von der Stadt in diesen Anlass geben, wo wir Gelder geben, um Sachen machen zu können, um Projekte unterstützen zu können, die eben vielleicht nicht kommerziell selbsttragend sind, und wo eben nicht, wo hat es kommerzielle Elemente, auch in diesem Fest. Das wissen wir, selbstverständlich hat es da ganz viele kommerzielle Anbieter, die durchaus in der Lage sind, die Standgebühren zu entrichten, die selber kostendeckend sind und dem Veranstalter ermöglichen, dieses Fest durchzuführen. Es braucht beides: Es braucht Unterstützung, sowohl über die kommerziellen Anlässe als auch über die nicht-kommerziellen Komponenten, und deshalb finden wir es richtig, sicherzustellen, dass dieser Anlass stattfinden kann. Deshalb finden wir es auch richtig, dass der Stadtrat sagte, wir machen eine Leistungsvereinbarung, wir wollen das anreissen. Ich möchte wirklich anregen, dass man versucht, das so rasch wie möglich umzusetzen.

Ch. Magnusson (FDP): Ich möchte vorausschicken: Die FDP-Fraktion hat grundsätzlich sehr viel Sympathie, einerseits natürlich für Afro-Pfingsten, andererseits aber auch für diesen Antrag. Es ist wenig Geld, es ist Weihnachtszeit, es ist ein lässiges Festival, das es seit langer Zeit gibt. Wir haben vorhin 200'000 ohne irgendein Ziel ausgegeben – also eigentlich würden 20'000 nicht weh tun. Ausserdem wurden wir sehr intensiv und auf allen Kanälen bearbeitet: Stadtrat, Fraktion, mit Mails, über Zeitungen (wir konnten schon heute Morgen lesen, bevor wir debattieren, wie wir abzustimmen haben)... Da ist jemand am Werk, der sein Handwerk versteht und weiss, wie dass er die öffentlichen Gelder schnell oder sinngemäss bekommt. Das ist ja etwas, das wir durchaus auch honorieren möchten: Leistung, Engagement soll sich auch lohnen.

Trotzdem wird die FDP-Fraktion diesen Antrag nicht unterstützen. Dies v.a. aus den folgenden Gründen: Wir sahen, gemäss dem Antrag der SP, die da offenbar mehr weiss als mir (ich habe mich vorhin beim Stadtpräsidenten noch vergewissert, ob das wirklich so sei - es wurde offensichtlich hinter den Kulissen schon irgendwo kommuniziert), dass der Stadtrat vorhat, die Afro-Pfingsten mit einem Betrag von Fr. 25'000 zu unterstützen. Damit setzt die Stadt (wir alle) ein klares Zeichen für dieses Festival und sorgt dafür, dass man eine städtische Unter-

stützung hat und dass das auch nächstes Jahr stattfinden kann in einem Rahmen, wie man es kennt aus den vergangenen Jahren. In Anbetracht der Zeit, von der Vorgehensweise mit dem doch eher unorthodoxen Antrag, da nochmals irgendwo 20'000 einzusetzen, und auch in Anbetracht der Vorgeschichte dieses Festivals, das gross und grösser wurde, verkauft wurde, zugemacht, anders stattgefunden hat, wiedereröffnet, wieder übernommen wurde und jetzt wieder wachsen soll, ist das ein klares Zeichen, dass man nach wie vor Hand bietet dafür, dass Afro-Pfingsten in Winterthur stattfinden kann, nebst allen anderen Veranstaltungen, die in unserer Altstadt stattfinden.

Letzten Endes geht es aber mit diesen Fr. 20'000 einfach ein bisschen zu weit. Fr. 25'000 vom Stadtrat, wahrscheinlich aus den projektbezogenen Beiträgen, sind eine sinnvolle Grössenordnung und ermöglichen sicher auch ein Festival in einem gewissen Rahmen. Wenn ich höre, dass über Fr. 200'000 an Lohnkosten gezahlt werden, dass nächstes Jahr noch grössere Konzerte in einer anderen Location stattfinden sollen, dann ist da durchaus Potential, diese Fr. 20'000 auf- oder abzurunden oder anders zu finanzieren. Ich glaube, wenn man sich da (in Anbetracht eines solchen Budgets) zur Aussage verleiten lässt, dass man mit 20'000 über Gedeih und Verderben dieses Festivals entscheidet, dann geht man da ein bisschen zu weit. Das sind in dem Sinn, wie Reto Diener es vorhin sagte, so kleine Nebenkosten. Das Ganze in einem solchen „last minute“-Antrag kommt ohnehin relativ ungemütlich und negativ daher. Ich denke, es wäre sinnvoll, wenn man das Thema aufnimmt, wenn man nächstes Jahr vom Stadtrat eine klare Vorgabe erhält, wenn eine Leistungsvereinbarung ausgearbeitet wird, wenn man in der Kommission darüber debattieren kann und ein angemessener Beitrag, der der Wichtigkeit, der Professionalität usw. dieses Festivals entspricht, festgelegt werden kann. Und dass dieser Betrag dann auch höher sein kann als die Fr. 25'000, das liegt auf der Hand. Das hat dann sicher auch eine Relevanz, dass man das dann langfristig fixieren kann. Aber es kann nicht sein, dass wir das jetzt so schnell über das Knie brechen, schnell 20'000 sprechen, damit es nächstes Jahr unbedingt stattfinden kann, denn de facto soll es eine langfristige solide Finanzierung geben, damit das Festival auch in Zukunft stattfinden kann. In dem Sinn werden wir den Antrag nicht unterstützen und bitten Sie, unserem Beispiel zu folgen. Setzen Sie sich auch weiterhin dafür ein, dass wir nächstes Jahr gemeinsam eine gute Lösung erarbeiten können.

D. Oswald (SVP): Auch wir von der SVP lehnen die Fr. 20'000 ab. Es wurde schon gesagt, dass wir bereits unterstützen, ich möchte dort ergänzen. Es ist die Rede von einer Leistungsvereinbarung. Es gibt in der Stadt Winterthur sehr viele tolle Anlässe, ich möchte sagen, es gibt keine schlechten Anlässe. Ich bin an den wenigsten davon, ich bin auch nicht unbedingt an den Afro-Pfingsten. Ich finde das einen guten Anlass, auch wenn ich nicht hingehe. Aber Afro-Pfingsten erfüllt keine Leistung, die die Stadt machen muss. Eine Leistungsvereinbarung braucht es für mich für eine Leistung, die die Stadt erbringen sollte und nicht selber erbringt. Aber Afro-Pfingsten erfüllt keine staatliche Leistung, von daher braucht es m.E. keine Leistungsvereinbarung.

Es ist für mich ein kommerzieller Anlass, auch wenn es einen nicht-kommerziellen Teil hat, dann wäre es Aufgabe des Businessmodelles, das so aufzusetzen, dass man mit dem kommerziellen Teil den nicht-kommerziellen Teil finanzieren kann. Das ist etwas, das funktionieren sollte und wo niemand etwas dagegen hätte.

Wir müssen auch vergleichen mit den Vereinen und den Leuten, die da in Winterthur wohnen und in Winterthur Steuern zahlen. Ich war letzten Samstag am Weihnachtsmarkt in Oberwinterthur. Die Dorfvereine und die Mitglieder des Ortsvereins haben ihr Equipment zur Verfügung gestellt, holten die Stände, stellten sie auf, verbrachten den ganzen Samstag dort und räumten am Abend wieder ab. Von der Stadt aus erhöhte man die Standgebühr von einem Jahr auf das nächste um Fr. 100. Das ist nur ein Beispiel, wie wir an vielen Orten die Leute, die sich in dieser Stadt engagieren, mit immer höheren Gebühren belasten, und andererseits kommerzielle Anlässe wie Afro-Pfingsten subventionieren.

Wenn ich so höre, dass man da Fr. 200'000 Löhne ausbezahlt: Ich glaube, keiner von denen, die sich letzten Samstag engagiert haben, hat auch nur Spesen verlangt für das Fahrzeug, das er zur Verfügung gestellt hat.

Man bietet schon Hand: Wenn ich die Fr. 670'000 Umsatz nehme, wo 5% Vorsteuergewinn drin sind und wenn wir sagen, Gewerbe ca. 25% Steuersatz, dann nimmt man Fr. 8'000 ein von der Stadt mit diesen Afro-Pfingsten; und dann geben wir jetzt schon Fr. 25'000 aus, also legen wir dann schlussendlich einfach drauf. Das macht einfach keinen Sinn. Das hat nichts mit dem Anlass zu tun, aber kommerzielle Anlässe sollen sich selber tragen. Es kann nicht sein, dass wir die Dorfbevölkerung, die sich engagiert, mit immer mehr Gebühren belasten und daneben kommerzielle Anlässe subventionieren. Ich danke Euch, wenn Ihr den Antrag ablehnt und auch nicht auf eine Leistungsvereinbarung hinarbeitet.

A. Steiner (GLP/PP): Tatsächlich hatte der Antrag etwas Hauruck-mässiges, man konnte ihn leider auch nicht mehr in der Fraktion besprechen, das ist immer ein bisschen schwierig, wenn man untereinander die Dinge nicht absprechen kann. Dann muss man alles per Mail klären, was es aufwändiger macht. Die Kritik bei diesem Geschäft geht aber auch an den Stadtrat. Man hat es versäumt, eine Leistungsvereinbarung mit Afro-Pfingsten zu machen, wie es versprochen wurde, als man die Leistungsvereinbarung mit dem Albanifest gemacht hat. Man versprach damals, man mache jetzt mit Afro-Pfingsten und auch mit den Dorfeten ebenfalls eine Leistungsvereinbarung.

Ich war letztes bei einer Führung von „House of Winterthur“. Dort machte man eine Aufzählung von ganz vielen Sachen, die in der Stadt Winterthur lässig sind. Unter anderem, ziemlich früh, kam Afro-Pfingsten. Afro-Pfingsten ist ein buntes, vielfältiges Fest, das zu Winterthur gehört. Es ist nicht so, dass Afro-Pfingsten keine Gebühren zahlen müsste, Daniel Oswald. Afro-Pfingsten zahlt auch Fr. 60'000. Afro-Pfingsten musste auch Erhöhungen entgegennehmen in den letzten Jahren, und genau deshalb braucht es diese Leistungsvereinbarung. Es ist auch nicht so, dass der Stadtrat von sich aus mehr hätte geben können, Iris Kuster, denn dann wäre der Stadtratskredit zu hoch geworden und dann hätte die Finanzkontrolle keine Freude gehabt.

Damit Afro-Pfingsten weiterhin ein buntes, fröhliches Fest bleiben kann, braucht es eine Leistungsvereinbarung. Und weil es diese noch nicht gibt, braucht es eine Überbrückung mit einem Betrag von Fr. 20'000, wie es die SP fordert. Auch dieser Anlass wird von sehr vielen Freiwilligen getragen, und das verbindet: Es verbindet Kulturen, es verbindet Leute von Winterthur, es verbindet Leute aus unserer näheren Umgebung und wir müssen schauen, dass wir dem neuen Team, das sich um Afro-Pfingsten aufbaut, einen guten Start geben. Deshalb stimmt die GLP diesem Antrag zu.

M. Wäckerlin (GLP/PP): Ich schliesse mich weitgehend Annetta an. Einfach ein kleiner Punkt: Wenn man Afro-Pfingsten wirklich helfen möchte, dann müsste man ihnen ermöglichen, dass sie von Donnerstag bis Pfingstmontag durchgehend das volle Programm fahren könnten. Das würde heissen, dass man umsetzt, was die Piraten 2014 in einem Positionspapier aufsetzten, nämlich Anpassung von Ruhezeiten und Ladenöffnungszeiten (RLG, LS 822.4 vom 26. Juni 2000), namentlich die Streichung von §1 b und Absatz 5 vom § 3. Vielleicht kann man das irgendwann einmal erreichen und dann können sie ohne Subventionen gut leben.

Ich sehe es auch so, wie es Annetta sagte. Es ist ein relativ bescheidener Betrag für einen grossen Anlass. Grundsätzlich bin ich dagegen, dass man Anlässe unterstützt, aber wenn man vergleicht mit anderen Anlässen, die wir viel mehr unterstützen, denke ich, dass es angemessen ist.

Was ich aber auch denke: Am besten wäre es, wir würden Fr. 20'000 Gebührenreduktion machen oder noch sympathischer wäre mir, wenn man die Gebühren generell für alle reduzieren würde, und dann wären wir dort, wo Daniel Oswald auch steht.

Ch. Baumann (SP): Ich möchte doch noch etwas entgegnen: Ich finde es ein bisschen schade, dass Daniel Oswald Kulturbereiche gegeneinander ausspielen wollte. Ich glaube, wir sind eine Kulturstadt und ich glaube, auch wir als SP unterstützen auch kulturelle Sachen, die nicht unbedingt das sind, was wir von Herzen mittragen, aber ich glaube, es gehört zu unserer Ausstrahlung als Stadt, es ist ein wesentlicher Standortfaktor, deshalb haben wir auch

beim „House of Winterthur“ so darauf gedrängt, dass die Kultur einen Platz bekommt, dass man das da fördert.

Wenn ich höre, Afro-Pfingsten erbringe keine Leistung für die Stadt - da fangen wir gar nicht an aufzurechnen, welcher kulturelle Anlass welche Leistung bringt. Es ist eine Leistung, wenn wir eine Marke von Winterthur nach aussen tragen können.

Danke, Annetta, dass Du das so deutlich herausgestrichen hast: Es geht nicht um Weihnachtszeit, um Geschenke machen. Afro-Pfingsten bezahlt Fr. 60'000 Kosten an die Stadt und darum geht es, dass dieser Betrag reduziert werden könnte, indem genau die 20'000 dazukämen. Es geht auch nicht um ein Wachstum dieses Festes momentan, sondern es geht um eine saubere Stabsübergabe, eine stabile Situation, in der diese Stabsübergabe vorbereitet und umgesetzt werden kann, und dann geht es wirklich um die Leistungsvereinbarung, so dass Afro-Pfingsten vor Dezember weiss, ob und unter welchen Bedingungen sie ihren Anlass im Frühling durchführen können, der wirklich zum Wohl der Stadt ist. Deshalb bitte ich Sie wirklich, diesem Antrag zuzustimmen und Afro-Pfingsten den Übergang zu ermöglichen.

Ratspräsident F. Landolt: Die Wortmeldungen haben sich... Nein, Daniel Oswald nochmals.

D. Oswald (SVP): Lieber Christoph, ich muss entgegnen: Das Ausspielen von einzelnen Vertretern passiert auf Eurer Seite, indem Ihr einzelne Projekte total bevorzugt. Auf was läuft es hinaus? Schlussendlich geht es genau darum, dass wir mit der Subventionierung am Schluss Gebühren eliminieren können. Ihr behandelt ungleich. Dann müsste man dem Weihnachtsmarkt die Gebühren auch erlassen, aber darauf käme niemand. Ihr behandelt ungleich, Ihr zieht Eure Kultur vor und bei anderem, was Euch nicht so passt, seid Ihr still. Und wir sind so brav und sagen, wir sind der Meinung, dass man auch selber etwas zahlen muss und nicht als erstes beim Stadtrat Geld holen soll. Das ist eine Tatsache.

Ch. Magnusson (FDP): Ich möchte schnell bei Daniel Oswald nachhaken. Wenn Sie die Traktandenliste anschauen (ich glaube nicht, dass wir noch so weit kommen dieses Jahr), aber wenn Sie die Traktandenliste anschauen, dann haben Sie als Traktandum 11 auf der Seite 2 zuoberst die Motion 2017.13, von Herrn Magnusson von der FDP eingereicht, die die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Kulturfinanzierung fordert. Wenn ich mich richtig erinnere, war bei den Unterschriften auf der Rückseite, wo man sich spontan für eine Unterstützung eintragen kann, noch keine absolute Mehrheit dieses Rates dabei. Ich möchte mich da v.a. an die linke Seite des Rates wenden: Überlegt Euch doch bitte nochmals - vielleicht kommen wir nächstes Mal noch dazu (wenn ich noch lange spreche, wahrscheinlich erst nächstes Jahr), vielleicht kommen wir dieses Jahr noch dazu, über diese Motion zu sprechen und genau dieses Anliegen, das die Kulturschaffenden der Stadt Winterthur seit langem bei uns Politikern positioniert haben, genau dieses Anliegen zu erfüllen und damit eine Grundlage zu schaffen, dass wir in Zukunft über solche Anträge wie für Afro-Pfingsten nicht mehr hin- und herdiskutieren und die eine Kultur gegen die andere ausspielen müssen und diskutieren, wer wo wie viel zu tun hat, sondern dass wir eine solide Basis haben, bei der wir wissen, nach welchen Kriterien wir wie viel verteilen können. Das als kleiner Werbespot dazu und als Bestätigung, dass wir auf dem richtigen Weg sind, wenn wir heute dafür sorgen, dass der Lauf der Dinge sauber eingehalten wird und diesem Zusatzantrag nicht stattgeben.

Stadtpräsident M. Künzle: Dass das klar ist: Der Stadtrat steht zu Afro-Pfingsten. Er steht aber nicht, und da muss ich Dir, Christoph, sagen, dass es halt schon auch um Wachstum geht. Wir sind aber nicht der Meinung, dass es ein sofortiges Wachstum sein soll, weder zeitlich noch örtlich. Und um diese Thematik geht es eben auch. Wir haben im Stadtrat für 2018 Daniel Bühler in Aussicht gestellt, dass er Fr. 25'000 erhält. Wenn ich aber die letzten Jahre anschau, sind wir eher der Meinung, sie hätten sich konsolidieren müssen. Wir hatten 2017 wunderschöne Afro-Pfingsten, einen soliden, sauberen, schönen Markt mit ausverkauften Konzerten in der Alten Kaserne. Das gehört für uns in das Kapitel Konsolidierung. Und kaum ist 2017 durch, sind wieder Ideen da, das ganze Fest aufzupoppen und aufzupeppen in einer Geschwindigkeit, bei der wir im Stadtrat finden, dass das viel zu schnell geht. Deshalb wür-

den wir es begrüßen, wenn man 2018 nochmals unter dem Titel „Konsolidierung“ das Fest laufen lässt und deshalb wären es die Fr. 25'000.

Ich möchte auch noch erwähnen: Wir haben ebenfalls in Aussicht gestellt, dass es eine Leistungsvereinbarung geben wird für 2019. Wir sind immer noch in diesem Versprechen drin. Wenn wir sagten, nach dem Albanifest kommt das, wir nehmen das als Muster und schauen dann, was wir weitermachen können: Wir sind immer noch drin. Wir sagten nicht, dass wir das schon ein paar Wochen später machen. Wir haben die Leistungsvereinbarung für 2019 in Aussicht gestellt und die Leistung, das finden wir wirklich auch: Afro-Pfingsten erbringt eine Leistung, es füllt uns die Hotels und füllt die Restaurants. Den volkswirtschaftlichen Nutzen davon, neben dem Image, das es nach aussen trägt, erbringt Afro-Pfingsten mit Sicherheit. Wir sind der Meinung, 2017 war auf einem guten Niveau. Wir geben Fr. 25'000 und das Wachstum soll man kontinuierlich machen und nicht sofort wieder zeitlich und örtlich ausbauen, das sehen wir nicht so.

Ratspräsident F. Landolt: Wir kommen zur Abstimmung: Die Erhöhung des Globalkredites um Fr. 20'000 zur Sicherung der Durchführung von Afro-Pfingsten 2018.

Wer dieser Erhöhung zustimmen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben. Auszählen bitte.

Wer diese Erhöhung ablehnen möchte, soll das ebenfalls bezeugen.

Damit haben Sie die Erhöhung des Globalkredites mit 29:27 Stimmen abgelehnt.

Wir kommen zu Steuern und Finanzausgleich. Die Anträge zum Steuerfuss behandeln wir beim stadträtlichen Antrag, deshalb überspringen wir das.

Im Departement Finanzen sind keine weiteren Anträge. Somit haben Sie das Budget 2018 des Departement Finanzen für Finanzamt, Informatikdienste, Steuerbezug, Immobilien und Städtische Allgemeynkosten/Erlöse zugestimmt.

Wir kommen zum Departement Bau. Da gibt es einen Antrag der Grünen/AL-Fraktion in der Produktegruppe Tiefbau.

Dept. Bau

R. Diener (Grüne/AL): Wir beantragen, dass man den Globalkredit im Tiefbau um Fr. 100'000 erhöht. Es geht uns um personelle Ressourcen im Kontext der Verkehrsplanung und Verkehrswege. Und dabei im Besonderen um Projekte im Kontext von Langsamverkehr (Velo- und Fussverkehr). Seit Jahren sind die personellen Ressourcen in der Verkehrsplanung knapp, das ist im Rat bekannt und wurde überall bereits intensiv diskutiert. Verschiedene Projekte wurden immer wieder auf die lange Bank geschoben, mussten teilweise auf die lange Bank geschoben werden, und konnten deshalb nicht zeitgerecht und zügig vorangetrieben werden. Insbesondere gilt das eben für Massnahmen im Bereich des Langsamverkehrs. Wir sind auch jetzt wieder in einer Phase, in der eine ganze Reihe von Projekten für den öffentlichen Verkehr und auch für den motorisierten Individualverkehr im Kontext der Strassen (z.B. Umsetzung in Neuhegi, wo demnächst eine Weisung kommen wird) oder wenn wir auch an die Planungen denken, die mit dem Novemberbrief für die Erschliessungsstrasse in Neuhegi geplant sind.

Wenn wir aber die Agglomerationsprogramme anschauen, von denen bereits zwei durch das Land zogen, das dritte ist jetzt quasi in der Ausarbeitung auf Bundesebene. Wenn wir diese Agglomerationsprogramme anschauen, dann hat es da v.a. und fast ausschliesslich Projekte für den Langsamverkehr drin, die mit der Priorität A bewertet wurden. Das sind z.B. Veloschnellrouten, das sind Querungen, das sind Ausbauten der Velowege, das sind verschiedenste Massnahmen, um an Kreuzungen Verbesserungen zu erreichen und und und. Gleichzeitig haben wir heute (oder vor kurzem) zur Kenntnis nehmen können, dass es bei den Modalsplitterhebungen, also bei den Untersuchungen, die aus den Mikrozensusdaten herauskommen, eigentlich zum Stillstand gekommen ist. Wir haben keine Veränderung mehr, wir haben insbesondere im Veloverkehr Stillstand, es gab keine Verbesserung des Veloanteils. Und da wäre es wichtig und dringend, dass man die Projekte für den Veloverkehr vorantreiben würde. Weil man u.a. die entsprechenden Ressourcen nicht hat, kommt man nicht

richtig vorwärts, aber sie sind nötig, um den Gleichstand mit den Projekten zu erreichen, die man für den öffentlichen und für den Strassenverkehr umsetzt.

Mit Ausnahme der neuen Velostation beim Hauptbahnhof, die entsteht, und mit Ausnahme der Veloquerung beim Hauptbahnhof, entstand in den letzten Jahren für das Velo nur noch an ganz kleinen Ecken und punktuell etwas. Das möchten wir mehr voranbringen, wir möchten, dass auch die Gelder aus dem Agglomerationsfonds gesichert abgeholt werden können. Es geht doch um viele Millionen, die da zur Verfügung stehen, die man für Winterthur und für einen effizienten, umweltfreundlichen Verkehr nutzen könnte. Damit das Gewicht in der Planung wieder auf Gleichstand kommt und wir überhaupt Ressourcen haben für diese Planung, beantragen wir, nach intensiven Diskussionen, die wir in der BBK hatten und mit den Informationen, die wir auch vom Stadtrat erhalten haben, eine Erhöhung und eine Stärkung der entsprechenden Ressourcen. Danke vielmals für die Unterstützung.

Z. Dähler (CVP/EDU): Persönlich finde ich den Vorstoss der Grünen/AL eigentlich noch sympathisch, gehe ich doch davon aus, dass ein Ausbau der Verkehrsinfrastruktur für eine florierende Wirtschaft entscheidend ist. Stadtrat Josef Lisibach hat uns in der Kommission gut aufzeigen können, wie er diese Projekte plant, mit welchen Ressourcen und wann sie stattfinden sollen. Gemäss dieser Planung können alle diese Projekte aus der Priorität A, die Reto Diener erwähnt hat, innerhalb der möglichen Zeit auch umgesetzt werden. D.h. wir sprechen davon, ob man ein Projekt, das vielleicht auf 2020 geplant ist, ein Jahr früher macht oder nicht. Diese Stelle, die jetzt mit diesen Fr. 100'000 zusätzlich beantragt wird, ist im Vergleich zu der zusätzlichen Stelle, die wir im Budget drin haben für die Planung Erschliessung Neuhegi, nicht zielgerichtet (oder nicht zweckgebunden). Das würde aus unserer Sicht die Konsequenz haben, dass man sie eigentlich befristet machen müsste, um kurzfristig das eine oder andere Projekt voranzutreiben. Das wurde aber nicht gemacht, und aus diesen Gründen lehnen wir von der CVP/EDU-Fraktion diesen Antrag ab.

M. Bänninger (EVP/BDP): Wir von der EVP sind überzeugt, dass die angedachten Projekte im Rahmen des Verkehrskonzeptes Neuhegi-Grüze als Gesamtes sinnvoll sind und als Gesamtes nur ihre volle Wirkung entfalten können, wenn alle Teilprojekte realisiert werden. Da braucht es neben der beantragten 100%-Stelle für die MIV-Erschliessung auch Kapazitäten für die Planung der Velorouten, für ÖV und für andere Strassenprojekte. Diese sollen ebenfalls geschaffen werden. Die Querung Grüze ist sicher das prominenteste Element dabei. Wir sind ebenfalls der Meinung, dass jetzt v.a. die A- und B-klassifizierte Projekte geplant und realisiert werden sollten. Wie schon erwähnt, werden diese zu einem grossen Teil refinanziert durch das Agglomerationsprogramm. Für uns eine sinnvolle Investition in ein durchdachtes Verkehrskonzept, das das Geld wert ist und es unter dem Strich auch wieder zurückfliesst. Wir stimmen dem Antrag zu.

P. Rütsche (SVP): Die SVP fordert eine Verkehrsplanung und ein Verkehrskonzept für alle Verkehrsteilnehmer. Bereits jetzt sind schon verschiedene Projekte in der Planung oder in der Umsetzung. In der Stadt Winterthur werden in den nächsten Jahren, also in der Zukunft, an diversen Orten verschiedene Verkehrswege abgeändert. Für die SVP ist es wichtig, dass nicht nur für den Langsamverkehr geplant wird, sondern auch unter Einbezug der anderen Verkehrsteilnehmer. Wir sind der Meinung, dass die Auswirkungen der verschiedenen Projekte bereits gross sind. Selbstverständlich kann man nicht alle Projekte gleichzeitig realisieren mit den heutigen personellen Ressourcen. Die einen sind dringender als die anderen und müssen deswegen vorher umgesetzt werden. Selbstverständlich lässt sich über die Dringlichkeit der Projekte, wie man auch an den Anträgen sieht, diskutieren. Für die SVP-Fraktion ist die Planung und die Umsetzung im Takt, das hat uns der Stadtrat aufzeigen können. Für uns ist eine weitere Aufstockung zurzeit deshalb nicht notwendig. Deshalb lehnen wir den Antrag ab.

Ch. Meier (SP): Die Projekte, die in den Agglomerationsprogrammen sind, haben übergeordnete Bedeutung und sind von übergeordnetem Interesse und sie werden weitgehend vom Bund finanziert. Die Stadt muss aber diese Projekte planen und umsetzen und zu einem Teil

auch mitfinanzieren, sonst gehen diese Agglogelder flöten. Mit der zusätzlichen Planungsstelle sollen Projekte aus diesen Agglomerationsprogrammen für die Stärkung des Langsamverkehrs angegangen werden. Es fehlen in der Verkehrsplanung zurzeit personelle Ressourcen. Die knappen Ressourcen, die vorhanden sind, werden im Moment vorrangig für ÖV und MIV eingesetzt, das reicht aber nicht für eine zukunftsorientierte Verkehrspolitik. Wenn wir wollen, dass der Modalsplit sich zu Gunsten des Langsamverkehrs verschiebt, dann müssen wir den Langsamverkehr attraktiv machen und die entsprechenden Projekte auch realisieren. Dafür braucht es die nötigen Ressourcen und deshalb wird die SP diesem Antrag zustimmen.

M. Nater (GLP/PP): Die mangelnden personellen Ressourcen in der Verkehrsplanung sind schon seit Jahren bekannt. Auf das Budgetpostulat der FDP, CVP und GLP kam 2015 die Antwort, dass die Ressourcen knapp sind. Bisher wurden noch keine Massnahmen ergriffen, um das zu ändern. Die Aussagen aus dem Amt sind immer noch dieselben: Wir haben knappe Ressourcen. Und wenn man im Rat hört, dass Josef Lisibach in seinem Amt 25% der Stellen nicht mehr hat – oder wie war diese Aussage? – wenn er 25% des Aufwandes reduziert hat, dann muss man sich fragen, wo das passiert ist. Dort ist wirklich die Frage, ob man dann noch das Geld hat, um solche Massnahmen auch entsprechend umzusetzen. Von daher sind wir von der GLP wirklich auch der Ansicht, dass eine solche Stelle für den Langsamverkehr sinnvoll sein könnte, damit man auch dem Anliegen des Langsamverkehrs mehr Gewicht gibt. Welche Argumente sprechen noch zusätzlich dafür? Winterthur hat genügend Veloprojekte, die geplant und umgesetzt werden müssten. Viele dieser Projekte sind A-Projekte und können grösstenteils über den Bund finanziert werden. Bei einer guten Infrastruktur steigen noch mehr Personen auf das Velo um. Das politische Zeichen, dass eventuell eine Mehrheit im Grossen Gemeinderat mehr Einsatz der Stadt für den Veloverkehr möchte, ist ein starkes Zeichen und sollte auch gehört werden.

Wir von der GLP sind für die neue Stelle und sehen das als Auftrag und Chance für den Stadtrat, den Fokus verstärkt auf den Langsamverkehr zu legen.

F. Helg (FDP): Es gibt tatsächlich eine gemeinsame Schnittmenge zwischen der Ansicht von Reto Diener und unserer Ansicht, nämlich dass mehrheitsfähige Projekte so voranzutreiben sind, dass die Gelder aus dem Agglofonds tatsächlich abgeholt werden. Aber – es gibt auch ein aber – Steuerungsmittel, die verbindlicherweise den Einsatz der gesprochenen Mittel lenken könnten, sind momentan nicht vorhanden. Also konkret: Wie viele Projekte man vorantreibt, welcher Art diese Projekte sind (für MIV, für ÖV oder für Langsamverkehr). Wir haben das von unserer Seite her schon früher thematisiert (mein Vorredner erwähnte verdankenswerterweise einen Vorstoss): Wir reichten die schriftliche Anfrage 2014/60, bei der wir uns nach dem Stand der Dinge bei den Agglomerationsprojekten erkundigten. Als schriftliche Antwort formulierten wir dann das Budgetpostulat 2015/11 betreffend Priorisierung von Verkehrsinfrastrukturvorhaben. Wir forderten dort konkret, dass der Stadtrat prüfen sollte, welche Steuerungsinstrumente für die Priorisierung solcher Vorhaben im Rahmen von Agglomerationsprogrammen geschaffen werden könnten. Dieses Anliegen war damals nicht mehrheitsfähig und wir haben nach wie vor keine entsprechenden Steuerungselemente. Immerhin: Wir haben jedes Jahr ein Monitoring, bei dem uns erklärt wird, wie der Stand der Dinge ist. Der Antrag der Grünen wurde auch sehr kurzfristig gestellt, wir konnten ihn in der Kommission nicht mehr anschauen und beraten. Er ist auch nicht eingebettet in einen solchen Steuerungsmechanismus, wie ich das vorhin erwähnt habe. Es ist auch nicht auszuschliessen, dass es gewisse Doppelspurigkeiten gibt. Ich sehe in der schriftlichen Verfassung des Antrages, dass es auch um die Parkierungsmöglichkeiten von Velostationen geht. Da wäre auch noch genauer zu prüfen, ob das tatsächlich über den Personalaufwand in der Erfolgsrechnung abgewickelt wird und nicht über Projektkosten in der Investitionsrechnung. Deshalb können wir zum jetzigen Zeitpunkt diesem Antrag nicht zustimmen.

R. Diener (Grüne/AL): Nur kurz eine Antwort, Felix. Ja natürlich achten wir auch Euer Engagement und ich denke, das wäre an sich auch ein Projekt, das wir gemeinsam vorantreiben könnten. Denn letztendlich sagtest Du, es brauche Steuerungselemente. Natürlich braucht es die, die sind ja dazu da, um auch zu priorisieren, um zu sagen, was man machen soll und in

welcher Reihenfolge man es machen soll. Wir sind der Meinung: Wir haben Steuerung, wir haben nämlich eine Priorisierung von einer ganzen Reihe dieser Projekte durch die Klassierung A in den beiden, v.a. im 2., Agglomerationsprogrammen. Das sagt eigentlich genug aus über die Wichtigkeit dieser Anliegen. Von daher gesehen brauchen wir nicht unbedingt ein Steuerungsinstrument, sondern wir brauchen Mittel, um das auch umsetzen zu können. Ganz einfach.

Stadtrat J. Lisibach: Reto Diener, vorab herzlichen Dank, dass Du so stark kämpfst und mir ein Weihnachtsgeschenk machen möchtest. Leider werde ich es ablehnen müssen. Der Stadtrat hat ein schlüssiges Budget vorgelegt und daran hält er auch fest.

Es ist auch ein Irrtum zu glauben, dass mit Fr. 100'000 ein Flaschenhals aufgelöst werden könnte. Verkehrsprojekte, auch vermeintlich kleine, sind eine komplexe Angelegenheit. Meistens sind mehrere Departemente involviert, mehrere Fachstellen involviert, z.B. Stadtpolizei, Stadtbus, Tiefbauamt, Amt für Städtebau und weitere. Bei überkommunalen Anlagen kommt dann auch noch der Kanton dazu.

Die Ausführungen von Reto Diener unter dem Punkt c) sind auch zu relativieren. Die angesprochene Stelle für die Zentrumserschliessung ist nicht einfach nur für die Zentrumserschliessung verplant. Es ist eine 80%-Stelle für ein ca. 180 Mio.-Projekt, ein 180 Mio.-Riesenprojekt. Und dieses Projekt wird natürlich erst im Lauf der Zeit riesig. Am Anfang hat diese Person absolut Kapazitäten, um auch an anderen Projekten zu arbeiten.

Zum Punkt d), den Du erwähnst: Es stimmt einfach nicht, dass der Veloanteil nicht vom Fleck kommt. Der Anteil ist in der Velostadt Winterthur aber einfach bereits sehr hoch. So beträgt der Veloanteil auf Arbeitswegen von binnenpendelnden Erwerbstätigen in der Stadt (d.h. sie wohnen und arbeiten da) 41%. Im Vergleich zur Stadt Zürich mit 22% sind das Welten.

Und der Tagesanzeiger vom 4. November 2017 fasste das richtig zusammen: Die Zürcher fahren ÖV und die Winterthurer Velo und Auto. Der vom Grossen Gemeinderat am 18. April 2011 angenommene Gegenvorschlag zur Verkehrsinitiative schreibt vor, dass der Anteil ÖV und Langsamverkehr bis 2025 um mindestens 8 Prozentpunkte gegenüber 2005 zu erhöhen ist. Es ist für mich offensichtlich, dass da die höchste Hebelwirkung bei den Massnahmen beim ÖV liegen, um das Ziel überhaupt erreichen zu können. Es ist überhaupt nicht so, dass wir die von Reto Diener aufgeführten Veloprojekte zögerlich behandeln. So habe ich mich u.a. beim Kanton erfolgreich dafür eingesetzt, dass Winterthur einen Pilotversuch mit einer Veloschnellbahn durchführen kann. Wie ich aber anfangs gesagt habe, sind Verkehrsprojekte, auch vermeintlich kleine, eine komplexe Aufgabe und benötigen einfach entsprechend Zeit für die Projektierung und v.a. für die entsprechenden finanziellen, technischen, rechtlichen und politischen Entscheidungsprozesse.

Reto, nochmals, ich danke Dir für den Antrag für zusätzliches Geld. Ich kann Dir aber auch nicht zusichern, dass wir das Geld nur für Projekte beim Tiefbauamt verwenden würden, die Du gut finden würdest.

Ratspräsident F. Landolt: Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Erhöhung des Globalkredites um Fr. 100'000 für fehlende personelle Ressourcen im Bereich Verkehrsplanung und Verkehrswege genehmigen will, soll das bezeugen durch Handerheben. Auszählen bitte. Wer das ablehnt, ebenfalls.

Damit haben Sie die Erhöhung des Globalkredites mit 31:26 Stimmen genehmigt.

In der Produktegruppe Tiefbau haben wir noch weitere Anträge zu Verpflichtungskrediten.

F. Helg (FDP): Als Kommissionsreferent zwei Anträge, bei denen es um formelle Bereinigungen geht.

Der 1. Antrag betrifft den Gewässerschutzbau im Tobelbächli, die Streichung von Fr. 20'000 für die Projektierung. Wie uns in der Kommission versichert wurde, sind diese Gewässerschutzbauten abgeschlossen und deshalb ist es nicht einleuchtend, dass man nochmals einen Projektierungskredit beantragt. Gemäss Departement Bau fallen dann auch keine weiteren Kosten an, es geht also bei diesem Antrag um eine formelle Bereinigung im Budget.

Beim 2. Antrag geht es um die Neugestaltung Knoten Wieshof-/Wässerwiesenstrasse. Die Kommission beantragt die Anpassung der Signatur, und zwar von einem Gebundenheitszei-

chen in Form eines § die Umwandlung in ein #-Zeichen, so dass es eine Weisung gibt, in der aufgeschlüsselt ist, was gebunden und was nicht gebunden ist. Die Neugestaltung eines Verkehrsknoten erfüllt im Regelfall die Voraussetzungen nicht, um die Kosten vollumfänglich als gebunden zu erklären. Das soll da entsprechend revidiert werden.

An dieser Stelle ist festzuhalten, dass die Verwendung der Signaturen nach wie vor problembehaftet ist (notabene departementsunabhängig). Es ist aber keine formelle Kleinigkeit, wenn da ein §-Zeichen statt ein #-Zeichen steht, sondern es geht doch auch um zentrale Fragen, welche Entscheidungskompetenz schliesslich dem Gemeinderat schliesslich zukommt oder eben nicht. In dieser Hinsicht ist der Budgetierungsprozess nach wie vor verbesserungsbedürftig.

Die Finanzvorsteherin sagte im Eingangsreferat, das Budget sei wie eine DNA, die DNA der Stadt. Aber wir wissen, wenn es in der DNA auch nur einen kleinen Fehler hat, gibt es trotzdem auch grosse Folgen.

Stadtrat J. Lisibach: Der Stadtrat würde sich beiden Anträgen formell anschliessen.

Ratspräsident F. Landolt: Dann haben Sie im Projekt 502011 die Fr. 20'000 im Tobelbächli gestrichen und im Projekt 501012 das Zeichen von gebundener Ausgabe zu einer noch nicht bewilligten Ausgabe verändert.

Es gibt noch zwei weitere Kürzungsanträge, Felix Helg bitte.

F. Helg (FDP): Jetzt stelle ich als Parteivertreter der FDP den Antrag, dass man bei der Parkraumplanung Fr. 300'000 streicht. Einerseits Fr. 150'000 im ersten Budget-Antrag und Fr. 150'000 zusätzlich im Novemberbrief.

Bei der Parkraumplanung geht es um den öffentlich zugänglichen Raum. Erste Eckpunkte dieser Parkraumplanung sind uns in diesem Jahr bereits vorgestellt worden. So soll die blaue Zone flächendeckend eingeführt werden. Auch die Bewirtschaftung der Parkplätze im öffentlichen Raum, insbesondere die Gestaltung des Tarifs, ist ein Diskussionspunkt.

Bekanntlich liegt jetzt aber auch der Entwurf für eine Parkplatzverordnung auf, die Auflage ist jetzt am Laufen. Da geht es um den privat zugänglichen Raum.

Es ist aber für uns offenkundig, dass zwischen den beiden Projekten enge Zusammenhänge bestehen. Gibt es z.B. weniger Parkplätze im öffentlichen Raum, braucht es dementsprechend mehr Parkplätze im privat zugänglichen Raum.

Aus diesem Grund sollten die beiden Projekte nicht parallel weiterverfolgt werden. Vielmehr sollte zuerst der Fortgang der politischen Auseinandersetzung um die Parkplatzverordnung abgewartet werden.

Die Mitwirkung des Grossen Gemeinderates für eine Parkraumplanung, wie sie jetzt da beantragt ist, ist nach der Freigabe des Kredits nur noch punktuell und erst zu einem späteren Zeitpunkt möglich, nämlich dann, wenn das Gebührenregime für Parkplätze auf dem öffentlichen Raum angepasst werden muss.

Hinzu kommt, dass aus unserer Sicht verschiedene Punkte sehr kritisch beurteilt werden müssen, so namentlich die geplante flächendeckende Einführung der blauen Zone und der Umfang der Bewirtschaftungspflicht für Parkplätze.

Und als letztes: Fr. 300'000 allein für die Projektierung ist recht hoch, das entspricht etwa zwei Mann- oder Frau arbeitsjahre.

Z. Dähler (CVP/EDU): Wir von der CVP/EDU-Fraktion unterstützen den Streichungsantrag der FDP. Das Thema flächendeckende blaue Zone ist aus unserer Sicht ein heisses Eisen, darüber muss zwingend eine politische Debatte geführt werden, bevor man in der Verwaltung mit der Planung beginnt.

Auch wir wollen, dass zuerst die neue Parkplatzverordnung und dann auch die Verordnung für das Parkieren auf dem öffentlichen Grund oder für das nächtliche Dauerparkieren auf dem öffentlichen Grund bereinigt, besprochen und abgeschlossen werden, bevor man dann in einem nächsten Schritt schauen kann, wie es mit einer flächendeckenden blauen Zone weitergehen soll, so dass man schlussendlich dann ein Gesamtparkkonzept hat für die Stadt Winterthur.

B. Zäch (SP): Felix Helg hat festgehalten, zu Recht, dass die beiden Themen Parkplatzverordnung und Parkraumplanung zusammenhängen. Da haben wir eine gemeinsame Schnittmenge – aber damit ist das dann auch schon fertig. Denn das ist nur die halbe Wahrheit, wenn man es genauer anschaut. Er sagte, dass man die beiden Prozesse abkoppeln soll, zuerst die Parkplatzverordnung machen soll und danach die Parkraumplanung, dass man warten soll, bis die Parkplatzverordnung bereit sei. Da sind wir anderer Meinung. Die beiden Projekte hängen zusammen und sie müssen parallel vorangetrieben werden, denn sonst werden wir die Situation haben, dass die Parkplatzverordnung da ist und die Parkraumplanung noch gar nicht richtig begonnen hat. Das ist das erste Problem, das wir mit diesem Antrag haben.

Das zweite Problem hat Felix Helg auch angetönt: Die FDP hat ein Problem mit der blauen Parkplatzzone. Sie möchte das aber nicht politisch diskutieren, sondern schiebt es quasi via Budget weiter nach hinten. Das finden wir nicht richtig.

Zeno Dähler hat es ein bisschen anders gesagt, er sagte, zuerst müsse das Konzept vorliegen, dann müsse man quasi aufgrund des Konzeptes eine politische Diskussion führen und dann... Das läuft auch darauf heraus, dass man den ganzen Prozess relativ weit nach hinten schiebt.

Und da kommt ein dritter Punkt, mit dem wir ein Problem haben: Wir warten in Winterthur schon viel zu lange auf Lösungen für das Parkplatzproblem. Ich muss das da nicht wiederholen. Der Antrag läuft eigentlich darauf hinaus, dass man einen Teilaspekt nochmals auf 2019 oder weiter hinausschiebt. Man muss diese Projekte miteinander planerisch entwickeln. Bei der Parkplatzverordnung liegt ein Entwurf vor, dieser wird voraussichtlich zu einer längeren politischen Diskussion führen. Parallel muss die Planung für den Parkraum im öffentlichen Bereich vorangetrieben werden. Dann muss man das auch auf politischer Ebene diskutieren können.

Die SP-Fraktion lehnt den Antrag ab.

R. Diener (Grüne/AL): Nur kurz von meiner Seite: Die Grünen/AL lehnen den Antrag natürlich auch ab, das könnt Ihr Euch ja vorstellen. Ich wiederhole mich da: Auch da sind es Bereiche, die lange in der Schublade lagen und die man eigentlich schon lange in diesem Rat auch diskutiert hat, wo man auch schon mit Vorstössen gefordert hat und immer wieder angeeckt ist.

Es geht ganz richtig um die Parkraumplanung und um die flächendeckenden blauen Zonen, also um eine Entlastung der Quartiere vom Pendlerverkehr. Das ist eine ganz wichtige Sache, eben genau für die Winterthurer und Winterthurerinnen, damit sie ihre Plätze vor dem Haus, dort wo keine eigenen Garagenplätze existieren, für ihre Fahrzeuge haben. Wir wollen nicht, dass Pendler gratis in diesen Quartieren parkieren können, wir brauchen eine flächendeckende Parkierungsregelung mit Bewirtschaftung, sei das über blaue Zone oder über andere Methoden. Deshalb finden wir es richtig, dass man jetzt die Planungsressourcen hat und auch nutzt, für den Antrag des Stadtrates, der sagt, man muss das jetzt vorantreiben. Man hat den Auftrag, das stadtweit zu lösen. Deshalb möchte ich dringend beliebt machen, den Antrag der FDP abzulehnen.

M. Bänninger (EVP/BDP): Wir von der EVP sind gespannt auf die Weisung zur Parkraumplanung und wollen nicht gleich von Anfang an die Idee des Stadtrates im Keim ersticken, indem wir das Budget kürzen. Gerne diskutieren wir im Rahmen der Weisung über sinnvolle und weniger sinnvolle Ansätze. Dass wir etwas machen müssen, um die Quartiere vor Parkplatztouristen zu schützen, ist für uns klar. Wir lehnen den Kürzungsantrag ab.

M. Nater (GLP/PP): Einem Teil der Begründung der FDP, dass die Fr. 300'000 für die Planung der blauen Zone ein viel zu hoher Betrag sind, kann etwas abgewonnen werden. Jetzt aber gleich alles zu streichen, ist weit über das Ziel hinausgeschossen. Die Priorisierung der Parkplatzverordnung ist jedoch nicht nachvollziehbar. Bekanntlich wird mit der neuen Parkplatzverordnung eine Grundlage geschaffen, wie viele Parkplätze ein einzelnes neues Gebäude erhalten soll oder kann. Es kann nicht sein, dass die Sicht auf ein einzelnes Gebäude

eine Gesamtparkraumplanung verunmöglicht. Gerade bei den Parkplätzen sollte man aus Sicht Stadt vom Grossen zum Kleinen planen, und nicht umgekehrt.

Winterthur kann einmalig Fr. 2.50 pro Einwohner für die Klärung der blauen Parkfelder ausgeben, dann haben wir Klarheit darüber, wie die blaue Zone in der ganzen Stadt einheitlich geregelt werden könnte. Die GLP erwartet jedoch auch klar, dass nach der Planung bekannt ist, wie viele Parkplätze in der blauen Zone in Winterthur vorhanden sind bzw. geschaffen werden. Das Geld soll nicht für eine Parkraumschätzung, sondern für eine Parkraumplanung ausgegeben werden. Wir von der GLP sind dafür, dass die Stadt die Parksituation in Winterthur besser in Griff bekommt und deshalb die Parkraumplanung als Grundlage für nächste messbare Schritte umsetzt.

Von daher werden wir von der GLP den Kürzungsantrag der FDP nicht unterstützen.

H.-R. Hofer (SVP): Wir unterstützen den Antrag des Stadtrates. Uns scheint das eine zielführende Strategie zu sein. Nur wenn wir keine weisse Zone mehr haben, können wir verhindern, dass diese jeden Tag mit ausserkantonalen Fahrzeugen zuparkiert werden (von Parkplatztouristen, wie vorher gesagt wurde), wie man das jeden Tag auch in Wülflingen beobachten kann. Als willkommene Nebenerscheinung würden dann auch jeden Tag weniger Autos in die Stadt hineinfahren. Mit flächendeckender blauen Zone sind diese Parkplätze für Winterthurer reserviert oder für Personen, die hier einkaufen kommen und damit auch einen Mehrwert schaffen. Auswärtige oder ausserkantonale Pendler sollen Park&ride-Anlagen an der Peripherie benutzen, wenn sie auf den ÖV wechseln.

Wir lehnen den Kürzungsantrag der FDP ab.

M. Wackerlin (GLP/PP): Ich lehne das Parkplatzkonzept des Stadtrates ab. Flächendeckende blaue Zonen sind Unsinn. Gerade irgendwo in den Quartieren draussen, dort kommt niemand parkieren, um danach in die Stadt hineinzufahren, wenn er dann noch 5 Minuten zum nächsten Bahnhof gehen muss. Ich sehe das z.B. bei uns draussen. Wir haben überhaupt keine Parkplatzmarkierungen, gar keine Bewirtschaftung – und das ist gut so. Es stehen da keine ausserkantonalen Autos herum, dafür hat z.B. die Verwandtschaft, die am Samstag auf Besuch kommt, einen Parkplatz auf der Strasse und steht nicht nach 1.5 Stunden illegal dort. Das ist auch ein Problem für die Leute, die dort wohnen: Manchmal hat man einen Grund, um irgendwo länger zu stehen. Und die blöde Bewirtschaftung verhindert nachher ein legitimes legales Parkieren. Es geht nicht um die Pendler, sondern es geht um Gäste oder um einen Anlass, der länger dauert als 1.5 h. Das reicht nicht für die blaue Zone und sonst gibt es gar keine Möglichkeiten mehr. Es wird wirklich immer blöder. Z.B. beim Konservatorium an der Tössertobelstrasse, dort hat es zwar vereinzelt weisse Parkplätze. Aber wenn ein Konzertmarathon ist, sind diese sofort besetzt, und dann bleiben nur noch die blauen. Das heisst dann, dass man mitten im Konzert herausmuss zum Umparkieren, und wenn man nur um wenig umparkiert, passt es der Polizei auch nicht. Legal parkieren in Winterthur ist an gewissen Stellen wirklich langsam zu einem Problem geworden.

Deshalb bin ich für den Antrag der FDP und ich bitte doch den Stadtrat, da nochmals über die Bücher zu gehen.

Stadtrat J. Lisibach: Der Stadtrat hat 2017 das Konzept Parkraumplanung verabschiedet und die flächendeckende Einführung der blauen Zone in Wohnquartieren festgelegt. Das wurde auch öffentlich kommuniziert. Es geht nun darum, diese Anliegen in den nächsten Jahren (ja, möglicherweise zwei Mann-/Fraujahre) umzusetzen, und dafür ist der beantragte Kredit vorgesehen. Und ja, das ist eine Schätzung in der Höhe, selbstverständlich. Der Stadtrat hat ja bekanntlich, das wurde mehrfach erwähnt, die Parkplatzverordnung 2017 auf den Weg geschickt. Zurzeit läuft die öffentliche Vernehmlassung und gleichzeitig die Vorprüfung durch den Kanton. Die Parkplatzverordnung 2017 ist so schön dünn und übersichtlich, weil es genau zwei Verkehrsthemen gibt, die nicht mehr dort drin behandelt werden: Das sind einerseits die stark verkehrserzeugenden Nutzungen, die seit dem 5. August 2016 in der Bau- und Zonenordnung in Kraft sind. Somit sind diese SVN nur noch an Lagen mit sehr guter Erschliessung für den motorisierten Individualverkehr möglich. Bei der Parkplatzverordnung 2017 geht es um die privaten Parkplätze im Rahmen des Baubewilligungsverfahren. Im Unterschied

liegt beim Konzept Parkraumplanung und -bewirtschaftung der Fokus auf den öffentlich zugänglichen Parkplätzen. Das Konzept Parkraumplanung und -bewirtschaftung basiert auf dem städtischen Gesamtverkehrskonzept, dem Aggloprogramm Winterthur und Umgebung, dem Massnahmenplan Luftreinhaltung und dem vom Grossen Gemeinderat beschlossenen Gegenvorschlag zur kommunalen Volksinitiative «zur Förderung der ÖV, Fuss- und Veloverkehr in der Stadt Winterthur».

Ein Kernziel dieses Konzeptes ist, dass öffentliche Parkplätze in Wohnquartieren v.a. von Anwohnenden und in den Zentren v.a. von Besuchern genutzt werden sollen und nicht von Pendlerinnen und Pendlern. Das Konzept, das in den nächsten Jahren Schritt für Schritt vom Departement Sicherheit und Umwelt und dem Departement Bau umgesetzt wird, wird wesentlich dazu beitragen, dass der Verkehr bewältigt werden kann und die Parkplatzverordnung 2017 wirkungsvoll ergänzt wird.

Zum Zählen der Parkplätze, meine Damen und Herren: Dort, wo es sinnvoll ist, wissen wir haargenau, wie viele Parkplätze. In der Altstadt sogar jeder Zentimeter Parkplatz, um die Altstadt herum ca. 2 x gezählt, Neuhegi/Grüze auch gezählt. Wie man Parkplätze zählt, wo sie nicht markiert sind – da weiss ich nicht genau, was man zählen soll und es ist wenig sinnvoll. Ich danke.

Ratspräsident F. Landolt: Wir kommen zur Abstimmung. Es ist ein Kürzungsantrag im Konto 11516 Parkraumplanung, flächendeckend blaue Zone über Fr. 300'000 im Raum.

Wer die Kürzung genehmigen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben.

Wer die Kürzung ablehnt, ebenfalls.

Sie haben dieser Kürzung mit grosser Mehrheit nicht zugestimmt.

Damit sind die Anträge im Departement Bau besprochen und Sie haben das Budget 2018 vom Departement Bau, Produktgruppen Tiefbau, Entsorgung, Vermessung, Baupolizei und Städtebau, genehmigt.

Dept. Sicherheit und Umwelt

Ratspräsident F. Landolt: Im Departement Sicherheit und Umwelt gibt es keinen einzigen Antrag. Somit haben Sie das Budget 2018 von Stadtrichteramt, Stadtpolizei, betrieb Parkhäuser und Parkplätze, Lebensmittelinspektorat, Melde- und Zivilstandswesen, Schutz und Intervention Winterthur, Umwelt- und Gesundheitsschutz genehmigt.

Wir kommen zum Departement Volksschule.

Dept. Schule und Sport

Ratspräsident F. Landolt: Es gibt einen Antrag für eine Erhöhung des Globalkredites und einen weiteren Antrag zur Senkung des Globalkredites. Ich erteile das Wort Gabi Stritt für die Begründung zur Erhöhung des Globalkredites. Wir werden nachher über den Erhöhungsantrag gegenüber dem Senkungsantrag abstimmen lassen und danach den obsiegenden Antrag gegenüber dem Stadtratsantrag.

G. Stritt (SP): Wir stellen den Antrag um Erhöhung der 46.7 Stellen beim DAZ auf 50 Stellen im Produkt 1 und 2, was Fr. 481'800 entspricht. Die Sprachstandserfassung, die im Jahr 2017 erstmals durchgeführt wurde, ergab, dass ein Bedarf von 505 Jahreslektionen, was 53.75 Stellen entspricht, ausgewiesen sind. Anstelle dieser 53.75 Stellen sind im Budget allerdings nur diese 46.7 Stellen ausgewiesen. Das, obwohl auch die Zentralschulpflege in einem Protokoll erwähnt hat, dass sie das im Novemberbrief ausweisen und für das Jahr 2018 nachträglich budgetieren würden.

DAZ ist ein sehr wichtiger Beitrag, ein wichtiges Element in der Integration, damit der Bildungsauftrag überhaupt erfüllt werden kann. Die deutsche Sprache ist die Grundlage, damit Kinder dem Regelunterricht folgen können. Je früher sie diese Sprache erlernen, umso einfacher können die Kinder an dem Unterricht überhaupt aktiv teilnehmen, nachhaltig davon profi-

tieren und sind auch in der Schulgruppe integriert. Wird beim DAZ gespart, führt das zwangsläufig dazu, dass fremdsprachige Kinder schulische Defizite entwickeln und nicht zuletzt besteht auch das Risiko, dass sich genau bei diesen Kindern irgendwann soziale Auffälligkeiten bemerkbar machen und teure Sonderschulmassnahmen notwendig werden.

Ungenügende Ressourcen beim DAZ müssen aber auch deutschsprachige Kinder mittragen. Auch sie sind betroffen, wenn es in einer Klasse eine Anzahl von Kindern hat, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind und sich das dann auf den Schulunterricht auswirkt. Von den gemäss Sprachstandserhebung ausgewiesenen 4'364 fremdsprachigen Kindern im Jahr 2017 haben knapp 70% im Bereich Deutsch einen Förderbedarf, das sind doch immerhin fast 3'000 Schülerinnen und Schüler. Das zeigt, dass es sich um eine grosse Zahl von Kindern handelt und nicht nur um ein paar einzelne. Deshalb empfehlen wir die Erhöhung dieser DAZ-Ressourcen auf zunächst 50 Stellen für 2018. Das Ziel soll dann aber sein, dass in den nächsten Budgets jeweils gemäss der hoffentlich jetzt jährlich stattfindenden Sprachstandserfassung dann die effektiv ausgewiesenen Stellenressourcen beantragt werden.

Ratspräsident F. Landolt: Ich bitte Marcel Trieb um die Begründung für die Senkung des Globalkredites.

M. Trieb (SVP): Die SVP-Fraktion beantragt die Kürzung des Globalkredits Volksschule um Fr. 832'000, sprich 5.7 Stellen DAZ-Lehrpersonen. Wir sehen nicht, weshalb da eine Stellen-erhöhung erfolgen soll. In der kantonalen „Verordnung über die sonderpädagogischen Massnahmen“ steht, dass man um einen Faktor Wochenlektionen komprimieren kann. Wenn dazu die Klassengrössen erhöht werden auf 10er- oder 12er-Klassen, ergibt sich eine moderate Erhöhung der Stellen. Die moderate Erhöhung wäre in Prozentsatz vom Schülerzuwachs pro Jahr bei ca. 2.7%.

Deshalb ist für uns eine Erhöhung der Stellen von im Budget 2017 39.9 auf 41 Stellen genügend. Aus diesem Grund stellen wir den Antrag, das Budget 2018 von 46.7 Stellen auf 41 Stellen zu senken.

Ratspräsident F. Landolt: Es gibt einen Kürzungsantrag und einen Erhöhungsantrag. Die Wortmeldungen sind offen.

K. Gander (Grüne/AL): Ich möchte gerne zuerst etwas zum Erhöhungsantrag sagen, den wir auch mit der SP zusammen formuliert haben. Wie Ihr alle wisst und Gabi Stritt auch schon ausgeführt hat, hat die Verordnung geändert und viel mehr Kinder haben nun Anspruch auf DAZ-Stunden. Das berücksichtigt der Stadtrat auch in seinem Budget, jedoch aus unserer Sicht zu zurückhaltend. Gerne möchte ich an dieser Stelle darauf hinweisen, dass auch wir mit unserem Antrag nicht das Maximum fordern, das die Erhebung zeigte, aber doch eine Erhöhung, denn schon seit längerem gibt es (das kam mir auch immer wieder zu Ohren) eine unbefriedigende Situation für die Kinder, für die Eltern und auch die Lehrpersonen. Diese Erhöhung soll die Situation beruhigen und stabilisieren. Die knappen Ressourcen, die es jetzt hat, bedeuten nicht nur Abstriche im Unterricht und in der Zusammenarbeit mit den Lehrpersonen (es sind ja immer mehrere Lehrpersonen beteiligt), sondern auch im Austausch mit den Eltern. Auch wenn ich es in der Kommission schon gesagt habe und da auch schon einige Male fast Mantra-mässig predige, mache ich es doch nochmals: Die Diskussion über die DAZ-Stunden ist keine ideologische Diskussion, sondern es gibt x Studien und Untersuchungen (und die sind auch nicht alle von Linken), die diese Aussagen einfach untermauern. Wer die Sprache des Landes, in dem er lebt, nicht kann, der ist einfach nicht gleichberechtigt und kann nicht im gleichen Ausmass am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Deshalb ist ein haushälterischer Umgang mit DAZ-Stunden meines Erachtens eine falsche Sparmassnahme, denn dank genügend DAZ-Stunden können die Kinder dem Unterricht folgen und sich auch qualifizieren, dass sie schlussendlich auch irgendwie ein eigenständiges Leben führen können. Zu wenige oder zu knappe Ressourcen führen dazu, dass im Unterricht auch Kinder, die die Muttersprache Deutsch haben, Veränderungen erfahren. Und das liegt wahrscheinlich auch nicht im Interesse derjenigen, die jetzt bei den DAZ-Stunden sparen wollen. In dem Sinn

danke ich für eine wohlwollende Unterstützung für diese moderate Erhöhung des Globalkredits.

Den Kürzungsantrag unterstützen wir wegen den eben gemachten Ausführungen selbstverständlich nicht.

A. Geering (CVP/EDU): Wir haben zwei Anträge zum DAZ, zum einen eine Senkung, zum anderen eine Erhöhung. Es wurde schon vieles gesagt. Gute Deutschkompetenzen in Wort und Schrift sind für Schüler und Schülerinnen mit Migrationshintergrund ohne Zweifel wichtig für eine erfolgreiche Schulzeit und einen erfolgreichen Start in das Erwachsenenleben. Neu ist z.B., dass der Zugang zum DAZ nicht mehr auf drei Jahre beschränkt ist, sondern wenn es von der Sprachkompetenz der Schüler oder Schülerinnen her nötig ist, kann DAZ nun auch länger als 3 Jahre unterrichtet werden. Dies ist ein Grund, weshalb der Stadtrat mehr DAZ-Lehrstellen beantragt, denke ich, der Stadtrat trägt dem damit Rechnung.

Auf der anderen Seite ist es aber schon auch so, dass wenn man Klassen vergrössert, um mehr Kinder in den Genuss von DAZ-Unterricht zu bringen, dass das eigentlich kontraproduktiv sein kann. Es ist so, dass man zum Erwerb einer Fremdsprache möglichst viel üben, reden, schreiben und korrigiert werden braucht, eben nicht nur mit dem Banknachbarn üben, sondern auch von der Lehrperson korrigiert werden. Es ist von daher nicht sinnvoll, die Klassengrössen zu vergrössern. Es ist auch nicht praktikabel in allen Settings, wenn man ein Schulhaus hat mit z.B. zwei 2. Klassen. Dann hat man dort einen gewissen Anteil von Schülern und kann nicht einfach sagen, man macht dort eine 10-Schüler-Klasse, wenn 3 davon in einem anderen Schulhaus wären.

In dem Sinn lehnen wir beide Anträge ab. Wir denken, dass der Stadtrat mit der beantragten Erhöhung dem zusätzlichen Bedarf Rechnung trägt. Wir werden der Erhöhung der linken Seite nicht zustimmen, wir werden aber auch der Senkung der rechten Seite nicht zustimmen, die sich sicher kontraproduktiv auswirken würde.

Y. Gruber (EVP/BDP): Im Moment werden in Winterthur weniger Ressourcen im Fach Deutsch als Zweitsprache eingesetzt als vom Kanton verlangt. Eigentlich sollten alle anspruchsberechtigten Kinder die nötigen Lektionen erhalten. Das ist zurzeit aber nicht gewährleistet und das ist besorgniserregend und umgehend zu ändern, denn der Deutschunterricht, das DAZ, ist für die vielen Kinder ohne deutsche Muttersprache grundlegend für ihren Erfolg in der Schulkarriere und erfolgreiche Integration. Dass die Lektionen nicht mehr auf 3 Jahre beschränkt sind, sondern weitergeführt werden, bis das Kind ein entsprechendes Niveau erreicht hat, führt zum Anstieg der benötigten Lehrkräfte. Die EVP/BDP-Fraktion stimmt deshalb dem Antrag der SP ganz klar zu, ganz im Sinne, wie das Lilian Banholzer schon an der letzten Ratssitzung in einer Fraktionserklärung erwähnt hat.

Deshalb lehnen wir natürlich den Kürzungsantrag ab.

M. Zehnder (GLP/PP): Wir unterstützen beide Anträge nicht, die da gestellt worden sind. Wir durften einerseits hier drinnen einmal vernehmen, dass alle, die Anspruch haben auf eine solche Zusatzleistung wie DAZ, diese auch erhalten. Das ist gesetzlich verankert und es ist in der Stadt Winterthur auch so, dass diese Mindestleistung erbracht wird. Wir haben den Antrag zur Erhöhung der zusätzlichen DAZ-Stellen. Dazu möchte ich sagen, dass nach dieser neuen Sprachstandserfassung anscheinend noch mehr Stellen gebraucht werden als der Stadtrat schon beantragt hat. Deshalb kommt jetzt die SP und möchte nun alle diese Stellen da in dem Budget drin haben, aber es ist eine neue Sprachstandserfassung und es kann durchaus sein, dass man ein bisschen über das Ziel hinausschiesst, wenn man gleich alles macht, was in dieser Erfassung drin ist. Wir können uns vorstellen, dass es ein Justieren braucht und dass diese Sprachstandserfassung vielleicht auch noch ein bisschen korrigiert werden darf.

Weiter haben wir den Lehrplan 21, der jetzt eingeführt wird. Dort ist es so, dass in der 2. Klasse ja eine zusätzliche Deutschlektion gegeben wird, was ja auch dazu führt, dass der eine oder andere ein bisschen weniger DAZ braucht, weil er ja in der Schule schon mehr Deutsch hat. Und, was auch noch ist mit dem Lehrplan 21, ist dass die Englischlektionen nicht mehr in der 2. Klasse beginnen, sondern erst in der 3. Klasse, was ja auch wieder dazu

führt, dass für Deutsch ein bisschen mehr Zeit da ist und zusätzlich bei den Kindern, bei denen eine Fremdsprache zu Verwirrung führt, diese Verwirrung nun ein bisschen hinausgeschoben wird – und bis dann können sie wahrscheinlich auch Deutsch.

Zum Thema, dass es unfair ist, wenn man den Kindern nicht genug Deutsch mitgibt, weil die dann gar keine Chance mehr haben im Berufsleben: Da möchte ich ganz kurz auf das Buch mit den Indikatoren verweisen. Auf p. 189 haben wir einen Indikator, der zeigt, wie gut die Schüler in der 5. Klasse Deutsch können. Das wird dort verglichen mit einer Kontrollgruppe. Wenn man gleich gut ist wie die Kontrollgruppe bzw. wie ungefähr der Durchschnitt, dann kommt man da auf 100%. Aber unsere Winterthurer Schüler haben 104%, die sind überdurchschnittlich gut im Deutsch in der 5. Klasse. Folglich bin ich nicht ganz sicher, ob es wirklich dermassen notwendig ist, dass man da noch mehr DAZ-Stellen bewilligt.

Im Übrigen: Auf p. 189 zum Thema Mathematik: Dort haben wir auch das Zeichen, dass sie unterdurchschnittlich begabt sind in Mathematik. Vielleicht müsste man statt Deutsch als Zweitsprache Algebra und Mathematik als Zusatzfach irgendwie fördern. Aber das steht ja jetzt nicht zur Debatte, wir sprechen da ja nur über Deutsch.

Wir unterstützen den stadträtlichen Antrag und lehnen beide Zusatzanträge ab.

Ch. Magnusson (FDP): Das Schöne ist, wenn man einmal ein bisschen später sprechen darf zu einem Thema, dann kann man ganz vielen Vorrednern Recht geben, dann kann man sagen: Martin Zehnder hat schon vorweggenommen, was der Lehrplan 21 bringt, Andreas Geering hat sehr gut zusammengefasst, wieso wir weder für den einen noch für den anderen Antrag sind, Katharina Gander hat erklärt, dass es Veränderungen gibt usw. Das können Sie alles im Protokoll nachlesen.

Ganz spannend finde ich aber, dass die SVP heute Abend einen Antrag stellt, den ursprünglich die GLP gestellt hat, nämlich genau die gleiche Reduktion (ich glaube, sie haben ihn wortwörtlich abgeschrieben oder übernommen), nachdem die GLP nach der ganzen Diskussion in der Kommission (wo man da nichts darüber sagen darf) zum Schluss kam, ihren Antrag besser zurückzuziehen. Da hatte die SVP dann offenbar das Gefühl, sie wollen ihn doch stellen, weil sie da eine Reduktion der Kosten hinbringen wollen - Inhalt offensichtlich nicht gleich wichtig wie das Geld.

Ich muss dazu sagen: Am Anfang war die Überlegung, dass man Fr. 832'000 sparen kann pro Jahr, eigentlich sehr sympathisch. Wir haben das aber in der Fraktion besprochen und mussten doch sagen: Deutsch ist das Rückgrat unserer Schule. Ohne Deutsch bringt alles nichts und ohne ausreichende Deutschkenntnisse schafft man heutzutage ja nicht einmal die Mathematik. Vielleicht auch das ein Grund, Martin, wieso die einen Leistungen in Mathematik dann eben doch nicht so gut sind, denn heutzutage muss man dort ja mehr lesen und verstehen als effektiv rechnen. Wir haben im Budget eine Erhöhung von 13% gegenüber 2017 oder von 1.6 Mio. Mehrkosten für das DAZ, und zwar nur für das DAZ. D.h. wir geben massiv mehr Geld aus - weil wir müssen, die Verordnung hat sich geändert, das ist so - aber auch, weil es uns wichtig ist.

Die FDP ist klar der Meinung, dass es sich lohnt, diese Kosten zu sprechen, und wir unterstützen den Antrag des Stadtrates. Aber so weit, wie das SP/AL möchten mit ihrem Antrag, möchten wir doch nicht gehen, denn letzten Endes ist es auch da eine Frage von eingesetzten Mitteln und erreichtem Resultat, die irgendwie in einer Balance liegen müssen. Ich denke, mit den zusätzlichen Lektionen, die wir da sprechen, werden wir schon Schwierigkeiten haben, überhaupt das geeignete oder das qualifizierte Personal zu finden, um so viele Mehrlektionen auch zu unterrichten. Das ist auch nicht wegzureden, dass man dann noch Lehrpersonal finden muss, das diese DAZ-Lektionen unterrichten darf, kann und will. Insofern ist der Antrag des Stadtrates ein durchaus passabler Weg und im Gesamtrahmen der Kosten, die wir in der Schule haben, halt eine Kröte, die man schlucken muss, oder eine Investition in die Integration, in die Chancengleichheit und die Förderung von fremdsprachigen Jugendlichen. Was ich aber noch erwähnen möchte: Wir sprechen über 46.7 Lektionen Deutsch als Zweitsprache, wir sprechen über 45 Lektionen integrative Förderung, über weitere 31.7 Lektionen für Therapien und wir reden gerade einmal über 1.9 Lektionen Begabtenförderung. Und das, meine Damen und Herren, das ist eigentlich der Skandal, über den wir diskutieren müssten. Unser Schulsystem fokussiert nur auf die Schwächsten und gibt Geld aus nur dort, wo man

unterstützen muss und und irgendwie dafür sorgen muss, dass das Niveau der Volksschule gehalten werden kann. Aber für diejenigen, die wirklich hochbegabt sind, die wirklich überdurchschnittliche Leistungen bringen, für die machen wir fast gar nicht. Bzw. die haben natürlich die Lehrpersonen gerne, diese möchten sie in der Klasse haben, die kann man relativ still weiterbeschäftigen. Das ist klar. Sie binden auch nicht gleich Ressourcen, da sie ja sehr oft das gleiche Ziel verfolgen wie die Lehrpersonen. Aber da müssten wir wirklich etwas machen, denn unsere Wirtschaft fordert solche Leute. Unser Gesamtsystem braucht begabte Leute und die soll man fördern. Also da bitte ich auch den Stadtrat, meine Worte in den Hinterkopf zu nehmen und zu schauen, dass wir in Zukunft unsere Stärken stärken können und nicht unsere ganze Schule an ihren Schwächsten messen.

Herzlichen Dank für die Unterstützung des stadträtlichen Antrages. Wie die FDP entscheiden wird, wenn Ihr die beiden Anträge, die wir beide nicht wollen, gegeneinander ausmehrt, weiss ich eigentlich nicht. Ich schlage vor, wir sagen einfach gar nichts und stimmen danach gegen beide.

Stadtrat J. Altwegg: Der Stadtrat hat den Vorteil, dass er ganz am Schluss ist und so eigentlich nur noch auf die vorherigen Redner verweisen kann. Jetzt kann ich nur noch sagen, wem ich Recht gebe, und damit hätte sich mein Votum dann zu so später Stunde wahrscheinlich erschöpft.

Einige Worte müssen trotzdem noch sein. Wir hatten in der letzten Gemeinderatsitzung eine Fraktionserklärung von Gabi Stritt, bei der es um die DAZ-Lektionen ging. Vielleicht nochmals kurz die wichtigsten Facts vom letzten Mal: Der Kanton hat quasi mit einem Federstrich bei uns eine Erhöhung um 20% mehr Stellen erzeugt, also von den rund 40 Stellen auf über 50 Stellen. Das schaffen wir nicht auf die Schnelle. Deshalb haben wir uns für ein moderates Wachstum entschieden. Es wurde auch gesagt: Es ist die allererste Sprachstandserfassung, was weitere Erfassungen bringen, werden wir dann noch sehen, ob das dann wirklich diese Steigerung bringen wird.

Die Klassen haben vom Kanton her eine bestimmte Grösse. Da geht es um Qualität, ab einer gewissen Grösse ist einfach die Qualität des Deutschunterrichts nicht mehr gegeben. Deshalb kann man nicht einfach die Anzahl Kinder pro Klasse erhöhen.

Ich wiederhole es da gerne auch nochmals: Grundsätzlich bekommt jedes Kind, das Anspruch hat auf Deutsch als Zweitsprache, diesen Unterricht. Das ist insofern ein Hinweis: Wenn im nächsten Jahr wider Erwarten ganz viele Zuzüge erfolgen sollten von Leuten, die Deutsch als Zweitsprache haben, dann bekommen die diesen Unterricht und das würde dann gebundene Ausgaben auslösen.

Der Stadtrat hat einen Mittelweg gewählt, wir haben auf beiden Seiten Anträge nach unten und nach oben. Das ist für mich immer ein Zeichen, dass der Stadtrat nicht ganz so schlecht unterwegs ist, indem er den goldenen Mittelweg fast ein bisschen vorausgenommen hat mit seinem Antrag.

Vielleicht noch kurz zu Dir, Christoph Magnusson: Begabtenförderung ist sicher ein wichtiges Thema. Du hast das gesagt für den Hinterkopf, ich behalte das auch dort, weil die Budgetdebatte nicht geeignet ist, um dieses Thema weiter zu bewirtschaften.

Auch die Geschichte mit der Mathematik habe ich gehört, als Ingenieur ist Mathematik sehr wichtig, auch das für den Hinterkopf und weniger für die Budgetdebatte. Ich danke für die Unterstützung des Stadtratantrages.

Ratspräsident F. Landolt: Wir kommen zur Abstimmung, wir stellen den SP-Antrag dem SVP-Antrag gegenüber.

Wer dem SP-Antrag für eine Erhöhung des Globalkredites um Fr. 481'800 zustimmen möchte, soll das mit Handerheben bezeugen. Auszählen bitte.

Wer dem SVP-Antrag um Kürzung zustimmen möchte, soll das ebenfalls bezeugen. Enthaltungen?

Damit haben Sie den SP-Antrag mit 24:15 Stimmen bei 16 Enthaltungen vorgezogen.

Wir stellen den SP-Antrag dem Stadtratsantrag gegenüber.

Wer dem SP-Antrag mit Erhöhung gegenüber dem Stadtratsantrag zustimmen möchte, soll das mit Handerheben bezeugen. Bitte nochmals auszählen.

Wer dem Stadtratsantrag zustimmen möchte, soll das ebenfalls bezeugen.

Damit haben Sie dem Stadtratsantrag mit 33:24 Stimmen zugestimmt.

Ich schaue auf die Uhr: Wir können das Departement nicht mehr abschliessen und müssen auf nächsten Montag verschieben.

Ich kann in Aussicht stellen, dass wir, sofern es gut läuft, am 11. Dezember etwas früher aufhören und einen Weihnachtsapéro einnehmen würden, wenn die Sitzung erwartungsgemäss läuft.

Die Sitzung ist damit geschlossen.

Bürgerrechtsgeschäfte

Ratspräsident F. Landolt: Bei Traktandum 1 gibt es einen Antrag auf Ablehnung.

1. **B2016/060: KUBASIK geb. YAGICIBULUT Fatma, geb. 1975, mit Kindern Arda, geb. 2005, und Araz, geb. 2007, türkische Staatsangehörige**
-

M. Steiner (SP): Gemäss Einschätzung der Kommission erfüllt Frau Kubasik die Voraussetzungen nicht, dass sie in die hiesigen Verhältnisse integriert werden kann. Die Kommission beantragt mit 4:3 Stimmen die definitive Ablehnung des Gesuches von Frau Kubasik mit den Kindern Arda und Araz.

Ratspräsident F. Landolt: Gibt es Wortmeldungen dazu? – Nein.

Damit haben Sie das Gesuch von Frau Kubasik mit Kindern Arda und Araz abgelehnt.

Die Traktanden 2 – 19 sind alles einstimmige Aufnahmeempfehlungen. Gibt es Wortmeldungen dazu? – Nein.

Damit haben Sie die folgenden Personen in das Winterthurer Bürgerrecht aufgenommen:

2. **B2016/075: VU Hoàng Anh, geb. 1985, vietnamesischer Staatsangehöriger**
3. **B2016/097: SENCHEREY Peter Nana Kofi, geb. 1962, mit Kindern Petra Nana, geb. 2004, Kenneth Nana Yaw, geb. 2006, und Melissa Nana, geb. 2010, ghanaische Staatsangehörige**
4. **B2016/124: DEMIR Zeynep, geb. 1972, türkische Staatsangehörige**
5. **B2016/125: DURMISHI Besar, geb. 1984, mazedonischer Staatsangehöriger**
6. **B2016/133: TEKESTE Tesfom, geb. 1981, mit Kind TESFOM Diana, geb. 2002, eritreische Staatsangehörige**
7. **B2016/146: PINHEIRO REGO Basílio António, geb. 1978, mit Kind GOMES REGO Gonçalo Basílio, geb. 2006, portugiesische Staatsangehörige**
8. **B2017/004: HASSANZADEH Abolfazl, geb. 1964, deutscher und iranischer Staatsangehöriger, und Ehefrau MEHDIYEVA Ramila, geb. 1988, aserbaidsschische Staatsangehörige, mit Kind HASSANZADEH Timur, geb. 2013, deutscher und iranischer Staatsangehöriger**
9. **B2017/026: PRAETORIUS Gunnar Matthias, geb. 1967, und Ehefrau PRAETORIUS geb. CANZIO Giulia Adriana, geb. 1969, mit Kindern Julius Octa-**

via Antonio, geb. 2000, und Fabio Aurelio, geb. 2002, deutsche Staatsangehörige

10. **B2017/059: MUSHKOLAJ geb. SHAKIRI Rejhan, geb. 1984, mazedonische Staatsangehörige, und Ehemann MUSHKOLAJ Agron, geb. 1978, mit Kindern Arber, geb. 2007, und Ardi, geb. 2009, kosovarische Staatsangehörige**
11. **B2017/060: NOCILLA Sebastiano, geb. 1954, italienischer Staatsangehöriger**
12. **B2017/061: REBENTROST Ines Beate, geb. 1970, deutsche Staatsangehörige**
13. **B2017/066: DIMIC geb. STAJIC Veselinka, geb. 1965, serbische Staatsangehörige**
14. **B2017/067: FERIZAJ geb. HAJRULLAHU Valbona, geb. 1981, mit Kindern Dafina, geb. 2001, Diana, geb. 2002, Alma, geb. 2009, und Dea, geb. 2012, kosovarische Staatsangehörige**
15. **B2017/068: GUJJAR Muhammad Zahid, geb. 1978, pakistanischer Staatsangehöriger**
16. **B2017/069: HASSIOUI Abdelhak, geb. 1979, mit Kind Rayan, geb. 2017, marokkanische Staatsangehörige**
17. **B2017/070: HAWRAMI Ranj, geb. 1987, irakischer Staatsangehöriger**
18. **B2017/082: KWON Cheong Hyeon, geb. 1972, amerikanische Staatsangehörige**
19. **B2017/098: ERNY Virginie, geb. 1973, französische Staatsangehörige**

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Der Präsident:

Die 1. Vizepräsidentin:

Der 2. Vizepräsident:

F. Landolt (SP)

A. Steiner (GLP)

A. Geering (CVP)